**NOZ**

*KOMMENTAR*

**Töten von Küken: Branche in der Sackgasse**

*Von* [*Dirk Fisser*](http://www.noz.de/nutzer/85)

*Vom 23.12.2013, 19:59 Uhr*

*Schicksal am Fließband: Ob Legehennen-Küken weiterleben dürfen, entscheidet bislang das Geschlecht. Foto: Imago*

Osnabrück. Nordrhein-Westfalen hat als erstes Bundesland das massenhafte Töten von Küken verboten. Niedersachsen prüft einen ähnlichen Schritt. Dazu ein Kommentar.

Das massenhafte Töten männlicher Küken verstößt gegen das Tierschutzgesetz. Wirtschaftliche Erwägungen sind kein ausreichender Grund für die Entsorgung der Brüder der Legehennen durch Vergasen oder Schreddern. Die Rechtsauffassung der Staatsanwaltschaft Münster, die zum Verbot in Nordrhein-Westfalen geführt hat, ist plausibel. Die gängige Praxis in Brütereien ist damit illegal und die Abwägung von wirtschaftlichen Interessen und ethischen Aspekten hinfällig.

Das ändert aber nichts an dem Dilemma der Landwirtschaft im Bereich Legehennen: Der gesamte Wirtschaftszweig steckt in einer Sackgasse. Ein sofortiges Verbot in Niedersachsen hätte existenzbedrohende Auswirkungen, denn noch gibt es keine praktikable Lösung, was mit den männlichen Küken passieren soll. Alternativen wie die Geschlechtserkennung im Ei oder das Zwei-Nutzungs-Huhn haben noch keine Marktreife erreicht. Daran ändert auch ein Verbot nichts. Es kann aber in Kombination mit einer großzügig bemessenen Übergangsfrist dazu beitragen, dass die Suche nach einer Lösung beschleunigt wird.

Denn an der Umstellung führt kein Weg vorbei. Nicht alle Unternehmen werden diesen kostenintensiven Prozess mitgehen können. Aber das ist der Preis, den Recht und Gesetz fordern. Und den werden niedersächsische Brütereien aufgrund ihrer Größe eher zahlen können als andere.

Mehr zum Thema auf [www.noz.de](http://www.noz.de/deutschland-welt/niedersachsen/artikel/438277/nrw-verbietet-toten-von-kuken-niedersachsen-pruft)

Minister: Keine Abfallprodukte

**NRW verbietet Töten von Küken – Niedersachsen prüft**

Vom 23.12.2013, 12:53 Uhr

Kaum geschlüpft, schon geschreddert: Das Leben vieler Küken verläuft bislang recht kurz. Foto: Imago

**Osnabrück. Jetzt ist es offiziell: Nordrhein-Westfalen hat als erstes Bundesland das massenhafte Töten männlicher Küken untersagt. Landesweit zwölf Brütereien sei das Verbot zugestellt worden, teilte das NRW-Umweltministerium mit. Niedersachsen prüft derweil noch.**

Wie das NRW-Landwirtschaftsministerium [am Montag](http://www.umwelt.nrw.de/ministerium/presse/presse_aktuell/presse131223.php) erklärte, bliebe den Unternehmen ein Jahr, um die Produktion umzustellen. Minister Johannes Remmel (Grüne) sagte: „Diese grausame Praxis des Tötens von Küken aus reinen Renditegründen ist seit Jahrzehnten einfach hingenommen worden. Künftig wird diese Praxis ein Ende haben. Tiere sind Lebewesen und keine Abfallprodukte landwirtschaftlicher Produktionsprozesse.“

Die männlichen Küken fallen bislang als Nebenprodukt in der Legehennen-Aufzucht an. Da sie weder Eier legen noch schnell genug Fleisch ansetzen, werden sie aus wirtschaftlichen Gründen getötet. An dieser Praxis gibt es seit Jahren Kritik. Die Tierschutzorganisation Peta geht davon aus, dass jährlich 50 Millionen Küken direkt nach dem Schlüpfen in Brütereien umgebracht werden. Die Tiere werden dabei in der Regel vergast oder landen in einem Schredder ( [hier weitere Hintergründe](http://www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/210441/kaum-geschlupft-schon-geschreddert-warum-millionen-kuken-im-hacksler-enden-und-wie-forscher-das-andern-wollen) ).

NRW hatte den Schritt vor einigen Wochen angekündigt. Grundlage des Verbots ist eine Rechtsauffassung der Staatsanwaltschaft Münster: Die hatte das Töten von Küken als Verstoß gegen das Tierschutzgesetz gewertet. Dort heißt es: Tiere dürfen nur aus „vernünftigen Gründen“ getötet werden - etwa, um sie von Schmerzen zu erlösen oder zur Gewinnung von Lebensmitteln. Das sei beim Schredden oder Vergasen der Eintagsküken aber nicht der Fall und damit rechtswidrig. Diese Auffassung nahm NRW zur Grundlage für eine Ordnungsverfügung, die jetzt von den zuständigen Kreisbehörden im Land umgesetzt worden ist.

Nach der Ankündigung aus Düsseldorf Ende September hatte Niedersachsens Landwirtschaftsminister Christian Meyer (Grüne) [auf Nachfrage unserer Zeitung](http://www.noz.de/deutschland-welt/niedersachsen/artikel/416649/schreddern-von-kuken-niedersachsen-pruft-verbot)erklärt: „Der Vorstoß Nordrhein-Westfalens ist ein richtiger Schritt. Auch Niedersachsen wird ein mögliches Verbot prüfen.“ Diese Überprüfung läuft noch, wie eine Sprecherin der Behörde kürzlich erklärte. Laut Landesamt für Verbraucherschutz gibt es in Niedersachsen 13 Brütereien mit 22 Millionen Brutplätzen.

Derzeit laufen Untersuchungen, um das Geschlecht bereits im Ei zu überprüfen. Bei männlichen Küken könnte das Ei unmittelbar nach der Befruchtung aber noch weit vor dem Schlüpfen dann beispielsweise in der Lebensmittelindustrie zur Nudelproduktion verwendet werden. Serienreif ist ein solcher Test allerdings noch nicht.

„In das Projekt lege ich große Hoffnung“, hatte der Friedrich-Otto Ripke, Vorsitzender der Niedersächsischen Geflügelwirtschaft, kürzlich [im Interview mit unserer Zeitung](http://www.noz.de/deutschland-welt/niedersachsen/artikel/436942/ausgleichsfonds-fur-huhnerhalter-gefordert) erklärt. Er hatte die Landesregierung in Niedersachsen aufgefordert, „in diesem Punkt Realismus an den Tag“ zu legen. Die Landesregierung solle nicht mit einem Verbot vorpreschen, wenn gleichzeitig Untersuchungen liefen. Das wäre „falscher politischer Aktionismus“, so Ripke.

Als Alternative zur Geschlechtsbestimmung werden derzeit sogenannte Zwei-Nutzungshühner gezüchtet. Sie legen sowohl Eier, können aber auch Fleisch ansetzen und damit in der Mast eingesetzt werden. Allerdings: die Leistung ist geringer als bei den bisher verwendeten Legehennen- und Masthähnchenrassen. Ein Einsatz wäre also mit wirtschaftlichen Einbußen für die Produzenten verbunden. Ripke: „Weniger Leistung heißt auch: Eier und Fleisch werden für die Verbraucher teurer.“

Ein Verzicht auf die umstrittene Praxis ist unter anderem eines der Vorhaben des niedersächsischen Tierschutzplanes – genauso wie das Verbot des Schnäbelkürzens. Hier hat Niedersachsen als erstes Bundesland bereits ein Verbot bei Moschusenten umgesetzt.

Das habe unmittelbare Auswirkungen, hieß es von der niedersächsischen Geflügelwirtschaft. Geschäftsführer Dieter Oltmann teilte mit, dass von den bislang 60 Betrieben mit Moschusenten nur 20 weiterhin die Tiere halten würden. Die Schlachtereibetriebe gingen dazu über, Enten aus den benachbarten Bundesländern zu beziehen. In Deutschland werden jährlich 1,5 Millionen Moschusenten großgezogen, davon bislang 450000 in Niedersachsen. (mit dpa)

**Ein Artikel von**

[Dirk Fisser](http://www.noz.de/nutzer/85)[E-Mail schreiben](mailto:d.fisser@noz.de)

Dirk Fisser, "Rasender Reporter", Jahrgang 1985, berichtet auf sämtlichen Kanälen über Geschichten aus Niedersachsen und darüber hinaus.

[**ZUR SACHE**](http://www.noz.de/deutschland-welt/niedersachsen/artikel/438277/nrw-verbietet-toten-von-kuken-niedersachsen-pruft#collapse-business)

Paragraf 17 des Tierschutzgesetzes lautet: „Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer 1.ein Wirbeltier ohne vernünftigen Grund tötet oder 2.einem Wirbeltier a)aus Rohheit erhebliche Schmerzen oder Leiden oder b)länger anhaltende oder sich wiederholende erhebliche Schmerzen oder Leiden zufügt.“

**FAZ**

Formularbeginn

Formularende

**Bis Ende 2014 Nordrhein-Westfalen verbietet Vergasen von Küken**

23.12.2013 ·  Aus männlichen Küken werden keine Legehennen. Deshalb werden sie oft kurz nach der Geburt vergast. Das Land Nordrhein-Westfalen verbietet das.

Männliche Küken werden in Legehennen-Brütereien massenhaft getötet. Der Grund: Sie legen später keine Eier und für die Mast sind sie nicht geeignet. Dagegen geht Nordrhein-Westfalen jetzt vor.

Nordrhein-Westfalen untersagt als erstes Bundesland die massenhafte Tötung männlicher Küken. Die entsprechenden Verfügungen haben die Behörden vergangene Woche den Brütereien zugestellt. [Die sogenannten Eintagsküken werden bei der Legehennen-Zucht in Großbetrieben bislang als unerwünschtes Nebenprodukt vergast oder geschreddert.](http://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/der-preis-der-eier-maennliche-kueken-werden-vergast-12672784.html) Die Betriebe können innerhalb von vier Wochen gegen die Ordnungsverfügung klagen, andernfalls werde sie bestandskräftig, [teilte das Landwirtschaftsministerium am Montag in Düsseldorf mit](http://www.nrw.de/landesregierung/nrw-staerkt-den-tierschutz-toeten-maennlicher-kueken-nach-uebergangszeit-ab-2015-verboten-15272/). Die Brütereien haben eine einjährige Übergangsfrist. Bis zum 1. Januar 2015 müssen Alternativen gefunden sein.

Hintergrund des NRW-Vorstoßes ist eine neue Rechtsauffassung der Staatsanwaltschaft Münster, die das Töten männlicher Eintagsküken als tierschutzwidrig ansieht. „Tiere sind Lebewesen und keine Abfallprodukte landwirtschaftlicher Produktionsprozesse“, sagte Landwirtschaftsminister Johannes Remmel (Grüne) laut der Mitteilung. Er sieht nach dem Bekanntwerden des NRW-Vorstoßes bereits eine bundesweite Debatte angestoßen.

Die Landwirtschaftskammer NRW betonte, für ein wirksames Vorgehen müsse der Fall auf EU-Ebene angegangen werden. Sollte die Massentötung lediglich in NRW verboten werden, würden Zuchtküken aus Niedersachsen, den Niederlanden oder Polen gekauft, sagte Sprecher Bernhard Rüb. „Ändern wird sich dann nicht viel.“

Weitere Artikel

* [Der Preis der Eier: Männliche Küken werden vergast](http://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/der-preis-der-eier-maennliche-kueken-werden-vergast-12672784.html)

In Deutschland werden jährlich rund 50 Millionen männliche Eintagsküken getötet. Die Brütereien in NRW hätten daran einen Anteil von 5,4 Prozent, teilte das Ministerium mit. Produzentenland Nummer eins in Deutschland ist Niedersachsen.

Die Zucht von Legehennen ist ausschließlich auf die Produktion von Eiern ausgerichtet. Für die Mast sind die männlichen Küken auch nicht geeignet. Dafür werden eigene Züchtungen genutzt. Nach Ministeriums- Angaben ist es in der EU gängige Praxis, die männlichen Eintagsküken für die Legehennenproduktion direkt nach dem Schlüpfen zu töten. „Die Methoden reichen dabei über das Schreddern bis hin zu Vergasung.“

**TAZ**

23.12.2013

**NRW ändert Hühnerzuchtbedingungen**

**Massentötungen werden untersagt**

In Deutschland werden jedes Jahr rund 50 Millionen männliche Eintagsküken umgebracht. NRW hat dieses Vorgehen der Züchter als erstes Bundesland untersagt.

DÜSSELDORF *dpa* | Nordrhein-Westfalen untersagt als erstes Bundesland die massenhafte Tötung männlicher Küken. Die entsprechenden Verfügungen haben die Behörden vergangene Woche den Brütereien zugestellt. Die sogenannten Eintagsküken werden bei der Legehennenzucht in Großbetrieben bislang als unerwünschtes Nebenprodukt umgehend getötet.

Die Betriebe können innerhalb von vier Wochen gegen die Ordnungsverfügung klagen, andernfalls werde sie bestandskräftig, [teilte das Landwirtschaftsministerium am Montag in Düsseldorf mit](http://www.nrw.de/landesregierung/nrw-staerkt-den-tierschutz-toeten-maennlicher-kueken-nach-uebergangszeit-ab-2015-verboten-15272/). Die Brütereien haben eine einjährige Übergangsfrist. Bis zum 1. Januar 2015 müssen Alternativen gefunden sein.

Hintergrund des NRW-Vorstoßes ist eine neue Rechtsauffassung der Staatsanwaltschaft Münster, die das Töten männlicher Eintagsküken als tierschutzwidrig ansieht. „Tiere sind Lebewesen und keine Abfallprodukte landwirtschaftlicher Produktionsprozesse“, sagte Landwirtschaftsminister Johannes Remmel (Grüne) laut der Mitteilung. Er sieht nach dem Bekanntwerden des NRW-Vorstoßes bereits eine bundesweite Debatte angestoßen.

Die Landwirtschaftskammer NRW betonte, für ein wirksames Vorgehen müsse der Fall auf EU-Ebene angegangen werden. Sollte die Massentötung lediglich in NRW verboten werden, würden Zuchtküken aus Niedersachsen, den Niederlanden oder Polen gekauft, sagte Sprecher Bernhard Rüb. „Ändern wird sich dann nicht viel.“

In Deutschland werden jährlich rund 50 Millionen männliche Eintagsküken getötet. Die Brütereien in NRW hätten daran einen Anteil von 5,4 Prozent, teilte das Ministerium mit. Produzentenland Nummer eins in Deutschland ist Niedersachsen.

Die Zucht von Legehennen ist ausschließlich auf die Produktion von Eiern ausgerichtet. Für die Mast sind die männlichen Küken auch nicht geeignet. Dafür werden eigene Züchtungen genutzt. Nach Ministeriumsangaben ist es in der EU gängige Praxis, die männlichen Eintagsküken für die Legehennenproduktion direkt nach dem Schlüpfen zu töten. „Die Methoden reichen dabei über das Schreddern bis hin zu Vergasung.“

**HAZ**

**Tierschutz Bei Enten bleibt der Schnabel dran**

Das Amputieren der Schnäbel bei Moschusenten ist ab 2014 verboten. Geflügelzüchter fürchten das Aus für zwei Drittel der Betriebe, das Land lobt die Vorreiterrolle beim Tierschutz.

Von Saskia Döhner

Artikel veröffentlicht: Montag, 23.12.2013 21:02 Uhr

[**NDR 1 Niedersachsen**](http://www.ndr.de/ndr1niedersachsen)

Stand: 23.12.2013 13:45 Uhr

**Der Schnabel bleibt dran**

[[](http://www.ndr.de/regional/niedersachsen/oldenburg/moschusente105_v-contentgross.jpg)Detailansicht des BildesDie Barbarie-Ente darf in Niedersachsen ihren Schnabel in voller Länge behalten. (Themenbild)](http://www.ndr.de/regional/niedersachsen/oldenburg/moschusente105_v-contentgross.jpg) Der Landkreis Cloppenburg ist die Hochburg der Entenzucht, genauer der Barbarie-Entenzucht. Die meisten der 60 Betriebe landesweit mit rund 100.000 Tieren sind hier zu finden. Und hier in den Ställen gelten ab Januar strengere Regeln, gut für die Enten und ganz im Interesse von Tierschützern. Ab 2014 gilt ein neuer Erlass der rot-grünen Landesregierung, der verbietet, bei den sogenannten Moschusenten die Schnäbel zu kürzen.

**Schnabel wichtigstes Tastorgan**

Beim Schnäbelkürzen werden Tausenden Küken mit 800 Grad Celsius heißen Messern die Schnäbel gestutzt. So soll verhindert werden, dass die Tiere sich später verletzen oder gar töten. Weil der Schnabel das wichtigste Tastorgan der Tiere ist, kritisieren Tierschützer die Prozedur schon lange. Niedersachsens Landwirtschaftsminister Christian Meyer (Grüne) hatte [im Sommer angekündigt](http://www.ndr.de/regional/niedersachsen/schnaebel101.html), nach dem Vorbild Österreichs das Schnabelkürzen abzuschaffen.

**Minister Meyer: Bund soll Regeln übernehmen**

Den Züchtern ist künftig nicht nur verboten, die Schnäbel der Tiere zu amputieren, sie müssen ihnen auch Zugang zu Wasser gewähren - das brauchen die Enten, um sich zu putzen. Minister Meyer sieht mit seinem Erlass Niedersachsen als Vorreiter in Deutschland - und appellierte gleich an den neuen Bundeslandwirtschaftsminister Hans-Peter Friedrich (CSU), die niedersächsischen Regeln zu übernehmen.

**Hühner sind erst 2016 dran**

Widerstand von den Züchtern? Fehlanzeige. Die Züchter der Enten sind mit diesen Regeln durchaus einverstanden. Schließlich haben sie sogar an einer entsprechenden Vereinbarung mitgewirkt. Mit der Regelung ist allerdings erst der Anfang gemacht. Bei Millionen von Hühnern wird der Schnabel noch gekürzt. Doch 2016 soll laut Minister Meyers Plan auch damit Schluss sein.

Stichwort Schnäbelkürzen

Der Eingriff ist schmerzhaft und grausam: Mit einem heißen Messer oder per Infrarot wird jungen Legehennen der Schnabel gestutzt. Die Intensivhaltung in Niedersachsen hat dazu geführt, dass Sondergenehmigungen für dieses Verfahren die Regel sind, obwohl die Praxis eigentlich verboten ist. Während auf Hinterhöfen scharrende Hühner Auslauf haben, teilen sich in modernen Betrieben sieben Hennen einen Quadratmeter. In dieser Enge gehen die Tiere mitunter aufeinander los und verletzen sich - daher werden die Schnäbel gekürzt. Das Verhalten soll mit spezieller Beleuchtung und anderem Futter wie Sonnenblumenkernen statt Soja eingedämmt werden können.

**Aktion Pekela war erfolgreich!**

Den 17 Dezember 2013 würden die Mitglieder der Gemeinderat von Pekela (Niederland) begrüsst von ungefehr 25 Demonstranten die keine Megaställe wollen. Ein bisschen später schleppte man ekstra Sessels an so dass allen die Versammlung beitreten könnten.

Die Zusammenarbeit von Milieudefensie(Friends of the Earth) und BI-ORA war sehr erfolgreich. Die Gemeinderat von Pekela hat sich 17 Dezember entscheiden das sie in ihre neue räumliche Politik keine grössere Agrar-Bauflache erstatten wird als 2 Ha. Die Möglichkeiten bis 4 Ha die ursprünglich in die neue Politik artikuliert waren, sind explizit blockiert worden.

Kaum 8 Tage vorher hatte ein Mitglied van ORA und Milieudefensie, die in Pekela wohnt, BI-Ora gebeten um noch mal gut die Stücke zu lesen um zu verstehen was die Rat entscheiden wollte. Das sind komplizierte Dokumente. Eine kurze Passage kan weitgehende unbeabsigtigte Folge haben. Es wurde klar das die Rat für Agrar-Bauflache Möglichkeiten schaffen würde bis 4 ha! Da haben BI-ORA und Milieudefensie zusammen viel Arbeit gemacht um die Mitglieder der Gemeinderat zu überzeugen das die Formulierung geändert worden sollte. Schliesslich gab es ein mehrheit in die Gemeinderat!

Übrigens handelt es sich bei diese Agrar-Baufläche hauptsáchlich um Milchviehbetriebe. Für Geflügel- und Schweinemast gibt es in dem Provinz Groningen kaum erweiterungsmöglichkeiten. Aber die Milchviehbetriebe wollen sehr sehr stark erweiteren! In Pekela können die jetzt wachsen, aber nicht mehr als 2 ha.!

**TOP AGRAR ONLINE**

**LTO und NZO: Holländische Milchviehbetriebe ohne Weiden „unerwünscht“**

25.12.2013, von Agra Europe / Alfons Deter

In den Niederlanden haben der Bauernverband (LTO) und der Verband der Milchverarbeiter (NZO) gemeinsam ein Strategiepapier für die Milcherzeugung im eigenen Land vorgelegt. Demzufolge favorisieren die beiden Organisationen für die Zeit nach dem Auslaufen der Milchquotenregelung im Jahr 2015 möglichst flächengebundene Familienbetriebe.

Es werde angestrebt, den Anteil der Höfe mit Weidegang auf dem Niveau von 2012 zu halten, das sich auf 81 % belief. Abweichungen von dieser Vorgabe nach unten solle mit geeigneten Maßnahmen wie Preisabschlägen für die Milcherzeuger begegnet werden. Darüber hinaus solle zur Einhaltung der umweltrechtlichen Vorgaben eine Obergrenze für Phosphatemissionen eingeführt werden, deren Einhaltung im Rahmen eines Frühwarnsystems zu kontrollieren sei. Gegebenenfalls sei eine einzelbetriebliche Phosphatabgabe einzuführen, um einer Überschreitung der Obergrenze entgegenzuwirken.

Die Pläne von LTO und NZO sehen teilweise strengere Regelungen vor als das neue Umweltrecht in den Niederlanden: Ab dem kommenden Jahr müssen Viehhalter einzelbetriebliche Gülleüberschüsse verarbeiten lassen und außerhalb der heimischen Landwirtschaft absetzen. Der Anteil der zu verarbeitetenden Menge ist regional unterschiedlich und soll jährlich erhöht werden. Auf diese Weise will die niederländische Regierung den Gülle- und Nährstoffüberschuss im eigenen Land abbauen.

**Auch Holländer feilen an Tierwohlkonzept**

24.12.2013, von Marcus Arden

Jutesäcke dienen als Nestbaumaterial. Auch in den Niederlanden arbeitet man an einem branchenweiten **Tierwohlkonzept**. Im Gegensatz zu Deutschland beteiligen sich hier auch bedeutende Tierschutzorganisationen aktiv an der Entwicklung des Konzeptes. Ab 2020 soll in Holland nur noch „nachhaltig erzeugtes Fleisch“ verkauft werden. Wie Jos Peerlings vom südniederländischen Bauernverband erklärte, ist es nun Aufgabe des Handels, die Tierwohlleistungen der Schweinehalter zu honorieren. Die Landwirte müssen u. a. folgende **Kriterien** umsetzen: 0,4 m2 Fläche pro Ferkel mit 40 % Festfläche, 1 m2 Fläche pro Mastschwein, Strohvorlage oder Einsatz von Jutesäcken ab Juni 2015, Absetzalter 28 Tage, Reduzierung des Antibiotikaverbrauchs und Verminderung des Ammoniakausstoßes um jeweils 70 %.

Genau wie in Deutschland diskutieren auch die Niederländer noch darüber, wie man dem Verbraucher dei Besonderheiten des Tierwohlkonzeptes schmackhaft macht. Denkbar ist, dass ab 2015 ein Viertel der holländischen Betriebe interessierten Verbrauchern vor Ort auf den Höfen zeigt, wie man Schweinefleisch unter Tierwohlbedingungen erzeugt.

**top agrar meint:** Es macht wenig Sinn, dass dies- und jenseits der deutsch-niederländischen Grenze eigene Tierwohlkonzepte erarbeitet werden. Ein gemeinsamer Tierwohl-Antritt, an dem sich auch die dänischen Schweinehalter beteiligen sollten, wäre nicht nur ein starkes Signal. Man könnte so auch die Kosten für Verwaltung, Abrechnung usw. schlank halten.

**Berliner Zeitung**

23.12.2013

**Mastbetriebe Schweinemäster scheitert mit Eilantrag**

Von Sebastian Höhn

Hassleben –

Der neue Großbetrieb *in* Haßleben kann nicht vorzeitig starten. In der ehemaligen DDR-Anlage wollte der niederländische Unternehmer Harrie van Gennip mit 37.000 Schweinen neu anfangen. Verbände hatten dagegen protestiert.

Die umstrittene Groß-Mastanlage für Schweine im uckermärkischen Haßleben kann nicht, wie vom Investor erhofft, schnell in Betrieb gehen. Der niederländische Eigentümer Harrie van Gennip ist mit einem Eilantrag auf sofortigen Baubeginn gescheitert. Er hatte erreichen wollen, dass mit dem Bau noch vor Abschluss der Widerspruchsverfahren begonnen, und die Anlage früher als geplant in Betrieb gehen kann.

Wie das Verwaltungsgericht Potsdam mitteilte, hat der Investor den Antrag Anfang Dezember zurückgezogen. Die Genehmigungsbehörde hatte erklärt, dass wegen schwieriger Rechtsfragen zunächst die laufenden Widerspruchsverfahren abgewartet werden müssten. Umwelt- und Tierschutzorganisationen wollen die Schweinemastanlage verhindern.

**Protest gegen die DDR-Anlage**

Seit etwa zehn Jahren protestieren der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), der Naturschutzbund (Nabu), der Deutsche Tierschutzbund sowie örtliche Initiativen gegen die Wiederbelebung der Mastanlage aus DDR-Zeiten. Damals waren dort 150.000 Tiere untergebracht. Van Gennip plante ursprünglich einen Neustart mit 85.000 Schweinen, reduzierte die Zahl wegen Genehmigungsproblemen aber auf knapp 37.000. Im Juli dieses Jahres hatte das Landesumweltamt den Schweinemastbetrieb genehmigt, allerdings unter der Auflage, dass zuvor über die eingelegten Rechtsmittel entschieden wird.

Für die Gegner ist der gescheiterte Baubeginn ein kleiner Sieg. „Der Schweinemäster hat wohl eingesehen, dass er mit seinem Antrag keinen Erfolg haben wird“, sagt Thomas Volpers, BUND-Vizelandesvorsitzender. Er habe Hoffnungen, dass sich die Anlage letztlich verhindern lasse. Für den Fall, dass die Widersprüche vom Landesumweltamt abgelehnt werden, haben die Verbände angekündigt, vor Gericht zu ziehen. Notfalls werde man sich durch alle Instanzen klagen. Auch diese Verfahren wird Harrie van Gennip nun abwarten müssen.

**Unternehmer drängen nach Deutschland**

Die Kritiker werfen van Gennip vor, die Schweine in seinen Mastanlagen tierschutzwidrig zu halten. In einem Betrieb in Sachsen-Anhalt soll es wiederholt zu Verstößen gegen die Nutztierhaltungsverordnung gekommen sein. Die Anlage in Haßleben gefährde zudem die Natur, vor allem eine wertvolle Moorfläche in direkter Nachbarschaft, so der Nabu.

Diese, so die Befürchtung, würde durch massive Ammoniakemissionen der Anlage vollständig verloren gehen. Weil aufgrund der zahlreichen Mastbetriebe die Bestimmungen in den Niederlanden restriktiver wurden, drängen vor allem von dort vermehrt Unternehmer nach Deutschland. Hier gelten die Tierschutzgesetze als vergleichsweise lax.

**LVZ**

28.11.2013

Bad Düben

**Schweinemast Wellaune - das Hintertürchen des Investors**

*Nico Fliegner*

[](http://www.lvz-online.de/region/bad-dueben/schweinemast-wellaune--das-hintertuerchen-des-investors/r-bad-dueben-a-216830-0.html) Foto: Nico Fliegner Schweinemast-Gegner und Vertreter der BI-KESS aus Wellaune protestieren Mittwochabend vor dem Bad Dübener Rathaus gegen den geplanten Bau einer Biogasanlage auf dem Gelände des Mastbetriebes. Bad Düben. Protest vor dem Rathaus: Schweinemast-Gegner und Mitglieder der Bürgerinitiative (BI) "KESS - Keine Erweiterung der Sauenanlage Straathof" haben am Mittwochabend auf dem Marktplatz gegen den geplanten Bau einer Biogasanlage auf dem Gelände des Wellauner Schweinezuchtbetriebes demonstriert. Auf einem Erörterungstermin später im Rathaus machten sie noch einmal ihre Positionen deutlich.

**Augsburger Allgemeine**

28. Dezember 2013 00:33 Uhr

**Hähnchenmast**

**Landratsamt kontert Tierschützern**

**Behörde habe sehr wohl Einblick in Unterlagen gewährt** Von Bernd Schied

[i](http://www.augsburger-allgemeine.de/service/Datenschutzhinweis-id10487051.html)



Nahezu fertiggestellt ist der umstrittenen Hähnchenmastbetrieb in Schmähingen. Rund 39000 Hähnchen will Bauherr Jörg Benninger für den Wiesenhof-Konzern in dem Gebäude mästen. Tierschützen bezweifeln die Rechtmäßigkeit des Baues.

Foto: bs

Schmähingen/Donauwörth Das Landratsamt Donau-Ries hat der Behauptung von Tierschützern widersprochen, die Behörde hätte ihnen keinen Einblick in das dem Bau des Hähnchenmaststalles im Nördlinger Stadtteil Schmähingen zu Grunde liegenden Immissionsgutachten nach dem Umweltinformationsgesetz gewährt.

Die zuständige Fachabteilung des Amtes erklärte hierzu schriftlich, die Gegner der Mastanlage hätten am 9. September das angeforderte Gutachten per E-Mail erhalten. Derzeit sei noch eine Nachfrage nach weiteren Unterlagen sowie die Anfrage einer Rechtsanwaltskanzlei, die am 28. November eingegangen sei, beim Landratsamt in Bearbeitung, heißt es.

Brandschutzgutachten wird laut Behörde vorgelegt

Auch die Behauptung der Mastanlagen-Gegner, Bauherr Jörg Benninger hätte kein Brandschutzgutachten vorlegen müssen, wies die Kreisbehörde zurück. Hierzu erklärte der zuständige Fachbereichsleiter Marcus Dums unter anderem: „Ein Brandschutznachweis, wie er nach heutigen Vorschriften standardmäßig bei Sonderbauten verlangt wird, wurde beim ersten Genehmigungsverfahren 2008 nicht gefordert. Ein solcher Nachweis wird dennoch durch das vom Bauherrn beauftragte Büro erstellt und dem Landratsamt Donau-Ries vorgelegt.“ Sofern darin die aktuellen Anforderungen des Brandschutzes nicht eingehalten würden, müsste das Landratsamt prüfen, ob weitere rechtliche Schritte erforderlich und möglich wären, so Dums.

Der Vorwurf, es habe im Zuge des Verfahrens zur Baugenehmigung keine standortbezogene Umweltverträglichkeitsprüfung gegeben, obwohl sich in unmittelbarer Umgebung ein Fauna-Flora-Habitat-Gebiet (FFH) befinde, treffe ebenfalls nicht zu.

Eine Vorprüfung habe sehr wohl stattgefunden, so die Kreisbehörde. Diese ergab nach Angaben des Landratsamtes, dass das Bauvorhaben keine erheblichen Nachteile für die Umwelt verursache. Deswegen sei eine Umweltverträglichkeits-Prüfung gemäß dem Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz (UVPG) auch nicht erforderlich gewesen.

Die FFH-Gebiete bei Schmähingen seien darüber hinaus Betrachtungsgegenstand der sogenannten Ausbreitungsprognose für Luftschadstoffe gewesen, welche im Rahmen der Anzeige nach Paragraf 15 des Bundesimmissionsschutzgesetzes beim Landratsamt eingereicht worden sei.

**Volksstimme**

**Geschäftsführer Wolfgang Gries will spätestens zur nächsten Heizperiode am Netz sein**

**Wärme für Dambecker aus Biogasanlage**

28.12.2013 02:02 Uhr

Von Christina Bendigs

Die Biogasanlage in Dambeck (oben links) könnte bald die Einwohner aus Dambeck mit Wärme versorgen. Geschäftsführer Wolfgang Gries sieht eine Situation, die den Beteiligten nützt. Die Biogasanlage arbeitet effizient, die Anwohner beziehen Wärme zu günstigeren Preisen. | Foto: Christina Bendigs

Der Betreiber der Biogasanlage Dambeck möchte Einwohner des Ortes mit Wärme versorgen. Einige hätten bereits Interesse bekundet. Schon zur nächsten Heizperiode könnte der Wunsch Realität sein.

Dambeck l Die Konzeption gebe es schon lange, doch nun könnte sie auch in die Tat umgesetzt werden. Der Betreiber der Biogasanlage in Dambeck möchte Anwohner, die Interesse daran haben, mit Wärme versorgen. "Eine Biogasanlage arbeitet erst effizient, wenn man auch die Wärme nutzt", erklärte Geschäftsführer Wolfgang Gries im Gespräch mit der Volksstimme.

Beide Seiten könnten davon profitieren, zeigte sich Wolfgang Gries überzeugt. Einwohner könnten Wärme zu günstigeren Konditionen erhalten, während mit der Biogasanlage durch den Verkauf der Wärme mehr Gewinn erwirtschaftet werden kann. Eine "win-win-Situation", findet er. "Sowie jemand damit verliert, werden die Pläne nicht realisiert", fuhr Gries fort.

Infoveranstaltung für Anfang 2014 geplant

Sechs Interessenten aus dem Ort gebe es bereits. Und vielleicht werden es auch noch mehr, hofft Wolfgang Gries. Schriftliche Informationen seien bereits an die Haushalte verteilt worden. Anfang des neuen Jahres soll es im Dorf zudem eine Infoveranstaltung geben.

Wieviele Haushalte konkret an die Biogasanlage angeschlossen werden können, sei noch nicht klar. Das hinge vom jeweiligen Bedarf ab. Und es ist auch noch nicht klar, ob bis zum letzten Haushalt jedes Gebäude in Dambeck angeschlossen werden kann, sagte Wolfgang Gries.

Grundsätzlich sollen die Dorfbewohner etwas von der Anlage haben. Doch Wolfgang Gries könne sich auch vorstellen, dass die örtlichen Betriebe an das Netz angeschlossen werden könnten.

Derzeit befinden sich die Planungen jedoch noch in der Anfangsphase. Klar ist, dass eine Schnittstelle zwischen Wohnhäusern und Biogasanlage geschaffen werden muss. Wie hoch die Kosten für einen entsprechenden Umbau wären und wer diese Kosten tragen würde, auch dazu konnte Wolfgang Gries noch nichts Genaues angeben. Im Salzwedeler Ortsteil Böddenstedt würden bereits Anwohner mit Wärme von einer Biogasanlage versorgt. Die Kosten für den Umbau hätten in relativ geringen Dimensionen gelegen, berichtet Gries, was er dort in Erfahrung gebracht habe.

Ob die Wärmeversorgung komplett auf Wärme aus der Anlage umgestellt wird, entscheidet jeder Eigentümer selbst. Wenn jemand komplett auf Wärme aus der Biogasanlage setzen möchte, "werden wir natürlich versuchen, das auch zu bewerkstelligen", stellte Wolfgang Gries in Aussicht. Doch grundsätzlich wäre es sinnvoll, am herkömmlichen Wärmenetz angeschlossen zu bleiben, falls die Biogasanlage einmal nicht arbeiten würde.

Genügend Wärme für Anwohner und Ställe

Wolfgang Gries betonte, dass seine Firma nicht Betreiber der geplanten Hähnchenmastanlage in Dambeck sei, auch wenn diese als Wärmeabnehmer in Frage kommen würde. "Erst durch die Biogasanlage kam es ja zu den Plänen, dort einen Hähnchenmaststall zu bauen", vermutete Wolfgang Gries.

Dass die Hähnchenmastanlage hinfällig werden könnte, wenn die Anwohner die Wärme aus der Biogasanlage abnehmen, bezweifelte Wolfgang Gries. Denn ein langes, auch kostenintensives Verfahren liege hinter dem Investor. "Da wurden ja eine Menge Gutachten erstellt", sagte er. Zudem geht er davon aus, dass die 530-Kilowatt-Biogasanlage genügend Abwärme für beides - Hähnchenmast und Anwohner - produziert.

Zur Vorgeschichte berichtete Gries, dass er die Pläne, das Dorf mit Wärme zu versorgen, bereits bei einer Veranstaltung der Bürgerinitiative Keine Hähnchenmast Dambeck vorgestellt hatte. "Das wurde aber von der Bürgerinitiative nicht so zur Kenntnis genommen." Jetzt, wo die Genehmigung für die Hähnchenmast vorliege, sei Interesse vorhanden. Wolfgang Gries würde sich freuen, wenn es nicht nur beim Interesse bleibt. Er würde für das Vorhaben gern sobald wie möglich in die konkrete Planung einsteigen, denn damit die Wärmeversorgung möglich ist, müsste dafür auch ein entsprechender behördlicher Weg beschritten und Genehmigungen eingeholt werden.

**Altmarkzeitung**

19.12.13

**Geplanter Grundsatzbeschluss des Stadtrates soll künftigen Bau in Cobbel verhindern**

**Pläne gegen Schweinemastanlage**

Tangerhütte/Cobbel. Einem zukünftigen Bau von Tiermastanlagen in der Tangerhütter Ortschaft Cobbel möchte Dieter Bartoschewski (Stadtrat, Wählergemeinschaft Pro Region Tangerhütte) und die Unabhängige Wählergruppe Südliche Altmark um ihren Fraktionsvorsitzenden Hans-Peter Gürnth einen Riegel vorschieben.

Auf ihren Antrag hin entscheidet der Tangerhütter Stadtrat deshalb heute, ob er einem Grundsatzbeschluss zur Verhinderung der Errichtung industrieller Tiermastanlagen in Cobbel seine Zustimmung erteilt. Hintergrund des angestrebten Grundsatzbeschlusses sind die Unruhen, die der geplante Bau einer Schweinemastanlage auf dem ehemaligen Flugplatz zwischen Cobbel und Mahlwinkel unter den Einwohnern auslöste. Die geplante Anlage sollte unter anderem Haltung und Aufzucht von 11 232 Ferkeln und 20 160 Mastschweinen ermöglichen. Ein Bauantrag des Zuchtbetriebs, der am 19. Juni beim Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt einging, wurde jedoch am 13. September zurückgezogen. Dennoch regte sich Protest. Die Bürgerinitiative (BI) „Kontra Schweinmast Cobbel-Mahlwinkel“ demonstrierte gegen mögliche, zukünftige Baupläne des Zuchtbetriebs. Dieser hatte schon vor seinem jüngsten Bauantrag ein ähnliches Vorhaben im Jahr 2009 aufgegeben.

Auch damals hatte die BI gegen das Bauprojekt demonstriert. Ebenso hatte sich die damals noch eigenständige Gemeinde Cobbel gegen den Bau ausgesprochen. Damit diese Entscheidung auch nach der erfolgten Gemeindegebietsreform noch respektiert wird, hat sich Bartoschewski dem Antrag der Unabhängigen Wählergruppe Südliche Altmark angeschlossen: „Ich bin nicht generell gegen industrielle Neuansiedlungen, aber mit den Belastungen der Mastanlage müssen die Einwohner der Ortschaft Cobbel leben und nicht die Stadträte Tangerhüttes. Deshalb sollten wir im Sinne der Leute entscheiden.“ Wenig hält dagegen Karl-Heinz Papenbroock (Wählergemeinschaft Altmark-Elbe) von dem geplanten Grundsatzbeschluss.

So verweist der Stadtratsvorsitzende darauf, dass der Flächennutzungsplan, über den der Stadtrat ab Mai 2014 befindet, den rechtlichen Rahmen von Bauvorhaben in Cobbel setze. Ob der Bau einer möglichen, künftigen Mastanlage im Sinne dieses Flächennutzungsplanes sei, hängt damit zum einen von dessen Bestimmungen ab und zum anderen aber auch von dem eingereichten Bauvorhaben. „Ohne vorliegenden Bauantrag kann der Stadtrat kein pauschales Verbot beschließen“, zweifelt Papenbroock daran, dass die Mehrheit der Stadträte am Mittwoch einen Grundsatzbeschluss fällen wird.

*Von Benjamin Heibutzki*

**NORDKURIER**

**Massentierhaltung in MV**

**„Es gibt eine Vermenschlichung der Tiere“**

*Neubrandenburg · 30.12.2013 ·* [*4*](http://www.nordkurier.de/mecklenburg-vorpommern/es-gibt-eine-vermenschlichung-der-tiere-294029712.html#commentary)

Berichte über willkürliche Tötungen von Ferkeln in Großzucht­anlagen sorgten für Entsetzen. Auch in der Seenplatte gibt es solche Anlagen. Was sagt der Leiter des Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes des Landkreises, Dr. Guntram Wagner, dazu?

*Privat* Guntram Wagner, Leiter des Veterinäramtes

* [](http://www.nordkurier.de/sites/default/files/styles/artikel_bild_640px/public/dcx/2013/12/29/doc6dcgpryb5mxliskw3gs__file6d99i5z75mg1k6lhia8g.jpg?itok=ZFDPjlrI)

Herr Wagner, als Veterinäramtsleiter sind Sie zuständig für die Kontrolle von Tierzuchtanlagen. Wie bewerten Sie die gezeigten Bilder erschlagener Ferkel?

Ich habe mir die Aufnahmen zwar nicht angesehen, kann mir aber vorstellen, dass sie auf einige verstörend wirken. Zur industriemäßigen Tierproduktion gehört es aber dazu, dass nicht lebensfähige Tiere gemerzt werden. Darüber sollten wir uns im Klaren sein.

Es ist also gesetzeskonform, neu geborene Ferkel per Kopfschlag zu töten?

Wenn die Tiere nicht lebensfähig sind, dann ja. Es liegt ein vernünftiger Grund nach dem Tierschutzgesetz vor. Natürlich müssen sie tierschutzgerecht getötet werden. Im Fall der Ferkel ist der Kopfschlag als zugelassene Methode die Regel. Die Tiere werden auf diese Weise gleichzeitig betäubt und getötet.

Doch wonach wird denn entschieden, ob Ferkel lebensfähig sind oder nicht?

Neben dem Gesundheitszustand entscheidet auch das Gewicht. Wiegen die Tiere unter 800 Gramm, bekommt man sie in der Regel nicht aufgezogen. In diesen Fällen findet die Tötung auch im Sinne des Tierschutzes statt. Sogenannte überzählige Ferkel müssen durch Ammensauen versorgt werden, was in den Anlagen übrigens auch passiert.

Aus tierschutzrechtlicher Sicht sind die Ferkeltötungen per Kopfschlag also legitim. Warum dann der gesellschaftliche Aufschrei nach Aufnahmen wie den zuletzt veröffentlichten?

Das hängt mit der Einstellung zur Erzeugung von tierischen Lebensmitteln zusammen. Es fehlt das Wissen über moderne Produktionsmethoden in der Landwirtschaft, zudem werden alte Produktionsmethoden verklärt. Es findet zum Teil eine Vermenschlichung der Tiere statt. Die Gesellschaft ist da gespalten.

Das heißt Tötungen nicht lebensfähiger Tiere gab es schon immer und wer viel Fleisch isst, muss mit industrieller Erzeugung leben?

In gewisser Weise schon. Wir sind es gewohnt, unser Fleisch billig zu kaufen und viel davon zu essen. Um beides sicherstellen zu können, muss es die industrielle Produktion geben, über deren Auswirkungen wir uns dann wieder beschweren.

Und wenn wir sie in Deutschland verbieten?

Dann verlagern wir das Problem nur ohne es zu lösen, weil das Fleisch dann aus dem Ausland importiert wird.

Wie sieht es hinsichtlich der Kontrollen von Tierschutzverstößen aus. Kommen Sie und ihre Mitarbeiter überhaupt noch hinterher?

Wir haben sehr viel zu tun, das ist klar. Dabei muss man aber auch sehen, dass wir uns nicht nur um betriebliche Tierhaltung, sondern auch um Tierschutzanzeigen aus dem privaten Bereich kümmern müssen. Da liegen die größeren Probleme.

Die Beachtung der Tierschutzrichtlinien in den größeren Betrieben liegt also auf einem guten Niveau?

Als Amtstierarzt kann ich sagen, dass der Tierschutz und dessen Überwachung einen immensen Bedeutungszuwachs erfahren haben. Es hat dort einen richtigen Qualitätssprung gegeben. Verstöße decken wir so in der Regel auf. Im Vordergrund steht jedoch die Verbesserung der Haltungsbedingungen für die Tiere, nicht die Ahndung von Verstößen.

**Weiterführende Links**

[Ermittlungen nach Ferkeltötungen: Staatsanwaltschaft durchsucht Riesen-Stall](http://www.nordkurier.de/mecklenburg-vorpommern/staatsanwaltschaft-durchsucht-riesen-stall-203896312.html)

[Grausige Bilder: Neue Sauerei in Zuchtanlagen](http://www.nordkurier.de/mecklenburg-vorpommern/neue-sauerei-in-zuchtanlagen-183851512.html)

[TV-Bericht deckt Ungeheuerliches auf: Sind brutale Ferkeltötungen normal?](https://www.nordkurier.de/mecklenburg-vorpommern/sind-brutale-ferkeltoetungen-normal-123700312.html)

[Logo Radio Bremen](http://www.radiobremen.de/index.html)

Freitag, 27. Dezember 2013

Formularbeginn

27. Dezember 2013, 7:10 Uhr

**Nordwestradio Journal**

**“Wir wollen den Tierschutz voranbringen”**

**Niedersachsens Landwirtschaftsminister Christian Meyer im Interview**

**2014 soll das Jahr des Tierschutzes in Niedersachsen werden. Christian Meyer (Bündnis 90/Die Grünen) verspricht “Meilensteine” für eine artgerechte Tierzucht. Mit seiner Politik für die Tiere stößt der Landwirtschaftsminister aber auf Kritik bei den Bauern.**

2013 war ein Jahr voller Skandale in der Fleischproduktion. Gammelfleisch, überfüllte Hühnerställe und bestialische Ferkel-Tötungen. Und die meisten Skandale waren in Niedersachsen zu finden. Kein Wunder, denn Niedersachsen gehört zu den Hochburgen der industrielle Fleischproduktion in Europa. Allein im Landkreis Emsland befinden sich 33 Millionen Geflügel-Mastplätze. Hier wird ein Großteil der bundesdeutschen Geflügel-Tiere aufgezogen und geschlachtet. Landwirtschaftsminister Meyer will hier einen Pradigmenwechsel vollziehen.

**Ausstieg aus der Massentierhaltung**

Meyer spricht vom “Ausstieg aus der industriellen Massentierhaltung”. Nach knapp 300 Tagen im Amt des Landwirtschaftsministers zieht er eine positive Bilanz. Viele Gesetze seien angestoßen worden und ab 2014 ändere sich einiges zum Wohle der Tiere in Niedersachsen.

**Kontrollen verschärfen**

So ist es in Niedersachsen ab dem nächstem Jahr verboten, Enten die Schnäbel zu stutzen. Subventionen für Großmastanlagen werden eingestellt und mit den freiwerdenden Mitteln sollen vor allem kleine Bauernhöfe unterstützt werden. Ebenfalls in 2014 werden 67,5 neue Stellen geschaffen, um die behördlichen Kontrollen in der Tierzucht zu verschärfen.

**Juristisch gegen schwarze Schafe vorgehen**

Als größten Meilenstein sieht Meyer das Verbandsklagerecht im Tierschutz. Dieses Klagerecht tritt ebenfalls zum neuen Jahr in Kraft und ermöglicht es auch Tierschutzverbänden, Missstände in der Massentierhaltung juristisch anzuprangern. Das sei, so Meyer, eine große Hilfe für die niedersächsischen Behörden, die bisher als einzige gegen solche Missstände klagen konnte.

**Das Interview zum Anhören:**[Verbesserter Tierschutz in Niedersachsen? , [6:16]](http://www.radiobremen.de/nordwestradio/sendungen/nordwestradio_journal/audio123248-popup.html)  
Niedersachsens Landwirtschaftsminister Christian Meyer im Interview

**Kreiszeitung Wochenblatt  
10.12.2013**

**Schweinestall: Entscheidung erst Ende Januar**

[­](http://www.kreiszeitung-wochenblatt.de/buchholz/politik/vor-der-sitzung-des-verwaltungsausschusses-demonstrierten-buerger-aus-meilsen-und-steinbeck-gegen-den-bau-des-schweinemaststalls-die-ratsherren-arno-reglitzky-fdp-und-norbert-stein-spd-gesellten-sich-dazu-m26685,27727.html)

Vor der Sitzung des Verwaltungsausschusses demonstrierten Bürger aus Meilsen und Steinbeck gegen den Bau des Schweinemaststalls. Die Ratsherren Arno Reglitzky (FDP) und Norbert Stein (SPD) gesellten sich dazu

[­](http://www.kreiszeitung-wochenblatt.de/buchholz/politik/annabelle-kristo-und-sven-wottke-sammelten-vor-dem-rathaus-unterschriften-m26686,27727.html)

Annabelle Kristo und Sven Wottke sammelten vor dem Rathaus Unterschriften

Verwaltungsausschuss beschließt Ortstermin mit Bürgern für Neubau im Landschaftsschutzgebiet in Meilsen

**os. Buchholz.** Die Entscheidung zum Bau eines Schweinemaststalls im Landschaftsschutzgebiet in Buchholz-Meilsen ist verschoben: Der Verwaltungsausschuss entschloss sich in seiner Sitzung am vergangenen Freitag, einen Ortstermin an der Wenzendorfer Straße mit Bürgern zu vereinbaren. Erst Ende Januar soll endgültig über den Bau entschieden werden.  
Wie berichtet, sollen mitten in der Feldmark zwischen Wenzendorfer Straße und Meilsener Straße ein Maststall für 1.080 Schweine sowie ein Güllebehälter gebaut werden. Bauherr ist der Landwirt und CDU-Ortsratsmitglied Heinz Becker. Die Verwaltung wollte den Bau des Maststalls als Akt laufender Verwaltung ohne Diskussion durchdrücken. Das machten die Parteien, allen voran die FDP und die Grünen, nicht mit.  
Vor dem Rathaus demonstrierten am Freitag ein Dutzend Bürger gegen den Bau und sammelten Unterschriften. "Wir wollen zeigen, dass man nicht alles mit den Bürgern machen kann", sagte Mit-Initiator Sven Wottke. Die Meilsener befürchten eine erhebliche Beeinträchtigung ihrer Lebensqualität durch den Schweinestall und warnen davor, eines der letzten intakten Naherholungsgebiete von Buchholz zu opfern. Vor allem sei die Zufahrt zu dem Stall nicht geklärt.  
Der BUND schlägt sich auf die Seite der Schweinestall-Gegner. "Die Bauverwaltungen haben es sich sehr einfach gemacht. Das ganze sieht mir nach einer reinen Büroentscheidung aus", kritisiert BUND-Sprecher Ingo Wolde. Der Bau mitten im Landschaftsschutzgebiet Kiekeberg/Rosengarten/Stuvenwald widerspreche der Satzung des Schutzgebietes. Ein Neubau dort sei nur möglich, wenn er das Landschaftsbild mit Sicherheit nicht stört oder gar zerstört. Die Verwaltung müsse eine seriöse und nachvollziehbare Landschaftsbildanalyse herstellen, fordert Wolde.  
Er verweist darauf, dass Naturschützer sich jahrzehntelang für den Erhalt des Landschaftsschutzgebietes stark gemacht und gegen den Bau einer Autobahn mitten durch den Stuvenwald aufbegehrt hätten. Die Vorväter hätten nicht umsonst die Landschaftsschutzgebiete eingerichtet. Ingo Wolde: "Wir werden das Erbe zu schützen wissen."

**Kommentar**

Gerade noch einmal die Kurve bekommen, könnte man sagen. Auf den letzten Drücker will die Verwaltung die Bürger bei der Planung eines neuen Maststalls in Meilsen beteiligen. In Zukunft muss dieser Weg eine Selbstverständlichkeit sein - und nicht erst auf Verlangen des Stadtrates. Neubauten von diesem Kaliber gehören in die politische Diskussion, und nicht unter einer fortlaufenden Ziffer als Einvernehmensfall versteckt.  
Rechtlich mag es in Ordnung sein, den Schweinemaststall in Meilsen zu bauen, moralisch dem Bürger gegenüber ist es das nicht. Gerade in jüngerer Vergangenheit, zuletzt beim Integrierten Stadtentwicklungskonzept (ISEK), betonte die Verwaltung, wie wichtig Transparenz und eine breite Bürgerbeteiligung sei. Dass das ausgerechnet für ein solch sensibles Bauvorhaben wie dem eines Maststalls im Landschaftsschutzgebiet nicht gelten soll, ist nur schwer nachzuvollziehen. Ich bin nicht gegen den Bau eines Maststalls, wohl aber gegen heimliche Entscheidungen am grünen Tisch ohne Beteiligung des Souveräns - nämlich der Bürger. **Oliver Sander**

**Thüringer Allgemeine**

**Jenaer Jurist Walter Bayer: "Nahezu alle LPG-Umwandlungen waren fehlerhaft"**

08.12.2013 - 19:22 Uhr

Jena. Der Jenaer Rechtswissenschaftler Walter Bayer im TA-Gespräch: Bauern, die sich ihre LPG-Anteile auszahlen lassen wollten, wurden mit zu niedrigen Abfindungen abgespeist.

[More Sharing Services](http://www.addthis.com/bookmark.php?v=250&username=zgtonline) [Share on twitter](http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/leben/detail/-/specific/Jenaer-Jurist-Walter-Bayer-Nahezu-alle-LPG-Umwandlungen-waren-fehlerhaft-825716658) [Share on facebook](http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/leben/detail/-/specific/Jenaer-Jurist-Walter-Bayer-Nahezu-alle-LPG-Umwandlungen-waren-fehlerhaft-825716658)

[Share on email](http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/leben/detail/-/specific/Jenaer-Jurist-Walter-Bayer-Nahezu-alle-LPG-Umwandlungen-waren-fehlerhaft-825716658) [Share on print](http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/leben/detail/-/specific/Jenaer-Jurist-Walter-Bayer-Nahezu-alle-LPG-Umwandlungen-waren-fehlerhaft-825716658)

Prof. Walter Bayer ist Rechtswissenschaftler an der Uni Jena. Er hat die LPG-Umwandlungen untersucht und dabei viele Fehler festgestellt. Foto: Hanno Müller

**Prof. Bayer, Sie haben vor einigen Jahren die LPG-Umwandlungen nach der Wende untersucht. Was lief schief?**

Im Gegensatz zur Privatisierung der VEB durch die Treuhandanstalt war die Anpassung in der Land- und Forstgenossenschaften allein den Mitgliedern überlassen. Sie sollten nach dem Landwirtschafts-Anpassungsgesetz der Volkskammer über Auflösung oder Fortbestehen der LPG selbst entscheiden.

Dabei kam es zu großen Unregelmäßigkeiten. Bauern, die sich ihre Anteile auszahlen lassen wollten, wurden rechtswidrig mit zu niedrigen Abfindungen abgespeist. Fast alle Vermögensauseinandersetzungen bei den LPG waren fehlerhaft.

**In einem Bericht der Landesregierung, die Ende 1993 379 Nachfolgefirmen überprüfte, hieß es aber, alles sei rechtens.**

Politik und Verwaltungen haben die betroffenen Bauern damals sträflich allein gelassen, Die Registergerichte hätten viele Umwandlungen niemals absegnen dürfen. Im Gegensatz zu den Treuhandbetrieben schien es bei den LPG-Nachfolgern ja einigermaßen zu laufen, da wollte die Politik nicht ran.

Außerdem hatten die LPG-Nachfolger starke Fürsprecher. Mit großen Flächen konnte man gigantische EU-Subventionen pro Hektar abgreifen. Frühere LPG-Vorsitzende wurden zu einflussreichen Großunternehmern. Klaus Kliem aus Aschara stieg sogar zum Präsidenten des Thüringer Bauernverbandes auf. Der Fall Aschara ging bis zum Bundesgerichtshof.

**Wurden die Bauern wissentlich betrogen?**

Es gibt ganz klar vorsätzliche Fälle. In anderen Fällen ließ sich die Schuld auf Berater schieben, die man sich aus den alten Bundesländern holte. Normalerweise sollten 80 bis 90 Prozent des LPG-Vermögens für die Berechnung der Anteile der Mitglieder zugrunde gelegt werden. Viele LPG-Nachfolger argumentierten, dass ihnen dann zu wenig Rücklagen blieben und sie dicht machen müssten. Also hat man das LPG-Vermögen runtergerechnet und die Auscheidenden um ihren Anteil betrogen.

Die Politiker waren in erster Linie daran interessiert, dass es politisch keine Unruhe auf dem Land gibt. Quer über alle Parteien war man sich einig, dass das Erfolgsmodell LPG in neuer Rechtsform weiterlaufen sollte.

**Warum ließen das die Bauern mit sich machen?**

Man muss sich in die Situation auf dem Land Anfang der 90er zurückversetzen. Bei den Vollversammlungen standen der Vorstand, die Westberater, Vertreter des Bauernverbandes und schilderten die schwierige Lage. Die Abstimmungen waren da oft nur Formsache. Die Nachfolger waren in der Mehrzahl. Man hat die Gutmütigkeit und Unkenntnis der Bauern ausgenutzt.

**Wie viele Bauern haben letztlich geklagt?**

Mitte der 90er gab es eine regelrechte Klagewelle. In manchen Gegenden sprach man sogar vom Bauernkrieg. Thüringen hatte zu DDR-Zeiten 500 LPG, jede mit Hunderten von Mitgliedern. Es gab sehr viele Prozesse. Dass diese in der ganz überwiegenden Zahl erfolgreich waren, durch Urteil oder Vergleiche, zeigt ja, dass da etwas vorlag. Der BGH hat Hunderte einschlägiger Urteile gefällt.

Geklagt haben oftmals nicht die betagten LPG-Mitglieder, sondern deren Erben, die keine Bindung mehr an die LPG hatten und daher auch nicht unter Druck zu setzen waren. Geklagt werden konnte bis 2002.

**Ihre Studie wurde von der Deutschen Forschungsgesellschaft gefördert - was konnte sie bewirken?**

Während des Projektes waren die Erwartungen sehr hoch. An manchen Tagen riefen Dutzende Bauern, LPG-Mitglieder, Wiedereinrichter an und schilderten uns ihre Fälle. Immer hieß es "Wir waren schon bei Gericht, wir waren schon beim Staatsanwalt, keiner hilft uns".

Leider konnten wir als Forscher individuell nicht viel tun. Die Geschichten sind aber in unsere Überblicksstudie eingeflossen.

**Und wie hat die Politik damals auf ihre Ergebnisse reagiert?**

Als wir anfingen, war durchaus eine kooperative Stimmung auszumachen. Es gab viele Rechtfertigungsversuche, auch eine gewisse Bereitschaft bei den Ministerien, uns zu unterstützen. Aber je intensiver wir einstiegen und unsere Zwischenergebnisse bei Tagungen mit Bundesrichtern und Anwälte vortrugen, desto reservierter wurde man.

**Im Brandenburger Landtag beschäftigte sich noch bis vor Kurzem die Enquete-Kommission "Aufarbeitung" damit. Sie waren Gutachter. Grüne und FDP sprachen vom völligen Versagen der Behörden.**

Inzwischen ist das Rechts- und Zeitgeschichte. Es ist aufgearbeitet, aber es hat keine aktuelle Auswirkung mehr. Unsere Studie hat aber viele sensibilisiert, die vorher kein Gespür für das hatten, was den Bauern damals passierte.

**Viele LPG-Nachfolger existieren noch - offensichtlich hat das Modell funktioniert?**

Hat es das wirklich? Womöglich hätten wir aber auch eine ganz andere dörfliche Struktur. Wenn Wiedereinrichter ihren gerechten Anteil am LPG-Vermögen erhalten und einen leichteren Einstieg gefunden hätten, gäbe es vielleicht mehr Vielfalt auf dem Land.

Dass diese großen LPG-Nachfolger so wirtschaftlich geführt werden, wie behauptet, wird von zahlreichen Ökonomen bestritten. Die sagen, die funktionieren nur deswegen so gut, weil sie diese wahnsinnigen EU-Subventionen erhalten haben.

[In vielen Dörfern tobte nach 1989 ein Bauernkrieg](http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/leben/detail/-/specific/In-vielen-Doerfern-tobte-nach-1989-ein-Bauernkrieg-827716662)

[Hanno Müller über die neue Serie vom Leben der Menschen auf dem Land vor und nach der Wende](http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/leben/detail/-/specific/Editorial-Die-vergessenen-Bauern-824716666)

Hanno Müller / 09.12.13 / TA

**Thüringer Landleben (1): In vielen Dörfern tobte nach 1989 ein Bauernkrieg**

10.12.2013 - 10:32 Uhr

Kromsdorf (Weimarer Land). In vielen Dörfern tobte nach 1989 ein Bauernkrieg. Die Landwirtschaft machte nach der Wende eine dramatische Wandlung durch - anders als in den VEB war man in den LPGen der DDR bei der Privatisierung auf sich gestellt.

Kromsdorf bei Weimar ein Jahr vor der Wende. Die Geschäfte der LPG des Ortes mit Gemüse und Obst liefen so gut, dass man sich ein eigenes Kulturhaus, mehrere Verkaufsstellen und Eigenheime (Foto) für die Genossenschaftsmitglieder leisten konnte. Foto: TA-Archiv/Roland Obst

Die Türen im Flachbau der Erzeuger-Genossenschaft Kromsdorf (EG) stehen offen. Von den Schreibtischen her wird freundlich gegrüßt, ein Mann müht sich am Computer.

Vor einem Vierteljahrhundert war hier der Sitz der LPG Kromsdorf. Im ersten Stock verhandelt Bernhard Grobe, er war damals Produktionsleiter.

Seit über zwei Jahrzehnten führt der 63-jährige Grobe nun schon die Geschicke der Erzeuger-Genossenschaft. Die hat - abgesehen vom Firmensitz - mit der früheren Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft nicht mehr viel zu tun.

Als Gemüse-Produzent gehörte Kromsdorf zu den Vorzeige-LPG im Bezirk Erfurt, der Vorsitzende Wolfgang Knaut genoss einen respektablen Ruf. Man bewirtschaftete Äcker in Kromsdorf, Schwabsdorf, Umpferstedt, Taubach oder Oberweimar.

Was immer auf den rund 3000 Hektar Feldern und Gewächshausflächen wuchs - Tomaten, Bohnen, Gurken, Kohl und vor allem Erdbeeren - war gefragt. LPG und Dorf waren eng verbandelt, vor allem das moderne Kulturhaus war weit über die Ortsgrenzen hinaus bekannt.

Nach der Wende aber hätten sich die Rahmenbedingungen von heute auf morgen komplett verändert, sagt Grobe, der Knaut 1990 ablöste. Zu DDR-Zeiten riss der Großhandel den Kromsdorfern die Erzeugnisse buchstäblich aus der Hand. Der Handel aber war mit das erste, was nach der Wende eingestellt wurde. Um weitermachen zu können, hätten die Kromsdorfer einen eigenen Vertrieb aufbauen müssen.

Zunächst aber mussten auch die Mitglieder der LPG in Kromsdorf Anfang der 90er grundsätzlich darüber entscheiden, ob und wie sie den Betrieb weiterführen wollten. 80 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche wurden in der DDR genossenschaftlich bewirtschaftet.

**Mitglieder sollten über LPG-Zukunft entscheiden**

Laut DDR-Verfassung waren Staatswirtschaft und genossenschaftliche Produktion streng getrennt.

Was nach der Wende zur Folge hatte, dass auch die Privatisierung in verschiedene Hände gelegt wurde - die Umwandlung der VEB in die der Treuhand, die Umwandlung der LPG in die der Mitglieder selbst.

Nach dem Ende Juni 1990 von der Volkskammer verabschiedeten Landwirtschafts-Anpassungsgesetz hieß das für die 516 Thüringer Genossenschaften des Jahres 1989, sich entweder für eine Fortsetzung in neuer Rechtsform zu entscheiden oder die Auflösung zu beschließen.

Nach Erkenntnissen der Universität Jena, wo die LPG-Umwandlungen vor gut zehn Jahren untersucht wurden, wählten damals 61 LPG den Weg der Auflösung mit anschließender Liquidation. Aus den übrigen Genossenschaften gingen 367 Folgeunternehmen hervor, vielerorts schlossen sich Tier- und Pflanzenproduzenten eines Ortes wieder zusammen.

Kromsdorf musste sich damals für die Liquidation entscheiden, sagt Bernhard Grobe. Er selbst sei viel unterwegs gewesen, um große Handelsketten als Abnehmer zu gewinnen, erzählt der Chef-Landwirt.

Nach anfänglicher Ephorie aber kam selten ein Vertrag zustande. Zu teuer, zu weite Wege zu den Logistikzentren - wegen ein paar Kisten Weisskraut nach Mönchengladbach zu fahren, ging nicht.

Zur LPG gehören neben dem Kulturhaus Gaststätten, ein Landhaus, Geschäfte in Weimar. Knapp 500 Leute beschäftigte man zu DDR-Zeiten. "6 Elektriker und 50 Leute für die Beheizung der Gewächshäuser waren nicht mehr drin", erinnert sich Grobe. Auch die 160 Beschäftigten im Freilandbereich waren nicht zu halten.

Als erstes wurden die Gewächshäuser aufgegeben, dann der Frischmarkt mit Kopf- und Rosenkohl. Man habe damals schmerzliche Erfahrungen machen und viel Lehrgeld zahlen müssen, so der EG-Chef.

Eigentumsfragen hatten zu DDR-Zeiten in den LPG kaum noch eine Rolle gespielt. Mit der Zwangskollektivierung in den Fünfzigern und Sechzigern mussten die Bauern ihren Besitz an die Genossenschaft übergeben, Nutzungsrecht ging vor Eigentumsrecht.

Durch den Zusammenschluss vieler kleinerer LPG entstanden in den Siebzigern zudem viele agrarindustrielle Großbetriebe, eingebrachtes Inventar ging im großen Ganzen unter.

Nach der Wende aber wurde um dieses Eigentum in den LPG teils heftigst gestritten. LPG-Nachfolger und ausgeschiedene LPG-Mitglieder lieferten sich heftige Kämpfe. "Im Osten geht ein Riß durch den Berufsstand der Bauern", titelt eine große Zeitung im Westen.

Es war vor allem ein Kampf ums Geld. Bauern, die als Selbständige neu anfangen oder der Landwirtschaft ganz den Rücken kehren wollten, verlangten die Vermögensanteile zurück, die sie bei der Zwangskollektivierung in die LPG einbringen mussten. Viele fühlen sich übervorteilt - und das häufig zu Recht. Das belegte später die bereits erwähnte Studie der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Jena (siehe dazu auch das Gespräch mit dem Leiter der Studie, Walter Bayer).

Dem Fall der LPG im thüringischen Aschara und ihres alten und neuen Chefs, Klaus Kliem, später langjähriger Bauernpräsident in Thüringen, widmet das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" 1997 sogar eine mehrseitige Geschichte. "Mit allerlei Tricks, mit falschen Bilanzen und geschönten Gutachten, haben sich die Bonzen der Agrarbetriebe bemächtigt und dabei milliardenschwere Vermögen an sich gerisssen", hieß es im Beitrag.

Der Spiegel zitierte den Chef der Ermittlungsstelle für Vereinigungskriminalität, Manfred Kittlaus, mit den Worten: "Nach unserer Erkenntnis ist das quer durch die frühere DDR gelaufen." Von einer "organisierten LPG-Kriminalität" sprach Dieter Tannenberger, Chef des damals neu gegründeten Deutschen Landbundes, in dem sich die meist kleineren ostdeutschen Privatbauern gegen die Lobby der Großen vereinten.

**Ein Klima aus Angst, Neid und Verdächtigungen**

Für das Klima in den Dörfern blieb das nicht ohne Folgen. Unsicherheit, ungeklärte Eigentumsverhältnisse und wachsende Arbeitslosigkeit waren ein Nährboden für Angst, Neid, Missgunst und Verdächtigungen. Nicht selten wurden offene Rechnungen zwischen den LPG-Fürsten von SED-Gnaden und jenen präsentiert, denen man seinerzeit die Zwangskollektivierung überstülpte.

In manchen Gegenden eskalierte der Streit derart, dass der Eindruck entstehen konnte, im Osten tobe ein Bauernkrieg.

Glaubt man Bernhard Grobe, dann verlief die Liquidation in Kromsdorf vergleichsweise friedlich. Durch die vielen Investitionen zu DDR-Zeiten lagen 13 Millionen Altschulden auf der LPG, das sei mehr gewesen, als das Vermögen ausmachte. Zu verteilen habe es da nicht viel gegeben, versichert Grobe. Das habe man den Mitgliedern in erklärt. In Kromsdorf wurde nie etwas an die Mitglieder augezahlt.

Anhand der Grundbücher schloss die neu gegründete Erzeugergenossenschaft aber später über 650 Pachtverträge mit Landeigentümern ab. "Die Eigentümer standen zur neuen Erzeugergenossenschaft, das machte es einfacher", sagt Grobe.

Ärger gab es trotzdem. Grobe spricht von einer Handvoll Verfahren, die ihm einige Nerven gekostet hätten. Die EG Kromsdorf suchte sich damals den Beistand eines Rechtsanwaltes aus dem Westen. Wirklich gern redet der Genossenschafts-Leiter nicht über diesen Teil der Geschichte. 22 Leute sind es heute noch im Betrieb - von einst knapp 500, da könne man sich vorstellen, wie viele ehemalige Mitarbeiter man letztlich heimschicken musste. Manche fanden noch eine Weile Arbeit beim Abriss von Gebäuden, man habe versucht, sozialverträglich zu kündigen - und doch tat es weh.

Zudem sind auch auf dem Land damals jede Menge Hasardeure und Wendegewinnler unterwegs. Boden ist wertvoll. Viele versuchen, den Bauern ihr Land billig abzuschwatzen.

Die Zwietracht unter der Bauernschaft kommt diesen "Landhaien" gerade recht. Nach dem Motto "Teile und herrsche" wurde da schon mal aufgestachelt.

So heißt es in einer Zeitungs-Anzeige im Herbst 1991: "Achtung, Bauern! Machen Sie das beste aus Ihrem Eigentum. Fordern Sie sofort Ihren Inventarbeitrag heraus, bevor die LPG oder deren Nachfolgegebilde den letzten Rest Ihrer rechtmäßigen Ansprüche verwirtschaftet hat. Das Recht ist auf Ihrer Seite. Nutzen Sie die Chancen des freien Pachtmarktes. Wir bieten für Ackerland. . ." Viele dieser "Wohltäter" aus dem Westen hatten daheim ihre Böden für saftige Prämien pro Hektar stillgelegt, um nun im Osten billig mit Land zu spekulieren.

Thüringens Landwirtschaft macht nach der Wende einen dramatischen Umstrukturierungsprozess durch. Innerhalb von drei Jahren fielen 90.000 Arbeitsplätze weg. Ende 1993 gab es in Thüringen noch rund 30.000 Bauern. Die Feldfrauen traf es besonders hart.

Ihre Altschulden bekamen die Kromsdorfer mit Rangrücktrittsvereinbarungen in den Griff - abgestottert wurde je nach Gewinnlage. Seit 5 Jahren schreibt die Erzeugergenossenschaft schwarze Zahlen. In zwei Jahren geht Grobe in Rente - wie er sagt, mit einem lachenden und einem weinenden Auge.

[Hanno Müller über die neue Serie vom Leben der Menschen auf dem Land vor und nach der Wende](http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/leben/detail/-/specific/Editorial-Die-vergessenen-Bauern-824716666)

[Interview mit dem Jenaer Rechtswissenschaftler Walter Bayer über LPG-Umwandlungen nach der Wende](http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/leben/detail/-/specific/Jenaer-Jurist-Walter-Bayer-Nahezu-alle-LPG-Umwandlungen-waren-fehlerhaft-825716658)

Hanno Müller / 09.12.13 / TA

**Märkische Allgemeine**

**Enquetekommission prüft „Umgang mit Eigentum im Transformationsprozess" Schwere Rechtsfehler bei LPG-Umwandlung**

Der MAZ liegt der Abschlussbericht der Enquetekommission des Landtags zum Abschnitt „Umgang mit Eigentum im Transformationsprozess in Brandenburg“ vor. Demnach kam es bei der Umwandlung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) nach 1990 in Brandenburg zu „teilweise zu schwerwiegenden Rechtsfehlern“.

Artikel aktualisiert: Dienstag, 22.10.2013 09:59 Uhr



Bei der Umwandlung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) nach 1990 in Brandenburg kam es „teilweise zu schwerwiegenden Rechtsfehlern“. Diesen Schluss zieht die Enquetekommission des Landtags. Die Landesregierung wurde aufgefordert, einzelne Fälle zu prüfen. Der Abschlussbericht zum Abschnitt „Umgang mit Eigentum im Transformationsprozess in Brandenburg“, der der MAZ vorliegt, soll Freitag beschlossen werden.

Der gut 60-seitige Bericht wird in der Kommission als moderates Kompromisspapier eingeschätzt. Entschärft wurde die heftig geführte Debatte im Zuge der Behandlung von acht zum Teil heftig attackierten Gutachten. Autoren des Abschlussberichts sind der Grünen-Politiker Axel Vogel und der für die Linke in die Kommission entsandte Wissenschaftler Reinhard Stolze.

Welche Konsequenzen sich aus den Fehlern bei den Umwandlungen ergeben, ist noch offen und umstritten. Einigkeit habe darin bestanden, dass die Transformation der Landwirtschaft ein „konfliktbeladener Prozess“ gewesen sei, der bis heute nachwirke, hieß es. Laut dem Gutachter Walter Bayer sind 38 der 365 vorgenommenen Umwandlungen wegen schwerer Mängel als unwirksam zu qualifizieren. So wurde nicht jedem LPG-Mitglied eine Beteiligung am Rechtsnachfolger angeboten. Die Fehlerquote liegt bei elf Prozent. Sie entspricht in etwa der anderer Ost-Länder. Die Kontrolle durch die zuständigen Registergerichte habe versagt, so der Gutachter – aufgrund fehlender oder unvollständiger Unterlagen. Gutachter Bayer hat die Liste der fehlerhaft umgewandelten LPGs der Kommission übergeben. Eingeschaltet wurde dann das Justizministerium. Inzwischen wurden die Ergebnisse der Kommission den Registergerichten durch das Brandenburgische Oberlandesgericht weitergeleitet, „um ihnen eine Prüfung zu ermöglichen“, wie das Justizministerium mitteilte.

Laut einem Gutachten gab es in Brandenburg zur Wende rund 800 LPGs. Diese waren nicht nur Landwirtschaftsbetriebe, sondern meist wichtigster Arbeitgeber in der Gemeinde. Sie betrieben Kindergärten, Kulturhäuser und bauten Straßen. Nach 1989 wurden 365 unter großem Zeitdruck umgewandelt – zunächst in 248 Genossenschaften, 99 GmbHs und 18 GmbH & Co. KGs. Rechtsgrundlage war das Landwirtschaftsanpassungsgesetz von 1990. Die Umwandlung lag, darauf verweist der Bericht, in den Händen der LPG-Mitglieder und nicht des Staates.

Von Igor Göldner

# TOP AGRAR ONLINE

# Alteigentümer prangern Bereicherung der LPG-Nachfolgebetriebe an

12.12.2013, von Alfons Deter

* [6](http://www.topagrar.com/news/Home-top-News-Alteigentuemer-prangern-Bereicherung-der-LPG-Nachfolgebetriebe-an-1307604.html#respond)

Vater und Sohn Stengel wollen eine höhere Entschädigung von der früheren LPG. Nach der Wende hofften viele LPG-Bauern, dass sie nun endlich wieder selbst über ihre Äcker bestimmen dürfen. Doch bei der Umwandlung der Genossenschaften wurden offensichtlich viele um ihr Recht betrogen, berichtet das RBB-Magazin „Klartext“. Die neuen Herren seien nicht selten die alten „Roten Barone" gewesen.  
   
Als Beispiel wird die Familie Joachim Stengel vorgestellt. Auch sie bekam nach der Wende ihre Flächen, gut 120 ha, zurück. Dazu eine Entschädigung aus dem Vermögen der Genossenschaft für die damals eingebrachten Maschinen und das Vieh. Laut der Rechnung des Landwirts hätten dies 60.000 DM sein müssen, er bekam allerdings nur 20.000 DM.   
   
So wie ihm soll es vielen Landwirten ergangen sein, heißt es in dem Bericht weiter. Die Genossenschaften hätten zuviel behalten dürfen und ständen dank üppiger Förderung heute bestens da, während die Alteigentümer um ihre Existenz kämpfen müssten. Dementsprechend schwelen in den Dörfern Konflikte. „Die Alteigentümer haben mehr bekommen, als ihnen zusteht“, wehrt sich dagegen der Vorstand des heutigen Agrarbetriebes, der Stengel ausbezahlt hat.  
   
Die Autoren von „Klartext“ werfen dem Agrarministerium von Brandenburg vor, bereits seit 2003 eine Liste zu haben, in der die teilweise schwerwiegenden Rechtsfehler dokumentiert seien. Erstellt hat sie Prof. Walter Bayer von der Uni Jena auf Basis der Registerkarten der LPGs. Er stellte dabei zahlreiche unwirksame Umwandlungen fest. Rechtsanwalt Thorsten Purps fordert daher das Ministerium auf, diese Liste endlich zu beachten und den Genossenschaften, die zu unrecht bestehen oder Eigentum Dritter nutzen, die Förderung abzudrehen. Außerdem könne der Staat bei nachgewiesener unwirksamer Umwandlung Prämien zurückfordern, so Purps.  
   
Da nun auch die Enquetekommission des Brandenburger Landtags zahlreiche Unregelmäßigkeiten festgestellt hat, kommt laut dem RBB jetzt offenbar Bewegung in die Sache. Der Fall Stengel etwa werde geprüft. Landwirtschaftsminister Jörg Vogelsänger stellte in dem Beitrag aber klar, dass für die Einzelfälle die Gerichte zuständig seien. Ohne ein Urteil werde das Ministerium keinem Betrieb die Prämie versagen.

[Aus der Wirtschaft](http://www.agrarheute.com/ah-pflanze-wirtschaft) | 23.12.2013 [Redaktion agrarheute.com](http://www.agrarheute.com/)

**Ackerland: Investoren machen Bauern Konkurrenz**

Berlin/Mühlberg - Die Preise für Ackerland sind in den vergangenen Jahren vor allem im Osten explodiert, Experten warnen gar vor einer Preisblase. Für manchen heimischen Bauern ist die Schmerzgrenze erreicht.

Landwirt Olaf Broneske hat seine Äcker fürs nächste Jahr bestellt. Auf den Feldern am Fuße der "Drei Gleichen" in Thüringen herrscht nun Winterruhe, die Traktoren bleiben in den Maschinenhallen. "Boden ist unser wichtigstes Produktionsmittel», sagt Broneske. «Ohne ihn nützen die modernsten Maschinen nichts." Doch um Ackerland ist ein harter Wettbewerb entbrannt, bei dem nicht nur die Landwirte selbst, sondern immer mehr Investoren mitmischen. Daher kannten die Pacht- und Bodenpreise in den vergangenen Jahren nur eine Richtung: nach oben. Eine Entwicklung, die Broneske und seinen Kollegen vor allem in Ostdeutschland Sorgenfalten auf die Stirn treibt.

Rund 2500 Hektar bewirtschaftet seine Agrargenossenschaft, die vor allem Weizen, aber auch Raps, [Gerste](http://www.agrarheute.com/landwirtschaft/nachrichten/Gerste/" \o "Gerste" \t "_self) und [Zuckerrüben](http://www.agrarheute.com/landwirtschaft/nachrichten/Zuckerr%C3%BCben/" \o "Zuckerrüben" \t "_self) anbaut. Rund 80 Prozent sind gepachtet. "Wir sind ständig bestrebt, Flächen zu kaufen", erzählt Broneske. "Doch wir können bei den Preisen manchmal gar nicht mehr mithalten. Auch die hohen Pachtpreise sind irgendwann nicht mehr zu erwirtschaften." Als Beispiel berichtet er von einer 15 Hektar großen Fläche, die sein Betrieb lange gepachtet hatte. Als die bundeseigene BVVG sie zum Verkauf stellte, bot er demnach immerhin 15.000 Euro je Hektar. "Wir sind aber nicht zum Zug gekommen. Wie wir in Erfahrung gebracht haben, ist sie für 26.000 Euro je Hektar weggegangen."

Kein Einzelfall

Das ist kein Einzelfall. Nach Zahlen des Statistischen Bundesamtes sind die Preise für Ackerland vor allem in den neuen Bundesländern explodiert. In Mecklenburg-Vorpommern etwa haben sie sich in den vergangenen zehn Jahren verdreifacht, in Sachsen-Anhalt und Brandenburg mehr als verdoppelt. Auch in Thüringen zeigt der Trend steil nach oben. Parallel dazu seien auch die Pachtpreise gestiegen, betont Martin Hirschmann vom Thüringer Bauernverband. Mussten hier Ende der 90er Jahre noch etwa 94 Euro je Hektar gezahlt werden, seien es 2013 im Schnitt 270 Euro je Hektar gewesen.

Freilich liegen die Bodenpreise in den alten Bundesländern weit darüber, doch ist dort die Entwicklung weniger dynamisch. Experten warnen inzwischen vor einer Überhitzung am Bodenmarkt und der Gefahr einer Preisblase mit drastischen Auswirkungen auf die Betriebe. "Die heutige Entwicklung auf dem Bodenmarkt lenkt erschreckend viel Kapital in Flächenzukäufe", heißt es im Kritischen Agrarbericht 2013. Das Geld fehlt an anderen Stellen für Investitionen und hemmt die Betriebe, ihre Wertschöpfung je Hektar zu erhöhen. Den Angaben nach liegen sie hierin abgeschlagen hinter ihren westdeutschen Kollegen.

Fokus von Anlegern auf stabile Werte gerückt

Die Ursachen für die stark gestiegenen Bodenpreisen sehen die Bauern zum einen in der Preispolitik der BVVG, die einst staatseigene Flächen im Osten an den Mann bringt. 745.200 Hektar waren es bis zum vergangenen Jahr, 2013 sollten noch einmal mehr als 34.000 oft meistbietend in Euro umgemünzt werden. Zum anderen sei seit der Finanzkrise und angesichts niedriger Zinsen der Fokus von Anlegern auf stabile Werte gerückt, zu denen auch Grund und Boden gehörten, erläutert Udo Folgart, Vizepräsident des Deutschen Bauernverbandes und Bauernpräsident von Brandenburg.

"Es muss darum gehen, bäuerliche Landwirtschaft, die in der Region verankert ist, zu stärken", erklärt Folgart. Das scheint auch die Politik als Problem erkannt zu haben. Die Bundesregierung will laut Koalitionsvertrag "rechtliche Instrumentarien" prüfen, mit denen der direkte oder indirekte Kauf von Agrarflächen durch überregionale oder branchenfremde Investoren besser kontrolliert werden kann. Zudem soll geklärt werden, ob - wie immer wieder gefordert - noch nicht veräußerte BVVG-Flächen an die Länder übertragen werden können.

Auch einige Bundesländer liebäugeln damit, nichtlandwirtschaftlichen Investoren den Griff nach dem kostbaren Acker- und Grünland zu erschweren. Dabei gebe es aber etliche Tücken, heißt es aus dem Brandenburger Agrarministerium. So dürften Betriebe aus anderen Regionen nicht benachteiligt werden oder Rechte von Teilhabern nicht zu sehr beschränkt werden. Spielraum sieht ein Rechtsgutachten des Landes vielmehr darin, bestehende Instrumente etwa in Form von Auflagen stärker zu nutzen. In Thüringen sieht die Landesregierung dagegen keinen Reformbedarf: Das bestehende Grundstücksverkehrsgesetz habe sich bewährt und dürfe nicht "ohne Not" aufgegeben werden.

Preise für Agrarflächen auch 2014 hoch

Die zuletzt stark gestiegenen Preise für Agrarflächen in Deutschland werden nach Expertenansicht auch im kommenden Jahr ihr hohes Niveau halten. "Die Nachfrage nach Agrarflächen wird auch 2014 hoch bleiben. Daher rechne ich nicht damit, dass die Bodenpreise schnell sinken werden", sagte Andreas Tietz vom bundeseigenen Braunschweiger Thünen-Institut für Ländliche Räume der Nachrichtenagentur dpa.

Der Deutsche Bauerverband gibt sich dagegen etwas vorsichtiger: "In den vergangenen Jahren ist ein deutlicher Anstieg unverkennbar, inwieweit sich die Bodenpreise 2014 weiter auf dem relativ hohen Niveau halten werden, ist offen", sagte Bauerverbandsexperte Peter Pascher der dpa. "Gegen einen weiteren Anstieg sprechen die gesunkenen Preise für wichtige Ackerbauprodukte."

Anleger spielen wichtige Rolle

Nach Einschätzung von Fachmann Tietz hängt die langfristige Entwicklung von vielen Faktoren ab, "vor allem davon, ob Agrarflächen durch entsprechende zinspolitische Entscheidungen für Geldanleger an Attraktivität verlieren". Anleger spielen nach seinen Worten auf dem Bodenmarkt eine wichtige Rolle - "und zwar in West- wie in Ostdeutschland, auch wenn die gesetzlichen Hürden nicht unbedingt niedrig sind". Dass Investoren auch bei Agrarunternehmen einsteigen, sei kein neues Phänomen. "Man kann sagen, dass die [Landwirtschaft](http://www.agrarheute.com/landwirtschaft/nachrichten/Landwirtschaft/" \o "Landwirtschaft" \t "_self) für vermögende Nichtlandwirte nach wie vor ein attraktives Investitionsziel ist", so Tietz, der dieses Thema in mehreren Studien untersucht hat.

Es stimme, "dass die Bodenpreise auch davon in die Höhe getrieben werden, dass das Interesse von Investoren hoch ist und diese auch bereit sind, entsprechend mitzubieten". Das bleibt nach Ansicht des Experten nicht ohne Folgen: "Insbesondere kleinere landwirtschaftliche Betriebe ohne andere Einkommensquellen leiden natürlich darunter."

Auch Peter Pascher räumt ein, dass der Wettbewerb um die Flächen zugenommen habe und ergänzt: "Das liegt natürlich am Boom der Biogasanlagen", so Pascher. So war es durch günstige Förderbedingungen zwischen 2007 und 2012 zu einem Boom bei neuen Anlagen gekommen. "Hier ist aber die Luft mittlerweile raus. 2013 wurden nur etwa 260 neue Anlagen zugelassen. Der Bestand an Biogasanlagen liegt damit bei insgesamt 7.800", erläutert Pascher mit Blick auf die umfassende Reform des zugrundeliegenden Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG).

* [*Karte verortet Bodengüte deutscher Äcker (19. November) ...*](http://www.agrarheute.com/kasachstan-agrarlandnutzung?redid=575065)
* [*Bodenrecht rückt in den Fokus (18. November) ...*](http://www.agrarheute.com/bvvg-verkaufspreise?suchbegriff2=BVVG)
* [*Bodenpreise steigen weiter (16. September)...*](http://www.agrarheute.com/bvvg-verkaufspreise?suchbegriff2=BVVG)

**FAZ**

Formularbeginn



Formularende

**„Landgrabbing“ in Deutschland Der Wettlauf ums Land**

28.12.2013 ·  In Ostdeutschland fürchten die Bauern um ihr Land. Die Preise steigen, vielerorts können Landwirte nicht mehr mit den Geboten von Kapitalgesellschaften mithalten. Für Kritiker ist das ein Warnsignal.

Von [Henrike Roßbach](http://www.faz.net/redaktion/henrike-rossbach-11104125.html)

[Artikel](http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/landgrabbing-in-deutschland-der-wettlauf-ums-land-12728635.html) [Bilder (4)](http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/landgrabbing-in-deutschland-der-wettlauf-ums-land-12728635-b1.html) [Lesermeinungen (0)](http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/landgrabbing-in-deutschland-der-wettlauf-ums-land-12728635-l1.html)

[](http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/landgrabbing-in-deutschland-der-wettlauf-ums-land-12728635-b1.html)

© Lüdecke, Matthias [Vergrößern](http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/landgrabbing-in-deutschland-der-wettlauf-ums-land-12728635.html#aufmacherOverlay)300 Mutterkühe und 120 Jungrinder: Was nach viel klingt, ist ein vergleichsweise kleiner Betrieb

Die Kälber sind unruhig. Sobald jemand ins Dämmerlicht des Stalls tritt, laufen sie als Herde geschlossen davon. Eine wogende Masse hellbrauner Leiber. „Sie sind das erste Mal im Stall“, sagt Henrik Wendorff beinahe entschuldigend. Daher die Unruhe und die Rufe nach den Müttern. Vor einem halben Jahr wurden sie auf der Weide geboren. Charolais-Rinder, extensiv gehalten, wie es heißt, immer nur unter freiem Himmel.

Jetzt aber kommt der Tierarzt. Die Rinder, inzwischen gut 240 Kilo schwer, werden nach Bayern verkauft, wo sie bis zur Schlachtreife gemästet werden. Auf Wendorffs silbernem Pick-up prangt ein Aufkleber: „Landwirt im Einsatz“. An diesem Tag jedoch sieht er mit seinem Hemd, den Jeans und der Baseballmütze gar nicht so aus, wie sich ein Stadtkind einen Bauern vorstellt. Ohnehin treibt Wendorff derzeit ein Thema um, das genauso gut in Konzernzentralen zu Hause ist wie auf der Weide im brandenburgischen Vierlinden, wo die Rinder im Nieselregen friedlich grasen.

**Eine andere Sicht auf die Dinge**

Es geht um Land, Pacht- und Kaufpreise, um Spekulation, Marktmacht und Anlagestrategien. Zurück aus dem Stall, setzt sich Wendorff an seinen Computer, hinter ihm stehen Mini-Traktoren in der Schrankwand. 1991 wurde die AGW Worin gegründet, jener Betrieb, den Wendorff heute als Gesellschafter und Geschäftsführer leitet. Hervorgegangen ist er, wie so viele Agrarbetriebe in Ostdeutschland, aus einer Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft der DDR.

Sieben Betriebe gehörten ursprünglich dazu, sogar eine Schäferei. Nach der Wende aber wurde alles aufgelöst und 6.500 Hektar Land neu verteilt. „Eine verrückte Phase“, sagte Wendorff. Am Ende kam die heutige GmbH dabei heraus, spezialisiert auf die Charolais-Zucht, ein ökologischer Bioland-Betrieb. Fünf Gesellschafter aus dem Ort, neun Mitarbeiter aus der Umgebung, nicht ganz 1.000 Hektar Land, 300 Mutterkühe, 120 Jungrinder, 1,2 Millionen Euro Umsatz im Jahr. Aus der Sicht des typischen westdeutschen Landwirts klingt das gigantisch. Agrarökonom Wendorff aber hat eine andere Sicht auf die Dinge.

Er hätte gerne mehr Land. Zwei Drittel der Flächen hat die AGW Worin bloß gepachtet; nur ein Drittel gehört ihr. Das birgt Risiken. Jedes Mal, wenn ein Pachtvertrag ausläuft, könnte ein anderer zum Zug kommen. Oder aber die Pacht wird einfach teurer. „Eigentlich bräuchten wir 70 Prozent Eigentum, um unternehmerisch stabil zu sein“, sagt Wendorff. In der Vergangenheit hatten sie jede Gelegenheit genutzt, Land zu kaufen – von der bundeseigenen Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) bis zur Treuhand. Doch im Landkreis Märkisch-Oderland ist es schwierig geworden, an Land zu kommen.

„Wir sind Unternehmer, wir müssen uns am Markt behaupten“, sagt Wendorff. Mit Marktdruck müssten sie seit zwanzig Jahren klarkommen. Dennoch findet er, dass da etwas schiefläuft. Was in Entwicklungsländern unter „Landgrabbing“ läuft, also dem aggressiven Aufkaufen von Land durch Investoren, ist unter etwas gemäßigteren Vorzeichen auch in Ostdeutschland ein Thema. „Es gibt viele Wettbewerber, auch Kapitalanleger. Der Pachtmarkt ist ebenfalls unter Druck, die Preise steigen“, sagt Wendorff.

**Umweltauflagen und Biogasanlagen**

Die Gründe? Zum Beispiel die strengeren Umweltauflagen und der Siegeszug der Biogasanlagen, sagt Wendorff. Wer Vieh hält, brauche immer mehr Fläche, um die Gülle unterzukriegen, und die Biogasanlagen müssten gefüttert werden – zum Beispiel mit Mais. Hinzu kämen Landwirte aus dem Ausland, etwa aus Holland, die dort nicht expandieren könnten und das dann eben in den Weiten Ostdeutschlands versuchten. Vor allem aber kaufen Investoren und Kapitalgesellschaften Land.

Landwirtschaftsferne wie die Immobilien- und Altenpflegeholding Lindhorst ebenso wie Agrarkonzerne, etwa die KTG Agrar. Letztere bewirtschaftet 40.000 Hektar in Deutschland und Litauen und betont, sich zum sozialen Flächenerwerb verpflichtet zu haben. Trotzdem sind solche Konzerne für die Wendorffs dieser Welt harte Konkurrenz. Schon wegen ihrer Größe haben sie günstigere Kostenstrukturen. Außerdem spielt ihnen die Lage am Kapitalmarkt in die Hände. Anleger suchen in den aktuellen Niedrigzinszeiten neue und zugleich sichere Investments.

**Das Spiel von Angebot und Nachfrage**

„Den Zinssatz kann sich jeder ausrechnen, der Dreisatz kann“, sagt Wendorff, „wer sein Geld dagegen zur Sparkasse bringt, verliert.“ Das Thema hat es sogar in den Koalitionsvertrag geschafft. Union und SPD versprechen, eine Kontrolle „des unmittelbaren und mittelbaren Erwerbs landwirtschaftlicher Flächen durch nicht-landwirtschaftliche und überregionale Investoren zu prüfen“. Überlegt wird, ob Treuhandflächen des Bundes an die Länder übertragen werden können. Die wiederum könnten das Land Junglandwirten günstig anbieten, als Existenzgründungsprogramm. Wendorff fände das gut.

Denn dass die BVVG, die als großer Landhändler im Osten den Markt bewegt, bislang stets an den Höchstbietenden verkaufen muss, ist ihm ohnehin ein Dorn im Auge. Auch die Grünen im Bundestag wollen einen anderen Umgang mit den bundeseigenen Flächen. Wendorff sagt, sie hätten schon Fläche verloren, weil andere Preise zahlten, die man nicht wieder erwirtschaften könne. Er weiß, dass das alles letztlich nur Marktwirtschaft und das Spiel von Angebot und Nachfrage ist. Er sorgt sich dennoch um die Region, um die „Entfremdung der Bevölkerung von ihrer Region und ihrem Grund und Boden“.

**Die Konzentration von Land in den Händen weniger Unternehmen**

Er sagt: „Wir sind am Rande des Tellers und müssen aufpassen, nicht hinten runterzufallen. Wenn das so weitergeht, entsteht ein großer Schaden.“ Der Bundestagsabgeordnete Hans-Georg von der Marwitz sieht das ähnlich. „Die Entwicklung geht hin zur Konzentration von Land in den Händen weniger Unternehmen“, sagt der CDU-Politiker in seinem Berliner Büro Unter den Linden. Vor etwa zehn Jahren habe es angefangen, dass Investoren und Konzerne sich für Agrarbetriebe im Osten interessierten. Heute sei in seinem Wahlkreis Märkisch-Oderland schon fast ein Drittel der Fläche in der Hand von vier bis fünf Gesellschaften. „Ich betrachte das mit großer Sorge“, sagt von der Marwitz.

Der Zweiundfünfzigjährige ist selbst Landwirt. 900 Hektar bewirtschaftet er in Friedersdorf, das wie Worin zu Vierlinden gehört. 680 Hektar gehören ihm, der Rest ist gepachtet. Die Familie von der Marwitz ist seit dem 17. Jahrhundert in Friedersdorf verwurzelt, nach dem Krieg aber wurde sie enteignet und ging in den Westen. Im Jahr 1990 kehrte Hans-Georg von der Marwitz jedoch in die alte Heimat zurück. Er kaufte das Land der Familie zurück und führt heute drei Betriebe: Ackerbau, ökologischer Landbau, Biogasanlage.

**„Wir müssen den Einstieg in den Ausstieg schaffen“**

„Die Landpreise haben sich in unserer Region in fünf Jahren verdreifacht“, sagt er. Bis zu 25.000 Euro je Hektar würden inzwischen gezahlt. Normale Landwirte seien nicht in der Lage, das zu erwirtschaften. Dass Kapitalgesellschaften dennoch kaufen, hält er für spekulationsgetrieben; sie gingen eben davon aus, dass die Preise weiter steigen. Aus seiner Sicht treiben auch die Subventionen die Bodenpreise, vor allem die EU-Flächenprämien je Hektar. Bei großen Flächen kommt über diese Direktzahlungen aus Brüssel eine hübsche Dividende zusammen.

„Wir müssen den Einstieg in den Ausstieg schaffen“, sagt von der Marwitz deshalb. Doch mit dem Ruf nach einer Kappung der Direktzahlungen für Großbetriebe ist er unter den Agrarpolitikern seiner Partei wie auch im Bauernverband allein. „Ich vertrete eine familienunternehmerische Politik“, sagt er. Schlimm genug, dass es immer weniger Landwirte gebe, die in Generationen dächten.

Weitere Artikel

* [Bauernpräsident bedauert Aussagen zu Öko-Landbau: „Veröffentlichung war falsch“](http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/veroeffentlichung-war-falsch-bauernpraesident-bedauert-aussagen-zu-oeko-landbau-12717870.html)
* [Öko-Landwirte attackieren Bauernpräsidenten: „Abwählen oder austreten“](http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/abwaehlen-oder-austreten-oeko-landwirte-attackieren-bauernpraesidenten-12716269.html)
* [Hessischer Bauernverband in Aufruhr: Präsident erzürnt Öko-Landwirte](http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/unmut-ueber-internetseite-hessische-oeko-bauern-in-aufruhr-12714582.html)

Wie der Charolais-Züchter Wendorff sorgt sich auch von der Marwitz um die Entwurzelung auf dem Land. Durch den Aufstieg außerlandwirtschaftlicher Investoren hätten die Menschen in den Dörfern kaum Einfluss mehr auf das, was um sie herum passiere. „Die Anonymisierung der Agrarstrukturen verändert den ländlichen Raum.“

Agrarkonzerne, glaubt von der Marwitz, produzierten anders. „Sie bauen die gewinnbringendsten Bereiche aus, arbeiten subventionsorientiert, rationalisieren bei den Beschäftigten.“ Die Konzentration auf die berechenbarsten Gewinne aber – im Sinne der Anleger, die ja einen sicheren Hafen für ihr Geld suchen – führe zur Verarmung der biologischen Vielfalt. Dass Brüssel diesen Wandel über Subventionen auch noch fördere, „ist geradezu paradox“.

**Neues Deutschland**

Von Andreas Hummel, Mühlberg

23.12.2013

[Wirtschaft und Umwelt](http://www.neues-deutschland.de/rubrik/wirtschaft-umwelt)

**Ackerpreise steigen weiter**

**Investoren machen Bauern in Ostdeutschland zunehmend Konkurrenz**

Die Preise für Ackerland sind in den vergangenen Jahren vor allem im Osten explodiert, Experten warnen gar vor einer Preisblase. Für manchen heimischen Bauern ist die Schmerzgrenze erreicht.

Landwirt Olaf Broneske hat seine Äcker fürs nächste Jahr bestellt. Auf den Feldern am Fuße der »Drei Gleichen« in Thüringen herrscht nun Winterruhe, die Traktoren bleiben in den Maschinenhallen. »Boden ist unser wichtigstes Produktionsmittel«, sagt Broneske. »Ohne ihn nützen die modernsten Maschinen nichts.« Doch um Ackerland ist ein harter Wettbewerb entbrannt, bei dem nicht nur die Landwirte selbst, sondern immer mehr Investoren mitmischen. Daher kannten die Pacht- und Bodenpreise in den vergangenen Jahren nur eine Richtung: nach oben. Eine Entwicklung, die Broneske und seinen Kollegen vor allem in Ostdeutschland Sorgenfalten auf die Stirn treibt.

Rund 2500 Hektar bewirtschaftet seine Agrargenossenschaft, die vor allem Weizen, aber auch Raps, Gerste und Zuckerrüben anbaut. Rund 80 Prozent sind gepachtet. »Wir sind ständig bestrebt, Flächen zu kaufen«, erzählt Broneske. »Doch wir können bei den Preisen manchmal gar nicht mehr mithalten. Auch die hohen Pachtpreise sind irgendwann nicht mehr zu erwirtschaften.« Als Beispiel berichtet er von einer 15 Hektar großen Fläche, die sein Betrieb lange gepachtet hatte. Als die bundeseigene BVVG sie zum Verkauf stellte, bot er demnach immerhin 15 000 Euro je Hektar. »Wir sind aber nicht zum Zug gekommen. Wie wir in Erfahrung gebracht haben, ist sie für 26 000 Euro je Hektar weggegangen.«

Das ist kein Einzelfall. Nach Zahlen des Statistischen Bundesamtes sind die Preise für Ackerland vor allem in den neuen Bundesländern explodiert. In Mecklenburg-Vorpommern etwa haben sie sich in den vergangenen zehn Jahren verdreifacht, in Sachsen-Anhalt und Brandenburg mehr als verdoppelt. Auch in Thüringen zeigt der Trend steil nach oben. Parallel dazu seien auch die Pachtpreise gestiegen, betont Martin Hirschmann vom Thüringer Bauernverband. Mussten hier Ende der 90er Jahre noch etwa 94 Euro je Hektar gezahlt werden, seien es 2013 im Schnitt 270 Euro gewesen.

Freilich liegen die Bodenpreise in den alten Bundesländern weit darüber, doch ist dort die Entwicklung weniger dynamisch. Experten warnen inzwischen vor einer Überhitzung am Bodenmarkt und der Gefahr einer Preisblase mit drastischen Auswirkungen auf die Betriebe. »Die heutige Entwicklung auf dem Bodenmarkt lenkt erschreckend viel Kapital in Flächenzukäufe«, heißt es im Kritischen Agrarbericht 2013. Das Geld fehlt an anderen Stellen für Investitionen und hemmt die Betriebe, ihre Wertschöpfung je Hektar zu erhöhen. Den Angaben nach liegen sie hierin abgeschlagen hinter ihren westdeutschen Kollegen.

Die Ursachen für die stark gestiegenen Bodenpreise sehen die Bauern zum einen in der Preispolitik der BVVG, die einst staatseigene Flächen im Osten an den Mann bringt. 745 200 Hektar waren es bis zum vergangenen Jahr, 2013 sollten mehr als 34 000 oft meistbietend in Euro umgemünzt werden. Zum anderen sei seit der Finanzkrise und angesichts niedriger Zinsen der Fokus von Anlegern auf stabile Werte gerückt, zu denen auch Grund und Boden gehörten, erläutert Udo Folgart, Vizepräsident des Deutschen Bauernverbandes und Bauernpräsident von Brandenburg. »Es muss darum gehen, bäuerliche Landwirtschaft, die in der Region verankert ist, zu stärken«, erklärt Folgart.

Das scheint auch die Politik als Problem erkannt zu haben. Die Bundesregierung will laut Koalitionsvertrag »rechtliche Instrumentarien« prüfen, mit denen der direkte oder indirekte Kauf von Agrarflächen durch überregionale oder branchenfremde Investoren besser kontrolliert werden kann. Zudem soll geklärt werden, ob - wie immer wieder gefordert - noch nicht veräußerte BVVG-Flächen an die Länder übertragen werden können.

Auch einige Bundesländer liebäugeln damit, nichtlandwirtschaftlichen Investoren den Griff nach dem kostbaren Acker- und Grünland zu erschweren. Dabei gebe es aber etliche Tücken, heißt es aus dem Brandenburger Agrarministerium. So dürften Betriebe aus anderen Regionen nicht benachteiligt werden oder Rechte von Teilhabern nicht zu sehr beschränkt werden. Spielraum sieht ein Rechtsgutachten des Landes vielmehr darin, bestehende Instrumente etwa in Form von Auflagen stärker zu nutzen. In Thüringen sieht die Landesregierung dagegen keinen Reformbedarf: Das bestehende Grundstücksverkehrsgesetz habe sich bewährt und dürfe nicht »ohne Not« aufgegeben werden. dpa/nd

# Main-Post 13.12.2013 „Landwirtschaft hat Zukunft“

Der Präsident des Bauernverbands über Bioprodukte und „Wellness-Ställe“

Joachim Rukwied ist seit Juni 2012 der Präsident des Deutschen Bauernverbands. In dieser Woche war er beim Kreisbauerntag in Gaukönigshofen bei Würzburg zu Gast. Im Interview spricht er über die Zukunft der Landwirtschaft, die Herausforderungen für die Bauern in einer globalisierten Welt und er kritisiert den Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD.

**Frage: Herr Rukwied, wie war das Jahr 2013 aus Sicht der Landwirte?**

Joachim Rukwied: Die Stimmung in der Landwirtschaft ist verhalten positiv. Im Bundesdurchschnitt hatten wir neun Prozent höhere Einkommen, wobei sich die Branchen unterschiedlich entwickelt haben. Der Ackerbau und die Schweinehalter konnten zulegen, wogegen die Milchbauern an Umsatz verloren haben. Die Getreideernte war ein guter Schnitt, auch die Rübenbauern fuhren einen guten Ertrag ein.

**Nach Schätzung Ihres Verbandes mussten im Jahr 2013 wieder etwa 5000 Betriebe schließen. Wie zukunftsfähig ist die Landwirtschaft?**

Rukwied: Die Landwirtschaft ist eine der Schlüsselbranchen des 21. Jahrhunderts. Sie hat Zukunft und sie hat auch bei uns in Deutschland Zukunft. Immerhin ist jeder achte Arbeitsplatz in der Agrar- und Ernährungsbranche.

**Welche Agrarzweige sind besonders zukunftsfähig?**

Rukwied: In Abhängigkeit von Standort, Böden, Klima und natürlich den Verbrauchern haben alle Bereiche der Landwirtschaft bei uns in Deutschland Zukunft. In Franken gibt es gute Perspektiven beim Acker- und Pflanzenbau, bei Sonderkulturen sowie im Wein- und Gemüseanbau. Aber ich bin auch davon überzeugt, dass einzelne Betriebe ihren Weg in der Milchvieh- oder Schweinehaltung finden werden.

**Wird der Trend zu Bioprodukten weitergehen?**

Rukwied: Momentan ist der Megatrend Regionalität, unabhängig ob konventionell oder biologisch erzeugt. Die Bioproduktion hat einen Anteil von etwa sechs Prozent an der deutschen Landwirtschaft. Derzeit stagniert die Nachfrage nach Bioprodukten. Was wirklich boomt, ist die Nachfrage nach Produkten aus der Region.

**Wie reagieren Sie auf die Appelle von Umweltschützern und Verbraucherorganisationen, weniger Fleisch zu essen?**

Rukwied: Fleisch ist ein wichtiger Bestandteil einer gesunden und ausgewogenen Ernährung. Wer wie viel und welches Fleisch ist, das möchte ich den Menschen selbst überlassen und niemanden bevormunden.

**Wird die Massentierhaltung auch beim Deutschen Bauernverband diskutiert?**

Rukwied: Wir haben in Deutschland keine Massentierhaltung. Sie werden bei uns keine Rindermastanlagen mit über 10 000 Tieren wie in Südamerika finden. Wir haben zu allergrößten Teilen eine Tierhaltung im Familienbetrieb. Unsere Landwirte gehen verantwortungsbewusst mit ihren Tieren um. Wenn ich zum Beispiel die Boxenlaufställe für Kühe von heute anschaue, dann sind das für mich Wellness-Ställe. Es hat sich viel Positives entwickelt. Dennoch ist Tierhaltung ein gesellschaftliches Thema und daher ein wichtiger Schwerpunkt im Verband. Wir sind Mitinitiator der „Initiative Tierwohl“ und wollen so die Tierhaltung weiter verbessern.

**Was will die „Initiative Tierwohl“?**

Rukwied: Mit der „Initiative Tierwohl“ vom September 2013 bekennen sich Landwirtschaft, Fleischwirtschaft und der Lebensmittelhandel klar für eine nachhaltige Fleischerzeugung, die das Wohl der Tiere berücksichtigt. Auf freiwilliger Basis wollen Schweinehalter sowie Hähnchen- und Putenmäster über das gesetzliche Maß hinausgehende Leistungen für mehr Tierwohl erbringen. Der Lebensmitteleinzelhandel will den Landwirten für den entstehenden Mehraufwand einen Kostenausgleich zahlen.

**Pferdefleischskandal, falsch etikettierte Bioeier, Hormone im Fleisch – wie können sich Landwirte vor immer neuen Skandalen schützen?**

Rukwied: Vor kriminellen Machenschaften Einzelner kann sich niemand schützen. Der Pferdefleischskandal hatte mit der Landwirtschaft nichts zu tun, zumindest nicht mit der deutschen. Wir Landwirte können nur dafür werben, dass wir nachhaltig produzieren und an Qualitätssicherungssystemen und Zertifizierungen teilnehmen.

**Die Greening-Pläne der EU-Kommission zur Stilllegung von Flächen ärgern Sie. Warum?**

Rukwied: Für eine starke Zukunft benötigen die deutschen Bauern produktive Flächen. Die Greening-Pläne der EU-Kommission gehen jedoch in die entgegengesetzte Richtung und setzen falsche Signale für den Pachtmarkt. Wir Landwirte haben eine genetische Prädisposition, nachhaltig zu denken und zu wirtschaften. Jeder Bauer möchte seinen Betrieb nach vorne bringen. Unser Motto lautet „Schützen durch Nützen“. Flächen stillzulegen und aus der Produktion zu nehmen, ist der falsche Ansatz.

**Welche neuen Herausforderungen kommen auf die Landwirte in einer globalen Welt zu?**

Rukwied: Wir haben in der Landwirtschaft heute schon globale Märkte. Der Preis für Getreide entscheidet sich nicht an der deutschen, sondernd an der weltweiten Versorgungssituation. Diese Märkte sind mit Risiken und neuen Herausforderungen für die Bauern verbunden. Dafür brauchen wir auch Agrarbörsen, an denen wir uns absichern können.

**Mit dem Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD sind Sie nicht ganz zufrieden. Was kritisieren Sie?**

Rukwied: Grundsätzlich fehlt mir das Bekenntnis zu einer effizienten und effektiven Landwirtschaft. Im Koalitionsvertrag stehen Dinge, die mir nicht gefallen und die wir nachverhandeln müssen. Wichtig ist, dass das Agrarministerium erhalten bleibt und nicht an das Umweltministerium gekoppelt wird. Der Mindestlohn darf nicht bei Saisonkräften eingefordert werden, dafür werden wir uns klar einsetzen. Wir sind auf die Saisonkräfte angewiesen.

**Schauen Sie die Sendung „Bauer sucht Frau“?**

Rukwied: Ungefähr einmal im Jahr schaue ich mit meiner Frau und meinen Kindern diese Sendung an. Wir sehen das recht gelassen, manche Bauern regen sich auch darüber auf. Denn die Sendung stellt nicht die realen Verhältnisse in der Landwirtschaft dar. Foto: dpa

**Joachim Rukwied**

Der 51-Jährige ist seit Juni 2012 Präsident des Deutschen Bauernverbandes. Bereits seit 2006 war er Präsident des Landesbauernverbandes Baden-Württemberg. Er führt einen landwirtschaftlichen Betrieb in Eberstadt bei Heilbronn. Er baut dort Getreide, Zuckerrüben, Raps und Körnermais an, außerdem Feldgemüse wie Kohl und Sellerie. Zu seinem Anwesen gehören acht Hektar Weinberge. Rukwied machte nach dem Abitur eine Ausbildung zum Landwirt und studierte dann Agrarwirtschaft.

**Prager Zeitung**

[**Bauernschlau zur Selbstversorgung**](http://www.pragerzeitung.cz/index.php/home/wirtschaft/17111-bauernschlau-zur-selbstversorgung)

05. 12. 2013

**Die künftigen Koalitionspartner wollen, dass Tschechien unabhängig von Lebensmittelimporten wird**

Wenn ANO, die Partei des größten Lebensmittelfabrikanten Tschechiens, eine weitgehend autarke Lebensmittelversorgung für das Land will, dann glaubt man zu wissen, woher der Wind weht. Zufällig käme das auch der Firma des Parteivorsitzenden Andrej Babiš, Agrofert, zugute. Das, was die Tschechen essen, soll aus dem eigenen Anbau kommen, so dass man möglichst unabhängig von Importen aus dem Ausland werde. Babiš sprach bereits vor den Wahlen von einer Investition in Arbeitsplätze und Versorgungssicherheit vor dem Hintergrund einer langfristig drohenden globalen Nahrungsmittelknappheit. Das Thema tauchte als eines der ersten in den Koalitionsverhandlungen zwischen Sozialdemokraten, KDU-ČSL und ANO auf und die Parteien demonstrierten Einigkeit. Denn alle drei hatten den Punkt „Selbstversorgung mit Lebensmitteln“ bereits vor den Wahlen auf der Agenda. Schärfere Kontrollen eingeführter Lebensmittel, die Förderung heimischer Bauern, die Schaffung neuer Arbeitsplätze, so lauteten die Forderungen.   
  
Tatsächlich hat sich die tschechische Landwirtschaft in den letzten zehn Jahren seit dem EU-Beitritt verändert. Dass die Bauern grundsätzlich den Bedarf im Land nicht decken, lässt sich nicht behaupten. Produziert und exportiert werden vor allem Getreide und Rüben, wie Daten des Landwirtschaftsministeriums zeigen. Milch wird zu einem Viertel mehr produziert als sie hierzulande verbraucht wird. Zurückgegangen sind die Fleischproduktion sowie der Anbau von Obst und Gemüse. Beides wird teilweise importiert. Der ANO-Fraktionsvorsitzende Jaroslav Faltýnek verdeutlicht dies am liebsten an der Anzahl der Schweine. 2003 wurden 3,5 Millionen Schweine in Tschechien gehalten, überwiegend in großen Mastviehanlagen, 2012 waren es rund 1,7 Millionen Tiere. ANO und ČSSD beschreiben dies in einem Strategiepapier als eine dramatische Entwicklung, die auf dem Land nicht nur zum Verlust von über 40.000 Arbeitsplätzen, sondern auch von kreativen Köpfen und Know-how geführt habe. Nun seien die Lebensmittel teurer und hätten an Qualität verloren. Die Schlussfolgerung: Man muss die heimische Landwirtschaft retten und den Bauern auf die Beine helfen. Besonders die Schweinefleischproduktion gilt es wieder anzukurbeln. Laut Faltýnek wolle man einfach den Zustand von vor zehn Jahren wiederherstellen.  
  
**Boden mit Potential**  
Wie das gehen und wer davon profitieren soll, ist noch unklar. Viele Ställe hierzulande gelten als rückständig. Mit den Vorstellungen der Christdemokraten, die auf ihrer Webseite schreiben, dass sie Familien- und Bio­betriebe sowie den Direktvertrieb fördern wollen, könnten sich ANOs Pläne beißen. Fest steht, dass Agrofert-Mitarbeiter Faltýnek, der Lobbying für Großkonzerne in Brüssel betreibt, eine zentrale Rolle in den Plänen für den Agrarsektor spielen wird. In einem Vortrag, den er 2012 vor Studenten hielt, erklärt er, welche Schritte zum erklärten Ziel Selbstversorgung führen. Die knapp drei Milliarden Euro EU-Subventionen für tschechische Bauern sollen nach einem neuen Prinzip verteilt werden: Nicht wie bisher nach bearbeiteten Hektar Land, sondern nach aufgewendeter Arbeitskraft, wie es auch in anderen EU-Staaten üblich ist. Das kommt unter anderem auch großen Mastanlagen entgegen. Agrofert hält nach eigenen Angaben 13.000 Sauen, das sind rund ein Sechstel des Gesamtbestandes, für die die Firma laut Babiš draufzahle.   
  
Experten bezweifeln, dass sich der Versuch lohnt, die Landwirtschaft, besonders die Fleischproduktion, eines so kleinen Landes konkurrenzfähig gegenüber Großmächten wie Polen oder Deutschland zu machen. Statt die Produktion zu intensivieren, müsse man eher auf Bodenqualität achten. „Die Investition in die Zukunft und Eigenständigkeit misst sich nicht an der Menge des angebauten Gemüses, sondern am Potential des Bodens“, sagt Jozef Stehlík vom Tschechischen Verband privater Landwirte gegenüber dem Magazin „Respekt“. In zentralen Anbauregionen sei diese bereits durch Pestizide verdorben. „Gesunde Erde ist am billigsten – und am konkurrenzfähigsten“, so Stehlík.   
  
Faltýnek gibt sich in dem Vortrag als ein entschiedener Gegner grüner Landwirtschaft und der damit verbundenen von der EU forcierten Förderung von Brachflächen. Ebenso wenig gefällt ihm die geplante jährliche Subventionsobergrenze von 300.000 Euro pro Unternehmen. Aus Sicht eines Konzerns wie Agrofert verständlich. Aber aus Sicht eines Regierungsvertreters?   
  
Diese Politik widerspreche dem „gesunden Menschenverstand“, so Faltýnek, auf Tschechisch heißt es eigentlich „Bauernverstand“. Vielleicht könnte man das Wort mit Bauernschläue übersetzen.

Text: Nancy Waldmann, Foto: dullhunk

**FAZ**

Paul Schockemöhle

Zwischen Kalkül und Gefühl

*24.12.2013* ·  Paul Schockemöhle ist im Pferdehandel der personifizierte Geschäftssinn - aber manchmal hat er emotionale Motive. Zuchthengst Totilas bedeutet ihm mehr als Gefriersperma und Goldmedaillen.

Von SYLVIA THEEL

[Artikel](http://www.faz.net/aktuell/sport/mehr-sport/paul-schockemoehle-zwischen-kalkuel-und-gefuehl-12722417.html)[Bilder (3)](http://www.faz.net/aktuell/sport/mehr-sport/paul-schockemoehle-zwischen-kalkuel-und-gefuehl-12722417-b1.html)[Lesermeinungen (4)](http://www.faz.net/aktuell/sport/mehr-sport/paul-schockemoehle-zwischen-kalkuel-und-gefuehl-12722417-l1.html)

[](http://www.faz.net/aktuell/sport/mehr-sport/paul-schockemoehle-zwischen-kalkuel-und-gefuehl-12722417-b1.html)

© PICTURE ALLIANCE / DPA[Vergrößern](http://www.faz.net/aktuell/sport/mehr-sport/paul-schockemoehle-zwischen-kalkuel-und-gefuehl-12722417.html#aufmacherOverlay)Herr der Pferde: Paul Schockemöhle in Lieblingshaltung - am Zügel

Paul Schockemöhle besitzt so um die 3500 Pferde. Vielleicht sind es mehr. Am zweiten Weihnachtstag, wenn der Rest seiner Familie noch unterm Weihnachtsbaum entspannt, sitzt der Unternehmer in der unbeheizten Reithalle seines Gestüts Lewitz in Mecklenburg-Vorpommern an einem Tisch.

Karteikästen und ein Buch vor sich, in dem die Anpaarungen, die Mutterstuten und Stämme, aufgezeichnet sind. In den kommenden vierzehn Tagen lässt er sich den Nachwuchs zeigen. Dann entscheidet er, was aus den eineinhalbjährigen Pferden werden soll: großer Sport oder eher etwas für den Normalgebrauch. Seit zehn Jahren treibt er das „richtig professionell“, im großen Stil.

Weitere Artikel

* [Sport in Zahlen: Aktuelle Ergebnisse](http://sporttabellen.faz.net/)
* [Sport kompakt: Über den Bergen](http://www.faz.net/aktuell/sport/mehr-sport/sport-kompakt/sport-kompakt-ueber-den-bergen-12725418.html)

Etwa einhundert der hier Ausgewählten sind international im großen Sport aktiv. Weltmeister bei den Springpferden kommen aus seiner Zucht, aber auch Dressurpferde der ersten Garnitur. Die Schablone aus Erfahrung, Pferdeverstand und Geschäftssinn funktioniert. Bei allem Kalkül war er völlig fasziniert, als er 2009 den Hengst Totilas sah. „So ein Pferd möchtest du einmal in deinem Leben besitzen.“

Ein Jahr habe es gedauert, bis seine Verkaufsverhandlungen erfolgreich waren. Da wurde der Hengst gerade dreimal Weltmeister. Der hervorragend vernetzte Schockemöhle war der Einzige, der wusste, dass das Traumpferd zu verkaufen ist. Zwischen zehn und 15 Millionen Euro soll es ihm wert gewesen sein.

**„Vertrauen in Menschen, das ist so eine Sache“**

Das ist der Pferdevirus. Alle, die einmal von ihm infiziert sind, wissen, dass es da mehr gibt als Sport oder Geschäft. Auch Schockemöhle ist ein Infizierter. [Auch für ihn ist Totilas mehr als Gefriersperma und Goldmedaillen](http://www.faz.net/aktuell/sport/totilas-freizeitpferd-fuer-millionen-12684654.html). Da ist Zuneigung im Spiel und Bewunderung für die Schönheit und Eleganz der Tiere. Da spielt Geld eine untergeordnete Rolle.

„Pferde geben uns das zurück, was wir ihnen geben“, sagt er. Eine andere solche Pferdeliebe war Deister. Mit dem Wallach ist er von 1983 an dreimal nacheinander Europameister geworden. „Vertrauen in Menschen, das ist so eine Sache. Aber bei Pferden, da geht das.“ Dennoch gilt auch bei ihm der Handschlag als Geschäftsabschluss, wie in der Pferdewelt seit Generationen üblich. „Ich habe in meinem Leben vielleicht 20.000 Pferde verkauft, für höchstens 200 davon wurde ein Vertrag gemacht.“

[](http://www.faz.net/aktuell/sport/mehr-sport/paul-schockemoehle-zwischen-kalkuel-und-gefuehl-12722417-b2.html)© DAPD

Aufgalopp: Reiter Matthias Rath mit Totilas 2011 in Kronberg

Mit 14 fing er an, Geschäfte zu machen. Er ist das jüngste von fünf Kindern. „Bei uns galt das Ältestenrecht. Ich wusste also früh, dass ich für mein Wohl selbst sorgen muss.“ Er kaufte die gebrauchten Schulbücher seiner Schule auf und verkaufte sie später an die nächste Schülergeneration. Das Geschäftsmodell war einfach: „Für eine Mark hab ich sie gekauft, für zwei Mark verkauft.“

Startkapital gab es keins. „Ich habe einfach klein angefangen.“ Bei der Erinnerung an seinen ersten Coup lacht er verschmitzt. Dann blitzen die blauen Augen. Nicht jedes Geschäft lief so gut, aber viele. Heute kann der 68-Jährige mit dem markanten Silberhaar, der am liebsten Rollkragenpullis trägt, auf ein Firmenimperium mit den Sparten Immobilien, Spedition und Logistik, Hühner, Rinder und alles rund um den Pferdesport blicken.

**„Genau dasselbe gilt auch für Geschäfte“**

Die Nachfolge der einzelnen Unternehmen regelt er jetzt nach und nach. „Ich kann loslassen“, sagt er. Die PST - Paul Schockemöhle Reitsportmarketing GmbH managt seine Frau Bettina. Auch das Festhallen-Reitturnier in Frankfurt gehört dazu. Seit dem vergangenen Jahr hat er es, durch die Geschäftsbeziehung um Totilas mit der Kronberger Millionenerbin Ann Kathrin Linsenhoff, in sein Turnierveranstaltungsportfolio aufgenommen. Um Geschäfte, die laufen, kümmere er sich aber inzwischen nicht mehr. „Ich bin mehr der Troubleshooter.“

Sport und Geschäft können viel voneinander lernen, sagt er. „Man ist im Sport erfolgreich, wenn man strategisch denkt und die Strategie mit dem entsprechenden Ehrgeiz, aber auch der nötigen Intelligenz umsetzt. Genau dasselbe gilt auch für Geschäfte.“

[](http://www.faz.net/aktuell/sport/mehr-sport/paul-schockemoehle-zwischen-kalkuel-und-gefuehl-12722417-b3.html)© DPA

Skeptischer Blick auf das Wunderpferd: Paul Schockemöhle (l) und Ann Kathrin Linsenhoff

Der elterliche Hof ging an seinen ältesten Bruder, den berühmten Springreiter und Olympiasieger Alwin Schockemöhle. Als dessen Pfleger war er 1968 bei den Olympischen Spielen in Mexiko. Seitdem war er, mit einer Ausnahme, immer bei Olympia dabei; als Reiter, als Pferdebesitzer, als Trainer. Nicht nur für Deutschland. Er hat auch Korea, Saudi-Arabien und China als Nationaltrainer gecoacht und Pferde dorthin verkauft. Nur in Barcelona 1992 war er nicht. Da ist er wegen der Barr-Affäre, als bekanntwurde, dass auf seinem Hof mit Stangen an Pferdebeine geschlagen wurde, damit sie höher springen, lieber zu Hause geblieben.

„Ich habe viele Niederlagen erlitten“, sagt der Mann aus Mühlen, für den ein Leben ohne Pferde unvorstellbar ist. Es sei wichtig, wie man damit umgehe. „Niederlagen prägen. Sie machen den Menschen groß. Man muss sich eingestehen, wenn man Mist gemacht hat.“ Ob die Sache mit Totilas und den bislang ausgebliebenen sportlichen Erfolgen künftig als Sieg oder Niederlage zu verbuchen ist, darauf will er sich nicht festlegen. Auch er hofft auf das angekündigte Comeback im Frühjahr. „Der ist ein Kämpfer, der schafft das“, sagt er. Und etwas leiser fügt er hinzu: „Man soll ja positiv denken.“

**DIE WELT ONLINE**

24.12.13

**Discounter**

**Der Kampf um das billigste Wiener Würstchen**

Pünktlich zu Weihnachten hat der Discounter Aldi den Preis für Wiener Würstchen um zehn Cent pro Packung gesenkt. Was kann zu diesem Preis überhaupt noch in dem Produkt drin sein? Von Anette Dowideit

Eine kleine Wiener-Würstchen-Kunde 1/3


Daraus besteht ein Wiener Würstchen


Foto: Infografik Die Welt

Daraus besteht ein Wiener Würstchen.

Weiterführende Links

* [Nahrungsmittel: Eine kleine Wiener-Würstchen-Kunde](http://www.welt.de/wirtschaft/article123276992/Eine-kleine-Wiener-Wuerstchen-Kunde.html)
* [Kennzeichnungsregeln: EU-Bürgern wird unbemerkt Klon-Fleisch verkauft](http://www.welt.de/wirtschaft/article122963615/EU-Buergern-wird-unbemerkt-Klon-Fleisch-verkauft.html)
* [Lebensmittel: Fleischhunger der Chinesen gefährdet die Qualität](http://www.welt.de/wirtschaft/article122525399/Fleischhunger-der-Chinesen-gefaehrdet-die-Qualitaet.html)
* [Landwirtschaft: Franzosen rebellieren gegen deutsches Billig-Fleisch](http://www.welt.de/wirtschaft/article121051950/Franzosen-rebellieren-gegen-deutsches-Billig-Fleisch.html)

Es gibt einen alten Witz unter [Metzgern](http://www.fleischerhandwerk.de/" \o "Verbands-Homepage" \t "_blank), der geht so: "Wenn das rauskommt, was da reinkommt, komme ich rein, wo ich nicht mehr rauskomme." Die Befürchtung, dass im Würstchen alles mögliche steckt, nur kein Fleisch, bekam Anfang des Monats neues Futter.

Drei von Deutschlands größten Discountern, Aldi Nord, Aldi Süd und [Norma](http://www.welt.de/boerse/aktien/NORMA-Group-DE000A1H8BV3.html" \o "Kursdaten der Aktie NORMA Group AG | DE000A1H8BV3 samt Empfehlungen, Informationen und Charts.), hatten da die Preise für frische Wurstwaren um 10 bis 20 Cent pro Packung gesenkt. Die eingeschweißten Wiener, Marke Böklunder, kosten nun bei Aldi Süd 2,59 anstatt 2,69 Euro. Für preisbewusste Käufer eine schöne Bescherung, schließlich kommen in vielen deutschen Familien traditionell an Heiligabend Brühwürstchen mit Kartoffelsalat auf den Tisch.

Nur: Sinkende Würstchenpreise trotz steigender Einkaufs- und Energiepreise für die Hersteller – wie ist das möglich? Müssen die Großmetzger nicht zwangsläufig billigere Zutaten, zum Beispiel mehr Wasser, verwursten? Fleischmarktexperten und Verbraucherschützer beruhigen. Sie sagen: Die Qualität der Würstchen muss deshalb nicht schlechter sein.

**Handelsriesen stehen 300 Wurstfabriken gegenüber**

Denn den Preis für die billigen Schweinewürstchen zahlen die Wursthersteller, die von den Supermärkten unter Druck gesetzt werden. "Die großen Handelsketten haben ihre Marktanteile in den vergangenen Jahren immer weiter ausgebaut, deshalb verfügen sie über eine erhebliche Macht gegenüber mittelständischen Betrieben", sagt Andrea Schauff, Lebensmittelexpertin bei der Verbraucherzentrale Essen.

Das bestätigt auch einer, der aus langjähriger Erfahrung weiß, mit welch harten Bandagen auf dem Wurstmarkt verhandelt wird: Wolfgang Ingold, Geschäftsführer des westfälischen Wurstherstellers Wiltmann. "Es gibt in Deutschland kaum große Hersteller, sondern etwa 300 kleine Wurstfabriken – und der Übergang zum klassischen Metzger ist fließend", sagt Ingold, der auch Präsident des Bundesverbands der Deutschen Fleischwarenindustrie ist.

Auf Seite der Händler dagegen dominieren Aldi und die anderen Discounter den Markt: Sie verkaufen laut Verband 40 Prozent aller Wurstwaren bundesweit – während selbst führende Würstchenhersteller wie Böklunder, Meica oder Ponnath nur einstellige Marktanteile haben.

**Marken spielen im Wurstmarkt keine Rolle**

Die Geschäftsführung von Böklunder will den Preissturz nicht kommentieren. Auf den Verkaufspreis könnte sie sowieso keinen Einfluss nehmen. Denn anders als bei Mode oder Autos interessieren sich die Kunden bei Wurst und Fleisch kaum für Marken. "Wiener Würstchen ist ein Gattungsbegriff. Sie gehen als Verbraucher ins Geschäft und kaufen 'Wiener'. Ihnen ist es relativ egal, ob sie von Böklunder, Meica oder einem anderen Markenhersteller stammen", sagt Ingold.

Der Preisdruck für die Wurstmacher steigt zusätzlich, wenn die Handelsketten ihre Würstchen unter Eigenmarken vertreiben und den Hersteller wechseln können, ohne dass der Verbraucher es merkt.

Langfristig könnte dieses System negative Folgen haben. Für die Branche und den Tierschutz seien die Preissenkungen schlecht, sagt ein Insider aus der Fleischbranche. "Wir arbeiten seit Jahren an besseren Haltungsbedingungen für die Schweine und daran, den Verbrauchern zu signalisieren, dass sie dafür in Zukunft mehr bezahlen müssen. Das, was Aldi jetzt macht, suggeriert natürlich genau das Gegenteil."

**Würstchen locken Leute in die Läden**

Diese Kritik trifft nicht nur die Discounter. Die Metro-Tochter Real läutete Mitte November einen neuen Preiskrieg ein: mit der Ankündigung, künftig mit einer neuen eigenen Billigmarke Aldi und Lidl preislich noch unterbieten zu wollen. Schon jetzt, sagt der Insider, machen bei Brühwürstchen die Handelsmarken rund die Hälfte des Marktes aus: "Die Eigenmarken setzen die Preise für die ganze Branche."

So seltsam es klingt: Im Preiskampf der Handelsketten sind Würstchen eine scharfe Waffe. Deswegen hat Aldi nun seine Wiener – die im Frischecontainer eingeschweißten, nicht die im Glas – um zehn Cent billiger gemacht hat. "Würstchen sind Frequenzbringer, ähnlich wie Milch und Brot", sagt Ingold.

Solche Produkte, die alle paar Tage frisch gekauft werden, locken die Verbraucher in die Märkte – und zehn Cent weniger könnten da schon den Ausschlag für Aldi oder Real bringen, sagt Verbraucherzentralen-Expertin Schauff. "Frischfleisch gehört zu den extrem preissensiblen Produkten. Das heißt, Verbraucher, die besonders auf Preise achten müssen oder wollen, reagieren sofort auf Preisveränderungen."

**Überraschende Sonderausschreibung von Aldi**

Aber nicht nur die Wursthersteller werden im Preis gedrückt, sagt Schauff, auch die Supermärkte selbst verzichteten bei diesen Schnelldrehern bewusst auf Gewinne: "Dafür können bei anderen Produkten, die weniger im Blickpunkt stehen, die Preise unbemerkt stabil gehalten oder erhöht werden."

Wurstfabrikant Ingold sagt, beim Schweinefleisch seien es "Edelteile", also Kotelett und Schnitzel, die in solchen Fällen leicht teurer würden. Aldi kommentiert die Preissenkungen nicht. Dabei könnte hinter dem Schritt mehr stecken, als nur der übliche Druck der Handelsketten auf die Wursthersteller. Denn die aktuelle Preissenkung habe die Branche schockiert, sagt der Insider: "Dieser Preissturz kommt zur Unzeit. Im Moment sind die Einkaufspreise für Schweinefleisch hoch, die Energiekosten sind auch hoch."

Aldi, erzählt er, habe vor wenigen Wochen überraschend eine Sonderausschreibung für Wiener Würstchen in der Branche ausgerufen – nachdem ein Wurstfabrikant den zuständigen Einkäufern des Discounters gesteckt habe, sie bezahlten zu viel für die Würstchen.

**Appetit auf Würstchen steigt**

Normalerweise verhandeln Händler und Hersteller einmal pro Halbjahr über Preise und Absatzmengen. Das Bieterverfahren habe nun zum Ergebnis, dass es der aufrührerische Wurstfabrikant zwar geschafft habe, bei Aldi als Lieferant gelistet zu werden – er und der Rest der Branche würden nun aber fast keinen Gewinn mehr mit der Ware erzielen.

Dabei zählen Wiener Würstchen zu den wichtigsten Produkten der Fleischbranche. Jeder Bundesbürger verspeiste laut Deutschem Fleischerverband im vergangenen Jahr 4,1 Kilo davon. Nimmt man an, dass ein Wienerle 50 Gramm wiegt, wären das ungefähr 80 Würstchen pro Jahr und Mensch. Rechnerisch isst jeder Deutsche damit alle viereinhalb Tage ein Würstchen.

Noch vor drei Jahren waren es deutlich weniger, schätzt der Wurstwarenverband, genaue Zahlen zum rasanten Wachstum des Wurstabsatzes gibt es aber nicht. Das Verkaufsplus liege vor allem daran, dass die Wiener nicht mehr nur im Glas in den Supermarktregalen stehen, sondern immer häufiger in "Schutzgasverpackungen".

**Knackige Pelle dank Plastikwanne**

So heißen die Plastikwannen, in denen die Würstchen luftdicht eingeschweißt sind. Durch sie bleibt die Pelle – die bei Wiener meistens aus Schafsdarm besteht – knackig. Bei Aldi in Köln stapeln sich die Plastikcontainer im Kühlregal, je vier Würstchen pro Wanne. "Dauerhaft billiger" steht auf dem leuchtend roten Preisschild, daneben die durchgestrichene 2,69. Jetzt kosten die Wiener umgerechnet nur noch 65 Cent pro Stück.

Müssen die Verbraucher sich nun vor minderwertigem Fleisch in der Pelle fürchten? Dazu gebe es keinen Grund, sagt Achim Stiebing, Professor für Lebensmitteltechnologie an der Universität Westfalen-Lippe. "Die Inhaltsstoffe der Würstchen verändern sich durch solche Preissenkungen nicht", sagt er.

Denn wie sie zusammengesetzt sein müssen, steht im "Deutschen Lebensmittelbuch" – einer Sammlung von Leitsätzen, die das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft führt. Für Wiener und andere Brühwürste steht darin genau, wie viel "bindegewebseiweißfreies Fleischeiweiß" enthalten sein muss. Übersetzt heißt das: Es darf nicht zu viel Fett im Würstchen stecken, eine bestimmte Mindestmenge an Muskelfleisch muss dabei sein.

**Händler machen Qualitätsvorgaben**

Die Böklunder-Würstchen bei Aldi etwa besteht laut Verpackungsangaben zu 85 Prozent aus "Schweinefleisch". Davon wiederum dürfen nach deutschem Lebensmittelkennzeichnungsrecht maximal 30 Prozent Fett sein, sagt Stiebing. "Sonst müsste auf der Verpackung stehen: Schweinefleisch, Speck."

Große Händler machen den Herstellern zusätzliche Qualitätsvorgaben bei ihren Ausschreibungen, zum Beispiel dass bis zu 15 Prozent des Fleischs reines Muskelfleisch sein müssen. Zwar könnte ein Hersteller die Rezeptur verwässern – mehr Wasser, weniger Fleisch und mehr Phosphatzusätze, um das Wasser zu binden. Doch viel Spielraum gebe es dabei nicht, sagt der Professor. "Denn dann leidet der Geschmack, und das Würstchen verkauft sich nicht mehr."

Trotz der Qualitätsvorgaben von Gesetzgeber und Handel sind nicht alle Würstchen gleich gut. Die Stiftung Warentest hat vor einiger Zeit die Qualität von 20 Wiener Würstchen getestet und vergab nur achtmal die Note "gut". Zwei Würstchensorten bekamen das Prädikat "mangelhaft", unter anderem weil sie mit Keimen verunreinigt waren. Mit dem Preis hatten die Qualitätsunterschiede allerdings nichts zu tun.

Typologie der Brühwurst

* Wiener Würstchen
* Frankfurter Würstchen
* Bockwurst



**ISN**  
  
27.12.2013[RSS Feed](http://www.schweine.net/cms/rss.php/news.xml)

**Was sich im Jahr 2014 für die Schweinehalter ändert**

[](http://www.schweine.net/images/ferkelbehandlung_1.jpg)

Ferkelbehandlung

**Zum Ende des Jahres 2013 informiert das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) über die wichtigsten gesetzlichen Änderungen im kommenden Jahr. Hier eine Auswahl der Themen, die die Schweinehalter betreffen:**

**Antibiotika-Einsatz in der Tierhaltung reduzieren**

Am 1. April 2014 tritt die 16. Novelle des Arzneimittelgesetzes in Kraft. Ziel der Novelle ist es, den Einsatz von Antibiotika in der Nutztierhaltung deutlich zu minimieren. Die neuen Regelungen ermöglichen es, sowohl den Tierhaltern selbst als auch den Überwachungsbehörden, die Therapiehäufigkeit mit Antibiotika in einem Betrieb zu beurteilen und mit anderen Betrieben zu vergleichen.

Auf dieser Grundlage können die Überwachungsbehörden Tierhalter, wenn es notwendig ist, zu Prüfungen und Maßnahmen verpflichten. Darüber hinaus enthält die AMG-Novelle verschiedene Ermächtigungsgrundlagen, zum Beispiel für Anwendungsverbote für bestimmte Tierarzneimittel.

[[http://www.schweine.net/gfx/design2011/design2011/sizes-12x12/file_linkext.png](http://www.bmelv.de/antibiotikaresistenz)BMELV-Seite zur AMG-Novelle](http://www.bmelv.de/antibiotikaresistenz)

**Neues Tierschutzgesetz nimmt Tierhalter in die Pflicht**

Nutztierhalter müssen mit dem neuen Tierschutzgesetz ab dem 1. Februar 2014 eine tierschutzbezogene Eigenkontrolle durchführen und Tierschutzindikatoren erheben und bewerten.

[[http://www.schweine.net/gfx/design2011/design2011/sizes-12x12/file_linkext.png](http://www.bmelv.de/tierschutzgesetz)BMELV-Seite zur Novelle des Tierschutzgesetzes](http://www.bmelv.de/tierschutzgesetz)

[](http://www.schweine.net/images/dscf5780.jpg)

Stallneubau

**Agrarinvestitionsförderung für neue tiergerechtere Ställe**

Ab 1. Januar 2014 werden Förderungen für einzelbetriebliche Agrarinvestitionen in langlebige Wirtschaftsgüter nur noch genehmigt, wenn sie besondere Anforderungen im Verbraucher-, Umwelt- oder Klimaschutz erfüllen. Bei Stallbauinvestitionen muss der Tierschutz besonders berücksichtigt werden.

Eine Förderung im Rahmen des Agrarinvestitionsförderungsprogrammes (AFP) muss demnach neben den bisherigen Zielen wie Wettbewerbsfähigkeit, Nachhaltigkeit und Multifunktionalität auch einer besonders tiergerechten Landwirtschaft dienen.

[[http://www.schweine.net/gfx/design2011/design2011/sizes-12x12/file_linkext.png](http://www.bmelv.de/DE/Landwirtschaft/Foerderung-Agrarsozialpolitik/GAK/gak_node.html)BMELV-Seite zum Agrarinvestitionsförderprogramm](http://www.bmelv.de/DE/Landwirtschaft/Foerderung-Agrarsozialpolitik/GAK/gak_node.html)

[](http://www.schweine.net/images/stallbilder/stallbau_staelle_aussen/kadaverlagerung_8210_1.jpg)

Den Betrieb vor Tierseuchen schützen

**Tierseuchen besser vorbeugen und bekämpfen**

Zum 1. Mai 2014 löst das Tiergesundheitsgesetz das bisherige Tierseuchengesetz ab. Das Tiergesundheitsgesetz übernimmt bewährte Vorschriften zur Tierseuchenbekämpfung, setzt aber verstärkt auf Prävention. Es gelten neue Regelungen zum vorbeugenden Schutz vor Tierseuchen, deren Bekämpfung sowie zur Verbesserung der Überwachung. Zudem wurde mit dem Tiergesundheitsseuchengesetz die Rolle des Friedrich-Loeffler-Instituts gestärkt.

[[http://www.schweine.net/gfx/design2011/design2011/sizes-12x12/file_linkext.png](http://www.bmelv.de/tiergesundheitsgesetz)BMELV-Seite zum neuen Tiergesundheitsgesetz](http://www.bmelv.de/tiergesundheitsgesetz)

**Die Positionen und Meinungen der ISN zu den verschiedenen Themen finden Sie unter dem Menüpunkt ...**

[[http://www.schweine.net/gfx/design2011/design2011/sizes-12x12/file_linkext.png](http://www.schweine.net/isn_positionen_politische_arbeit.html)...ISN-Positionen](http://www.schweine.net/isn_positionen_politische_arbeit.html)

**Thüringer Allgemeine**

**Heimische Landwirtschaft will stärker in der Region präsent sein**

27.12.2013 - 20:31 Uhr

Landkreis Sömmerda. Eine Initiative ging von der Weißenseer Agrargenossenschaft aus und hat mittlerweile bundesweit 414 Mitgliedsbetriebe.

[More Sharing Services](http://www.addthis.com/bookmark.php?v=250&username=zgtonline) [Share on twitter](http://www.thueringer-allgemeine.de/startseite/detail/-/specific/Heimische-Landwirtschaft-will-staerker-in-der-Region-praesent-sein-618223192) [Share on facebook](http://www.thueringer-allgemeine.de/startseite/detail/-/specific/Heimische-Landwirtschaft-will-staerker-in-der-Region-praesent-sein-618223192)

[Share on email](http://www.thueringer-allgemeine.de/startseite/detail/-/specific/Heimische-Landwirtschaft-will-staerker-in-der-Region-praesent-sein-618223192) [Share on print](http://www.thueringer-allgemeine.de/startseite/detail/-/specific/Heimische-Landwirtschaft-will-staerker-in-der-Region-praesent-sein-618223192)

Werbung für die heimische Landwirtschaft ist mittlerweile nicht nur im Radio zu hören, sondern auch auf Stullen zu schmecken. "Unter der Marke der Initiative Heimische Landwirtschaft ist mit dem Heimischen Land-Brot der Frömmstedter Bäckerei Bergmann ein erstes Produkt erhältlich", freut sich nicht nur Evelyn Zschächner von der Initiative über sozusagen ganz "sinnliche" Offerten der hiesigen Bauern.

Weizen und Roggen für den Natursauerteig kommen von den Feldern im Landkreis.

* [](http://media401.zgt.de.cdn.thueringer-allgemeine.de/00823C4C_73231D833677FD6DCCA65955BE8D8498)Martin Hirschmann (links) war auf der Regionalmesse SÖM mit einem Stand präsent. Foto: Ina Renke

Und überhaupt wurde die mittlerweile bundesweite Aktion für die heimische Landwirtschaft auch hier gestartet; bei und von den Weißenseer Landwirten. Der Geschäftsführer der Agrargenossenschaft Weißensee, Jürgen Paffen, hatte einen richtig "dicken Hals", weil einige Skandale bei den wenigen schwarzen Schafen der Landwirtschaft oder eben der Futtermittelindustrie sowie die Ehec-Hysterie "gleich die gesamte Landwirtschaft unter Generalverdacht stellten."

Massentierhaltung und große Landwirtschaftsbetriebe sollten Schuld an allem haben. Der Kragen platzte dem Weißenseer aber richtig, als vor zwei Jahren schwere Verkehrsunfälle bei einem Sandsturm im Norden laut Umweltorganisationen durch die industrielle Landwirtschaft verursacht worden seien. "Das kann es doch nicht sein", sagte sich Jürgen Paffen. Aber ebenso, "dass wir wirklich besser zeigen müssen, wie und wer wir tatsächlich sind, anstatt uns stets zu rechtfertigen."

Im Kreisbauernverband Sömmerda/Erfurt stieß der Weißenseer damit auf offene Ohren. Und so wurde die Initiative Heimische Landwirtschaft im Jahr 2011 gegründet. Ehrenamtlicher Geschäftsführer ist Martin Hirschmann, Evelyn Zschächner ist für die Kommunikation, Marketing und Geschäftsstellentätigkeit der in Erfurt ansässigen Initiative zuständig. Gründungsmitglieder waren neben den Weißenseer Landwirten unter anderem die Laproma Schloßvippach, die Geratal Agrar GmbH Andisleben und die Leag Leubingen. Doch es sind eigentlich fast alle Landwirtschaftsbetriebe des Landkreises, auch die privaten und Wiedereinrichter, der Initiative beigetreten. Und nicht nur dies. Mittlerweile gibt es bereits in ganz Deutschland 414 Mitgliedsbetriebe in der Unternehmergesellschaft, die sich aus Beiträgen von Mitgliedern und Fördermitgliedern finanziert.

**Ziel: Produkt-Werbung sogar deutschlandweit**

Verwendet wird das Geld vor allem für Radio-Werbung. "Fernsehwerbung wäre vielleicht noch effektiver. Aber das können wir uns eben nicht leisten", ist Jürgen Paffen Realist. In Thüringens Mitte laufen die kleinen akustischen Offerten für die heimische Landwirtschaft auf verschiedenen Sendern ganzjährig. "Und wir werden unter anderem bei unseren Hoffesten oder auch in Kaufhallen darauf angesprochen", erfuhr der Weißenseer Agrar-Chef von der durchaus positiven Wirkung.

"In diesem Sommer war die Hörfunk-Werbung auch in anderen Bundesländern wie etwa in Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern zu hören", informiert Evelyn Zschächner. "Unser Ziel ist es, auch über Thüringen hinaus Mitglieder zu gewinnen, um eine deutschlandweite Ausstrahlung finanzieren zu können."

Im kommenden Jahr 2014 sollen neben der zentralen Radio-Werbung ebenso Online-Aktivitäten wie etwa in den sozialen Netzwerken ausgebaut werden. Und die Initiative will sich weiter bei Hoffesten in der Region, bei den "Grünen Tagen" in Erfurt, bei Bauermärkten und wieder bei der SÖM vorstellen.

Zudem sollen solche Zusammenarbeiten mit regionalen Erzeugern von Lebensmitteln wie eben der Frömmstedter Bäckerei Bergmann oder auch der Herzgut Landmolkerei, der Ingerslebener Zitzmann-Mühle fortgesetzt und noch weiter ausgebaut werden.

Werbung für den Berufsstand wollen die Landwirte jedoch, meint nicht nur Jürgen Paffen, mit ihrer Arbeit und ihren Produkten machen. Europas modernster Computer-Melkstand in Dielsdorf etwa zieht stets interessierte Fachleute, jedoch ebenso Schulklassen und einfach "Neugierige" aus der Gegend an. Und als beim 3. Regionalen Bauernmarkt des Landkreises in Elxleben Landwirte mit ihren großen und modernen Maschinen wie dem Quadtrac ein Schaupflügen veranstalteten, gab es etliche Aha-Effekte.

Katrin Müller / 28.12.13 / TA

**TIERWELT**

**Nutztiere**

**Europäische Soja für Schweizer Legehennen**

**Nutztiere** | Freitag, 20. Dezember 2013, Michael Wahl, LID

Hühner, deren Eier unter dem Naturafarm-Label bei Coop verkauft werden, sollen künftig europäische statt brasilianische Soja fressen. Der Futtermittelproduzent UFA hat nun eine erste Ladung Soja aus dem Donau-Gebiet verarbeitet.

Sursee, 17. Dezember, 15 Uhr: Ein Sattelschlepper entlädt beim Tierfutterhersteller UFA innert weniger Sekunden 25 Tonnen Soja – beobachtet von einem Dutzend Personen. Eine Handvoll Fotografen hält den Moment fest. Über 230'000 Tonnen Soja wurden in diesem Jahr bereits importiert. Warum also die Aufregung um 25 Tonnen?

Der Rummel hat mit der Herkunft der Soja zu tun. Diese wurde in Kroatien angebaut, in Ungarn zu Pellets verarbeitet und mit Bahn und Lastwagen in die Schweiz transportiert. Zwar wurde bereits bis anhin Soja aus dem Donau-Gebiet importiert. Was aber neu ist: Die UFA stellt Geflügelfutter her, das ausschliesslich Soja aus dieser Region enthält und entsprechend deklariert wird.

**Donau-Soja ist teurer**  
Das hat seinen Grund: Coop will, dass Legehennen, deren Eier unter dem Naturafarm-Label verkauft werden, ab 2015 ausschliesslich mit europäischer Soja gefüttert werden. Im Jahr 2014 soll dies für die Produzenten noch freiwillig sein. Ziel sei es, dem Label Naturafarm einen zusätzlichen ökologischen Mehrwert zu verleihen, sagt Basil Mörikofer von Coop.

Doch mehr Nachhaltigkeit hat ihren Preis, denn Donau-Soja ist teurer als solche aus Brasilien. 100 kg Mischfutter würden sich um 3,50 Franken verteuern, rechnet Jakob Werder von der UFA vor. Coop werde den Produzenten, die im 2014 freiwillig europäische Soja verfüttern, die Mehrkosten abgelten, sagt Mörikofer. Die Konsumenten müssten nicht mehr bezahlen für die Eier. Ob die Eier im Jahr 2015 – wenn die Fütterung mit Donau-Soja Pflicht ist – im Verkaufsregal teurer werden, könne zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht gesagt werden.

**Soja von hier statt von dort**  
Dass UFA und Coop auf Soja aus der Donau-Gebiet setzen, kommt nicht von ungefähr. In den Ländern Kroatien, Serbien, Ungarn und Rumänien soll der Anbau der Eiweisspflanze in den nächsten Jahren gefördert werden. Laut Schätzungen der Landwirtschaftskammer Oberösterreich kann die Soja Produktion im Donauraum mittelfristig auf rund vier Mio. Tonnen ausgeweitet werden. Das Bundesamt für Landwirtschaft unterstützt das Projekt, Mitglieder sind auch die UFA und Coop.

Die EU-Staaten haben das gleiche Problem wie die Schweiz: Sie produzieren viel zu wenig Eiweisse für die Nutztiermast. So können die EU-Länder den eigenen Soja-Bedarf gerade mal zu 2,6 Prozent selber decken. Dass diese Lücke dereinst dank dem verstärkten Soja-Anbau in der Donau-Region geschlossen werden kann, glaubt Hansjörg Reiss von der UFA nicht. «Man muss realistisch bleiben. Im besten Fall werden wir in Europa einen Selbstversorgungsgrad von fünf bis zehn Prozent erreichen.»

**Schweiz von Brasilien abhängig**  
Heute kommt die Soja, die in den Futtertrögen der Schweizer Nutztiere landet, zum grossen Teil aus Brasilien. Die anderen grossen Produzenten – Argentinien und die USA – kommen als Lieferanten nicht in Fragen, weil dort beinahe ausschliesslich gentechnisch veränderte Soja angepflanzt wird. Der Anbau in Brasilien sorgte aber immer wieder für negative Schlagzeilen – wegen Abholzung von Regenwald oder zweifelhaften Arbeitsbedingungen.

Laut dem Soja Netzwerk Schweiz sollen bis 2014 90 Prozent der brasilianischen Soja aus umwelt- und sozialverträglicher Produktion stammen. Trotz Fortschritten bei der Nachhaltigkeit bleibt eine grosse Abhängigkeit bestehen. Das ist problematisch. Denn hapert es aber bei Versorgung aus Brasilien, entstehen plötzlich Engpässe. So geschehen in diesem Jahr, wo zunehmend auf Soja aus Indien ausgewichen werden musste.

**Bayerischer Rundfunk**

***Gockelmast* Zwischen Idealismus und Rentabilität**

Auch die Legehennen in der Biolandwirtschaft stammen überwiegend aus konventionellen Brütereien. Männliche Küken sind dort unnütz und werden nach dem Schlüpfen getötet. Biolegehennenhalter Konrad Halder aus Hoßkirch in Oberschwaben ist sich dieser Problematik mit der Kükentötung bewusst, und er wollte etwas ändern. Als vor gut einem Jahr ein Legehennenstall gerade leer war, hat er versuchsweise die erste Herde Gockel eingestallt. Rentiert sich die Gockelmast?

Von: Ursula Klement Stand: 18.12.2013

[**Hennengockelei: Brüder der Legehennen mästen statt schreddern**](http://www.br.de/radio/bayern2/sendungen/notizbuch/das-hennengockelei-bewahrt-maennliche-kueken-vor-dem-fruehen-100.html)

Die Rasse heißt "Lohmann Brown", aber brown, also braun, sind nur die Hennen. Die 800 Hähne der Rasse "Lohmann Brown", die im Gockel-Stall von Konrad Halder herumgehen, nach Futter picken und flattern, sind weiß. Sie sind die Brüder, Cousins oder Großcousins der Legehennen, die nebenan im Stall scharren, gackern und Eier legen.

"Die Tiere sind vital, die sind sportlich, also die haben kein Problem mit einer Voliereneinrichtung, die hüpfen hoch, die fressen oben. Also die Umsetzung im Praktischen, was die Mast betrifft, ist eigentlich problemlos."

Konrad Halder, Biolegehennenhalter aus Hoßkirch in Oberschwaben

**Die Verbraucher zeigen nur wenig Interesse**

[](http://www.br.de/radio/bayern2/sendungen/notizbuch/gockel-mast-102~_v-image853_-7ce44e292721619ab1c1077f6f262a89f55266d7.jpg?version=4c295)

Konrad Halder kauft die Gockel im Alter von acht Wochen, wenn sie keinen beheizten Stall mehr brauchen.

Gerupft und ausgenommen wiegen die Mastgockel ein Kilo, davon ist die Hälfte Fleisch. Eigentlich, so müsste man meinen, das richtige Brathähnchen für einen Zweipersonenhaushalt. Doch erste Versuche haben gezeigt, dass der Verbraucher sie als Brathähnchen nicht kaufen will, weil sie eine knochige Figur haben. Dabei schmecke das Fleisch gut, sagt Konrad Halder. Derzeit werden die Gockel also erst einmal weiterverarbeitet. Vielleicht werden die Hähne vom Frühjahr an als Hennengockelsalami in Biomärkten zu finden sein.

**Aufpreis für die Eier subventioniert die Gockelmast**

Die Aufzucht der Hähne rechnet sich derzeit nicht, denn die Gockel decken nicht die Kosten, die Konrad Halder beim Mästen entstehen. Zehn Euro kostet die Aufzucht pro Tier. Die notwendigen Mittel, die er zur Aufzucht braucht, erwirtschaftet der Biolegehennenhalter deshalb über einen Mehrerlös für die Eier. Vier Cent mehr kostet so ein Hennengockelei.

**PROPLANTA**

|  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- |
| |  |  |  |  | | --- | --- | --- | --- | | 23.12.2013 | 07:15 | |  |  | | --- | --- | | http://www.proplanta.de/web/icon/a-zu-links-grey.png | [Tierzucht soll stärker an Tierwohl ausgerichtet werden](http://www.proplanta.de/Agrar-Nachrichten/Tier/Tierzucht-soll-staerker-an-Tierwohl-ausgerichtet-werden_article1386423704.html) | |   **Großteil heimischer Nutztierrassen gefährdet**  Bonn - Die BLE veröffentlichte zum dritten Mal eine Rote Liste mit gefährdeten Nutztierrassen. Durch wirksame Fördermaßnahmen stabilisierten sich die Bestände des Krainer Steinschafes, des Leineschafes und des Weißen Bergschafes. |
| |  | | --- | | Über die Entwicklung der einheimischen Nutztierrassen informiert die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) in mehrjährigen Abständen mit der Veröffentlichung der Roten Liste einheimischer Nutztierrassen. Grundlage hierfür sind die jährlich von der BLE erhobenen Bestandszahlen aller in Deutschland gezüchteten Nutztierrassen.  Basierend auf diesen Zahlen empfiehlt der Fachbeirat Tiergenetische Ressourcen die Einstufung der einzelnen Nutztierrassen in eine von vier Gefährdungskategorien. Aktuell stufte der Fachbeirat 52 der 74 einheimischen Nutztierrassen als gefährdet ein. Während sich die Situation bei den Schafrassen etwas verbesserte, geben vor allem die Entwicklungen in der Schweinezucht Anlass zur Sorge.  Haltungsprämien sind ein effektives Förderinstrument Die Bestände des Krainer Steinschafes, des Leineschafes und des Weißen Bergschafes konnten sich unter anderem durch die Haltungsprämien gut entwickeln. Der Fachbeirat hat diese Schafrassen deshalb in eine jeweils niedrigere Gefährdungskategorie eingestuft. Auch die Pferderasse Schwarzwälder Kaltblut konnte aufgrund der erfolgreichen Fördermaßnahmen in eine geringere Gefährdungskategorie eingeordnet werden.  Strukturwandel in der Schweinezucht gefährdet einheimische Schweinerassen In der Schweineproduktion setzen sich immer stärker Hybridsauen aus international agierenden Zuchtunternehmen durch. Folglich geht der Einsatz einheimischer Schweinerassen aus der Herdbuchzucht weiter zurück. Waren noch vor wenigen Jahren die Deutsche Landrasse und das Deutsche Edelschwein weit verbreitet, mussten diese Rassen nun als bedroht eingestuft werden. Somit gibt es in Deutschland keine ungefährdete einheimische Schweinerasse mehr.  Ziegenrassen ebenfalls unter Druck, kaum Veränderungen bei Rindern Im Jahr 2010 galt zumindest noch die Bunte Deutsche Edelziege als ungefährdet. Aufgrund des Bestandsrückgangs musste auch diese Rasse nun als gefährdet eingestuft werden. Bei den Rinderrassen ist die Situation auf verbesserungsbedürftigen Niveau stabil. Von 21 einheimischen Rinderrassen sind 15 Rassen gefährdet.  Nutztierrassen-Vielfalt: Wichtig für die Landwirtschaft der Zukunft Die Landwirtschaft muss sich auf ändernde Rahmenbedingungen, zum Beispiel veränderte Verbraucherwünsche oder Haltungsbedingungen, einstellen können. Hierzu braucht sie ein breites Spektrum verschiedener Nutztierrassen, aus dem sie die geeigneten Tiere auswählen kann.  Nutztierrassen die unter heutigen Bedingungen prädestiniert sind, müssen dies nicht unbedingt auch in Zukunft sein. Dass es wirksame Instrumente gibt, die Vielfalt an Nutztierrassen zu erhalten, zeigen die Erfolge bei den Schafrassen.  Die Rote Liste gibt einen Überblick über die anhaltende Gefährdungssituation der Nutztierrassen in Deutschland. Darüber hinaus empfiehlt sie entsprechend dem von Bund und Ländern verabschiedeten Nationalen Fachprogramm zur Erhaltung und nachhaltigen Nutzung tiergenetischer Ressourcen Maßnahmen, um die einheimischen Nutztierrassen zu erhalten. (ble | |

**SUS ONLINE**

**Mast: Größe allein reicht nicht**

19.12.2013

Beim Schlachtschweineerlös liegen die Betriebe mittlerer Größe vorn. Denn die großen Betriebe verspielen ihre Vorteile zum Teil bei der Sortierung der Mastschweine. Diese Tendenz spiegelt sich zumindest bei den AutoFOM-Ergebnissen wider, berichtete der Rheinische Erzeugerring für Mastschweine im Landwirtschaftlichen Wochenblatt.   
Bei den biologischen Leistungen hingegen haben die kleineren Betriebe zum Teil deutliche Defizite. Bei den Verlusten ist kein Trend zu erkennen. Alles in allem haben die größeren Betriebe im letzten Wirtschaftsjahr ein etwas besseres Ergebnis erreichen können. Die Differenz in puncto Direktkosten-freie Leistung war jedoch schon mal deutlich größer ausgefallen.   
Auch das fiel bei den Auswertungen des letzten Wirtschaftsjahres auf:

* Der Strukturwandel geht unvermindert weiter. Die Zahl der ausgewerteten Tiere je Betrieb stieg im Vergleich zum Vorjahr um 286 Stück.
* Das Abteil- oder stallweise Rein-Raus-Verfahren mit Reinigung und Desinfektion ist heute Standard. Alles andere ist mit geringeren Leistungen verbunden.
* Der Ferkelzukauf von nur einem Erzeugerbetrieb schnitt in puncto Zunahmen und Verluste am besten ab. Zukaufferkel aus verschiedenen Betrieben waren außerdem nicht preiswerter.
* Die Mycoplasmen- und die Circo-Impfung sind heute Standard und sichern das erreichte Leistungsniveau ab. Auch kann beobachtet werden, dass die PRRS-Impfung in der Mast wieder an Bedeutung gewinnt. Gleiches gilt für die APP-Impfung.
* Die Genetik ist einheitlicher geworden. Auf der Vaterseite dominiert der Piétraineber verschiedener Zuchtunternehmen. Kreuzungs- und Hybrideber spielen heute keine Rolle mehr.

**Experten erörtern Entwicklungschancen im Oldenburger Münsterland**

16.12.2013

Mit den zukünftigen Entwicklungsmöglichen der Landwirtschaft bis zum Jahre 2030 wird sich ein neuer Expertenkreis des Agrar- und Ernährungsforums Oldenburger Münsterland (AEF) beschäftigen. Bei dessen konstituierender Sitzung vergangene Woche in Cloppenburg stimmten die Teilnehmer darin überein, dass insbesondere der generelle Akzeptanzverlust der Landwirtschaft, aber auch die Flächenkonflikte in der Region und die Nährstoffproblematik im Oldenburger Münsterland Herausforderungen sind, für die Lösungen gefunden werden müssen. Ein weiteres Thema, mit dem sich die Expertenrunde unter Leitung des Vorsitzenden der Interessengemeinschaft der Schweinehalter Deutschlands (ISN), Heinrich Dierkes, befassen will, ist die Verschärfung des nationalen und internationalen Wettbewerbs durch den rasanten Anstieg der Fleischproduktion und den globalisierten Handel.   
   
Die AEF ist ein Verein mit Sitz in Vechta, dem nach eigenen Angaben rund 80 Unternehmen der Agrar- und Ernährungsbranche in Südoldenburg angehören. Das Ziel des Zusammenschlusses ist es, das Verständnis für die wirtschaftlichen Belange der Branche zu fördern und bei der Entwicklung des Wirtschaftsraumes mitzuwirken. Im Rahmen seiner strategischen Neuausrichtung befasst sich der Verein nun primär mit den Themen Tierwohl und -haltung, Tiergesundheit, Wachstumsmöglichkeiten und der Nährstoffproblematik im Oldenburger Münsterland. (AgE)

**Russlands Schweinehalter expandieren**

05.12.2013

Die Russen haben von Januar bis September dieses Jahres mehr Schweine geschlachtet als im Vorjahreszeitraum. Die Produktion erhöhte sich um 12,5 % auf rund 2,5 Mio. t LG. Nach Schätzung des russischen Landwirtschaftsministeriums deckt die landeseigene Produktion damit rund 80 % des Bedarfs. Insgesamt erhöhte sich die Zahl der in Russland gehaltenen Schweine nach amtlichen Angaben in den zwölf Monaten bis Ende September 2013 um 3,1 % auf rund 20,3 Mio. Tiere. Während die Regierung von einer weiterhin dynamischen Entwicklung der Schweinehaltung ausgeht, sind freie Marktexperten weniger optimistisch. So wies das Moskauer Zentrum für Agrarökonomie (Sovecon) kürzlich darauf hin, dass der Ausbau der Schweinebestände deutlich an Schwung verloren habe. Das Plus gegenüber dem Vorjahresniveau habe sich von 10,3 % Anfang 2013 auf nur noch 2,5 % Ende Oktober abgeschwächt. Es sei durchaus möglich, dass das Wachstum bis Anfang 2014 ganz zum Erliegen komme. Andere Experten verweisen auf die Afrikanische Schweinepest (ASP), deretwegen einige Millionen Schweine hätten gekeult werden müssen. (AgE)

**Fleisch-Exporte stocken**

04.12.2013

Die genossenschaftlichen Schlachtunternehmen sind zunehmend mit den internationalen Märkten vernetzt, stellte DRV-Generalsekretär Dr. Henning Ehlers auf der Fachtagung Vieh und Fleisch des Deutschen Raiffeisenverbandes (DRV) in Münster fest. Gerade bei stagnierenden oder rückläufigen Absatzmöglichkeiten am Inlandsmarkt, wie im Falle des Schweinefleisches, komme dem Export eine wichtige Rolle zu. Diese bestehe aber auch darin, hierzulande wenig gefragte Teilstücke ins Geld zu bringen und so die Wertschöpfung zu optimieren. Nach Angaben des internationalen Vertriebsleiters der Westfleisch, Egbert Klockers, ist dies in den vergangenen Jahren sehr gut gelungen, doch zeigten sich aktuell auch deutliche Probleme auf wichtigen Drittlandsmärkten. So habe die seit Februar gültige Einfuhrsperre Russlands für Frischfleisch aus Deutschland zu kräftigen Absatzeinbußen geführt; bundesweit seien nur noch fünf Unternehmen mit 13 Betrieben überhaupt für Lieferungen zugelassen. Klockers forderte von den zuständigen Behörden eine Wiederherstellung der arbeitsfähigen Veterinärbeziehungen, rechnet aber frühestens im Januar 2014 zur Grünen Woche in Berlin mit neuen Verhandlungen. Auch der erfolgreiche Export nach China ist für die Westfleisch seit dem 1. Mai 2013 und für Tönnies seit dem 22. Oktober durch Einfuhrsperren gestört. Der Einbruch der deutschen Schlachtschweinepreise Anfang November sei auch darauf zurückzuführen, erläuterte Klockers. Nach seinen Angaben ist frühestens im Februar 2014 mit einer Reauditierung zu rechnen, wobei er darauf hofft, zukünftig auch Artikel wie Pfoten und Verarbeitungsware direkt nach China und nicht über den Umweg Hongkong liefern zu können. (AgE)

**MEG**

16.08.2013

**DE: Putenmarkt in schwierigem Fahrtwasser**

**(MEG - 16.08.2013) Die Rentabilität der Putenmast in Deutschland hat sich im bisherigen Jahresverlauf deutlich verschlechtert. Das zeigt der Blick auf die Erzeugerpreise: Mitte des Jahres 2013 erhielten die Putenmäster in Deutschland rund 2 Cent pro kg weniger für ihre Tiere als noch zu Jahresbeginn.**

Im Mittel der ersten sieben Monate lagen die Erzeugerpreise für Putenhähne mit 1,44 Euro je kg Lebendgewicht nur noch 4 Prozent über dem Erlös, den die Erzeuger von Januar bis Juli 2012 erhielten.

Im gleichen Zeitraum mussten die Erzeuger für das Futter aber deutlich tiefer in die Tasche greifen. Die Ausgaben für Putenmischfutter in der Endmastphase erhöhten sich um rund 14 Prozent. Eiweißhaltigere Mischungen, die in früheren Mastphasen eingesetzt werden, verteuerten sich sogar bis zu 45 Prozent. Entsprechend ist es um die Rentabilität der Putenmast aktuell schlecht bestellt.

Dies zeigt die Bruttomarge, sie berechnet sich aus dem Erlös für Puten minus den Kosten für Futter und Küken. Nach Abzug dieser beiden Kostenfaktoren blieben dem Putenmäster im bisherigen Jahresverlauf rechnerisch nur 29 Cent je kg Putenhahn, das waren fast 20 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Davon müssen noch alle anderen Kosten beglichen werden wie Einstreu, Wasser, Strom, Heizung, Tierarztkosten, Löhne und vieles mehr. Bei der Mast von Putenhennen lag die errechnete Marge in den ersten sieben Monaten 2013 mit 20 Cent je kg noch geringer. Obwohl die Futterpreise im Zuge der neuen Ernte nun nach unten tendieren, dürfte es noch einige Zeit dauern, bis die Mäster aus der entstandenen Kostenfalle herauskommen.

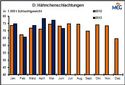
Auch auf den nachgelagerten Produktionsebenen haben sich die Kosten erhöht. Im Schnitt konnten die Schlachtereien im ersten Halbjahr zwar festere Großhandelspreise durchsetzen, jedoch erschwerte die Entscheidung einzelner Discounter, die Ladenpreise zu senken, diese Entwicklung. Es kam zeitweise zu gegensätzlicher Preisbewegung. Im Juli 2013 konnten aber auch im SB-Bereich im Zuge einer regen Nachfrage nach Putenfleisch höhere Großhandelspreise erzielt werden. Im Schnitt des bisherigen Jahres wurde das Großhandelspreisniveau des Vorjahres nach Erhebungen der MEG (Marktinfo Eier & Geflügel) bislang um etwa 2 Prozent übertroffen.

Ausgehend von den Preisentwicklungen auf den vorgelagerten Ebenen mussten die Verbraucher 2013 mehr ausgeben. Laut Haushaltspanel der GfK (Gesellschaft für Konsumforschung) verteuerte sich frisches Putenbrustfleisch im Mittel aller Einkaufsstätten um etwa 5 Prozent auf 7,37 Euro je kg. Die Verbraucher griffen dennoch kontinuierlich zu Putenfleisch. Laut GfK lagen die Haushaltskäufe von Putenfleisch im ersten Halbjahr 2013 um 0,6 Prozent über Vorjahr.

09.08.2013

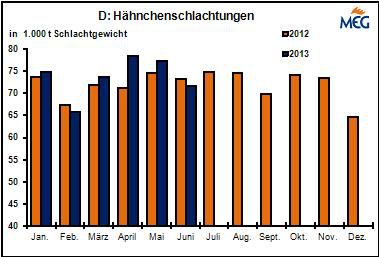
**Deutsche Hähnchenschlachtungen leicht über Vorjahr**

**(MEG) Die Hähnchenschlachtungen übertrafen das Vorjahresergebnis im ersten Halbjahr 2013 mit 441.360 t um 2,2 %. Insbesondere im zweiten Quartal legten die Schlachtungen laut der Erhebung des Statistischen Bundesamtes mit plus 3,8 % wieder stärker zu, während in den ersten drei Monaten das Vorjahresergebnis nur um 0,6 % übertroffen wurde.**

**[](http://www.marktinfo-eier-gefluegel.de/Aktuelles/Deutsche-Haehnchenschlachtungen-leicht-ueber-Vorjahr,L0lNR19aT09NP0ZJRD0zOTgwMDk0JkFJRD0zOTgwMDkyJlBDTUQ9fjA5NDE0OTQ0M0QzMzM5MzgzMDMwMzkzMjI2NEQ0OTQ0M0QzNzM0MzMzODM5Jk1JRD03NDM4OQ.html?UID=86870B62B1E2B74117D5629057CDB4BEC4124E2F1805AA)**

**Hähnchen werden schwerer**

Seit dem Jahr 2010 erfasst das Statistische Bundesamt neben der Schlachtmenge auch die Anzahl der geschlachteten Hähnchen. Daraus errechnete die MEG (Marktinfo Eier & Geflügel) die durchschnittlichen Schlachtgewichte. Dabei zeigt sich, dass die Entwicklung hin zur Schwermast anhält. Wog ein durchschnittliches Hähnchen im Mittel des ersten Halbjahres 2010 erst 1,36 kg, so erreichten die Gewichte im Schnitt der ersten sechs Monate dieses Jahres bereits 1,47 kg. Auch im bisherigen Verlauf des Jahres 2013 setzte sich der Trend zu schwereren Tieren fort. Immer mehr setzen die Schlachtereien auf höhere Endgewichte, die sich besser zur Produktion von Hähnchenteilen eignen.  
Damit kommt man den Verbraucherwünschen entgegen, denn im ersten Halbjahr 2012 entfielen laut MEG-Auswertung auf Basis des Haushaltspanels der GfK (Gesellschaft für Konsumforschung) nur noch 14,2 % der Haushaltskäufe von Hähnchen auf ganze Schlachtkörper. Bei den gekauften Hähnchenteilen wird Frischware dabei deutlich bevorzugt. Dementsprechend stieg auch der Anteil der von den Schlachtereien frisch abgegebenen Ware nochmals an, und zwar im Vergleich zum ersten Halbjahr 2012 um 1 Prozentpunkt auf 73 %.

[](http://www.marktinfo-eier-gefluegel.de/Aktuelles/74389.html?UID=86870B62B1E2B74117D5629057CDB4BEC4124E2B1605AA)

- (c)

08.04.2013

**Geflügelmarkt 2012: Produktion stabil**

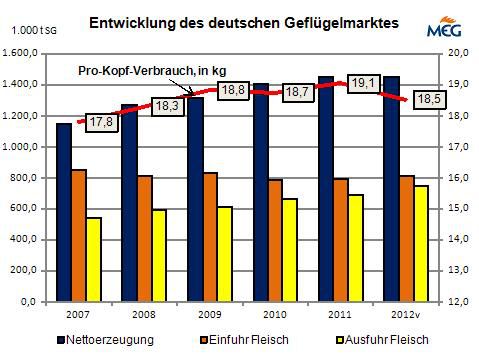
**(MEG - 08.04.2013) Die deutsche Bruttoeigenerzeugung von Geflügelfleisch betrug im vergangenen Jahr 1,68 Mio. t. Damit wurde das Rekordniveau des Jahres 2011 nur um 0,3 % verfehlt. Dies ergab die aktuelle (noch vorläufige) zwischen BLE (Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung) und MEG (Marktinfo Eier & Geflügel) abgestimmte Berechnung zur Versorgung des deutschen Marktes mit Geflügel.**

Dabei profitieren auch unsere europäischen Nachbarn von der Mast in Deutschland. Insbesondere hierzulande aufgezogene Hähnchen werden in die Niederlande ausgeführt. Daher reichen die deutschen Schlachtungen von 1,45 Mio. t weiterhin nicht um den hiesigen Verbrauch von 1,52 Mio. t zu decken.

[](http://www.marktinfo-eier-gefluegel.de/Aktuelles/Gefluegelmarkt-2012-Produktion-stabil,L0lNR19aT09NP0ZJRD0zODQ0NTkyJkFJRD0zODQ0NTkzJlBDTUQ9fjA5NDE0OTQ0M0QzMzM4MzQzNDM1MzkzMzI2NEQ0OTQ0M0QzNzM0MzMzODM5Jk1JRD03NDM4OQ.html?UID=86870B62B1E2B74117D5629057CDB4BEC4124E251805AC)

Obwohl die Exporte von Geflügelfleisch in den vergangenen Jahren deutlich zugelegt haben, wird immer noch mehr Ware importiert. So standen nach vorläufigen Berechnungen den Ausfuhren von 753.500 t Geflügelfleisch, Importe von 816.000 t gegenüber.

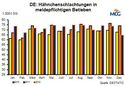
**Verbrauch pendelte zurück**  
Der Geflügelfleischverbrauch pro Einwohner sank 2012, und zwar um 600 g pro Einwohner auf 18,5 kg. Hier schlägt sich nieder, dass das für den Geflügelmarkt so wichtige Grillgeschäft im vergangenen Jahr wetterbedingt deutlich hinter den Erwartungen der Anbieter zurückblieb. Dies bekamen auch andere Fleischbranchen schmerzlich zu spüren, so sank der Pro-Kopf-Verbrauch von Schweinefleisch laut BLE von 2011 auf 2012 um ca. 2 kg auf 52,6 kg.  
In den Vorjahren hatte der Hähnchensektor maßgeblich zur Expansion des Geflügelmarktes beigetragen. Die MEG hat aus der offiziellen vorläufigen Bilanz den Pro-Kopf-Verbrauch von Hähnchenfleisch abgeleitet. Mit 11,0 kg pro Einwohner wurden 300 g weniger verbraucht als 2011, aber noch 200 g mehr als im Jahr 2010. Eine längerfristige Betrachtung verdeutlicht die in den vergangenen Jahren erhöhte Nachfrage in Deutschland nach Hähnchenfleisch, denn im Vergleich zum Jahr 2000 lag der Verbrauch um 2,8 kg bzw. 34 % höher. Im gleichen Zeitraum sank der Verbrauch von Schweinefleisch um 1,6 kg pro Einwohner.  
Die ausgefallene Grillsaison schlug sich auch am Putenmarkt nieder. Der Kopf-Verbrauch sank 2012 um 300 g auf 5,7 kg.

[](http://www.marktinfo-eier-gefluegel.de/Aktuelles/L05FV1NMSVNUP01JRD03NDM4OSZHPTc0NjI0JlRDMD0yNSZNQ0VMTD10ZW1wbGF0ZS5odG0.html?UID=86870B62B1E2B74117D5629057CDB4BEC4124F2E1405AD)

- (c)

04.02.2013

**Hähnchenschlachtungen pendelten zurück**

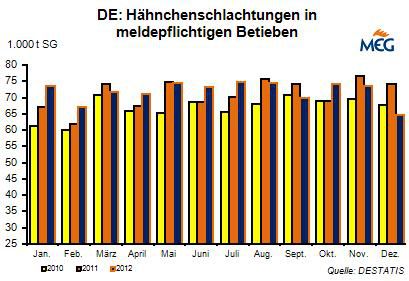
[](http://www.marktinfo-eier-gefluegel.de/Aktuelles/Haehnchenschlachtungen-pendelten-zurueck,L0lNR19aT09NP0ZJRD0zNzA4MjExJkFJRD0zNzA4MjEwJlBDTUQ9fjA5NDE0OTQ0M0QzMzM3MzAzODMyMzEzMDI2NEQ0OTQ0M0QzNzM0MzMzODM5Jk1JRD03NDM4OQ.html?UID=86870B62B1E2B74117D5629057CDB4BEC4124F2B1005AD)

**(MEG - 04.02.2013) Die Hähnchenschlachtungen in Deutschland fielen zum Jahresende 2012 hinter die Vorjahreslinie zurück. Wurden nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im ersten Halbjahr noch um gut 4 % mehr Hähnchenfleisch erzeugt als in den ersten sechs Monaten 2011, waren es in der zweiten Jahreshälfte etwa 2 % weniger als 2011. Insbesondere im Dezember wurde das Vorjahresergebnis deutlich (minus 13 %) verfehlt.**

Insgesamt wurden im vergangenen Jahr 863.000 t Hähnchenfleisch erzeugt, das war ein Plus von 1 % gegenüber der Schlachtmenge von 2011. Der Fokus liegt dabei weiterhin auf der Erzeugung von frischen Teilstücken. Rund 81 % der erzeugten Ware verließ die Schlachterei in zerlegter Form, das waren 3 Prozentpunkte mehr als 2011.

**Höhere Schlachtgewichte**  
Die Anzahl der geschlachteten Hähnchen verfehlte im Jahr 2012 um gut 2 % das entsprechende Vorjahresergebnis. Laut Statistischem Bundesamt gelangten 595,9 Millionen Hähnchen zur Schlachtung. Daraus errechnete die MEG (Marktinfo Eier & Geflügel), dass die Hähnchen im Schnitt des Jahres 2012 rund 1,45 kg Schlachtgewicht auf die Waage brachten. Im Vorjahreszeitraum waren es erst 1,40 kg. So setzte sich der seit Jahren zu beobachtende Trend zu schwereren Tieren fort, was sich auch in der steigenden Teileproduktion widerspiegelt.

Damit reagiert die deutsche Hähnchenwirtschaft auf die Bedürfnisse der Verbraucher, denn die Haushalte kaufen bevorzugt zerteilte Ware. Nach MEG-Auswertungen des Haushaltspanels der Gesellschaft für Konsumforschung entfielen 2012 knapp 58 % aller Hähnchenkäufe auf frische Teilstücke. Gefrorene Hähnchenteile brachten es zudem auf 28 % der gekauften Hähnchen¬fleischmenge. Der Anteil der der Haushaltskäufe von Geflügelfleisch (ohne Wurstwaren und höhergradigen Convenienceprodukte) beläuft sich nach Eischätzung der MEG auf knapp die Hälfte der insgesamt in Deutschland verbrauchten Menge.

[](http://www.marktinfo-eier-gefluegel.de/Aktuelles/L05FV1NMSVNUP01JRD03NDM4OSZHPTc0NjI0JlRDMD0yNSZNQ0VMTD10ZW1wbGF0ZS5odG0.html?UID=86870B62B1E2B74117D5629057CDB4BEC4124C2E1905AD)

- (c)

8.04.2013

[**Geflügelmarkt 2012: Produktion stabil**](http://www.animal-health-online.de/lme/2013/04/08/geflugelmarkt-2012-produktion-stabil/8003/)

(MEG) – Die deutsche Bruttoeigenerzeugung von Geflügelfleisch betrug im vergangenen Jahr 1,68 Mio. t. Damit wurde das Rekordniveau des Jahres 2011 nur um 0,3 % verfehlt. Dies ergab die aktuelle (noch vorläufige) zwischen BLE (Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung) und MEG (Marktinfo Eier & Geflügel) abgestimmte Berechnung zur Versorgung des deutschen Marktes mit Geflügel.  
Dabei profitieren auch unsere europäischen Nachbarn von der Mast in Deutschland. Insbesondere hierzulande aufgezogene Hähnchen werden in die Niederlande ausgeführt. Daher reichen die deutschen Schlachtungen von 1,45 Mio. t weiterhin nicht um den hiesigen Verbrauch von 1,52 Mio. t zu decken.  
Obwohl die Exporte von Geflügelfleisch in den vergangenen Jahren deutlich zugelegt haben, wird immer noch mehr Ware importiert. So standen nach vorläufigen Berechnungen den Ausfuhren von 753.500 t Geflügelfleisch, Importe von 816.000 t gegenüber.

Verbrauch pendelte zurück style=”float:left; margin-right:5px; margin-bottom:5px; border=”0″

Der Geflügelfleischverbrauch pro Einwohner sank 2012, und zwar um 600 g pro Einwohner auf 18,5 kg. Hier schlägt sich nieder, dass das für den Geflügelmarkt so wichtige Grillgeschäft im vergangenen Jahr wetterbedingt deutlich hinter den Erwartungen der Anbieter zurückblieb. Dies bekamen auch andere Fleischbranchen schmerzlich zu spüren, so sank der Pro-Kopf-Verbrauch von Schweinefleisch laut BLE von 2011 auf 2012 um ca. 2 kg auf 52,6 kg.  
In den Vorjahren hatte der Hähnchensektor maßgeblich zur Expansion des Geflügelmarktes beigetragen. Die MEG hat aus der offiziellen vorläufigen Bilanz den Pro-Kopf-Verbrauch von Hähnchenfleisch abgeleitet. Mit 11,0 kg pro Einwohner wurden 300 g weniger verbraucht als 2011, aber noch 200 g mehr als im Jahr 2010. Eine längerfristige Betrachtung verdeutlicht die in den vergangenen Jahren erhöhte Nachfrage in Deutschland nach Hähnchenfleisch, denn im Vergleich zum Jahr 2000 lag der Verbrauch um 2,8 kg bzw. 34 % höher. Im gleichen Zeitraum sank der Verbrauch von Schweinefleisch um 1,6 kg pro Einwohner.  
Die ausgefallene Grillsaison schlug sich auch am Putenmarkt nieder. Der Kopf-Verbrauch sank 2012 um 300 g auf 5,7 kg.

Gute Nachfrage Anfang 2013style=”float:left; margin-right:5px; margin-bottom:5px; border=”0″

Erste Daten für 2013 legen nahe, dass die Nachfrage nach Geflügelfleisch 2013 wieder an Fahrt gewinnt. So wurden laut Haushaltspanel der GfK (Gesellschaft für Konsumforschung) in den ersten beiden Monaten des Jahres 11 % mehr Geflügel gekauft als Anfang 2012.

**CHINA OBSERVER**  
  
20.12.2013

[**Fleischverbrauch in China steigt rasant**](http://www.china-observer.de/index.php/2013/12/20/fleischverbrauch-in-china-steigt-rasant/)

Künftig mehr Rind- als Schweinefleisch. Fehlende Veterinärabkommen beschränken Marktchancen für deutsche Unternehmen.

Bis 2020 soll der Fleischverbrauch in der Volksrepublik China um 35% zulegen. Mit steigenden Einkommen wird höherwertige Ware gekauft. Speziell Rindfleisch wird beliebter. Der Markt ist für deutsche Lieferanten bislang nur für Schweinefleisch zugänglich. Insgesamt hält der Ausbau der lokalen Produktion nicht mit der steigenden Nachfrage Schritt. Ein großes Thema bleibt die Erhöhung der Lebensmittelsicherheit. Der Trend geht zu einer stärkeren Industrialisierung von Tierhaltung und Schlachtung.

Bis 2020 soll sich der chinesische Fleischkonsum um 35% erhöhen, so eine Analyse des größten chinesischen Lebensmittelkonzerns, der China National Cereals, Oils and Foodstuff Corporation (COFCO). Triebfedern sind der sukzessive Verstädterungsprozess, die allgemein steigenden Einkommen und die damit einhergehenden sich wandelnden Ernährungsgewohnheiten.

Im Jahr 2012 entfiel bei einem Pro-Kopf-Verbrauch von insgesamt rund 60 kg (vergleichbar mit Deutschland; den weltweiten Spitzenplatz halten die USA mit circa 120 kg) etwa 65% auf Schweinefleisch. Es folgten Geflügel mit 22 und Rind mit 8%. Rindfleisch wird kaum zu Hause zubereitet, sondern vorwiegend außerhalb gegessen, angefangen bei den traditionellen “Hot Pot”-Restaurants bis hin zu den westlichen Hamburger-Brätern.  
Planung bis 2020 vorgelegt

In Zukunft soll vor allem der Anteil von Rindfleisch am Pro-Kopf-Verbrauch an Gewicht gewinnen. Die Regierung hat daher den “National Beef and Sheepmeat Production and Development Plan” vorgelegt, der Nachfrage und Angebot nach rotem Fleisch bis 2020 besser in Einklang bringen soll. Laut Plan sollen bis 2020 etwa 1,7 Mrd. Renminbi Yuan (RMB; umgerechnet rund 204 Mio. Euro; 1 Euro = circa 8,3 RMB) in die Entwicklung der Branche fließen. Grundsätzlich geht dabei der Trend weg von kleinen Familienbetrieben hin zu zum Teil riesigen Rinderfarmen mit Tausenden von Tieren.

Der Plan zeigt einen Anstieg des Rindfleischkonsums von 5,13 Mio. t im Jahr 2000 auf 7,21 Mio. t im Jahr 2015; 2020 soll er 7,98 Mio. t betragen. Der Pro-Kopf-Verbrauch erhöhte sich entsprechend von 4,04 kg (2000) auf 4,87 kg (2010). Für 2015 erwartet die Regierung einen Pro-Kopf-Verbrauch von Rindfleisch von 5,19 kg und für 2020 von 5,49 kg. Zugleich wuchs die Rindfleischerzeugung, nämlich von 5,13 Mio. t (2000) auf 6,53 Mio. t (2010). Bis 2015 soll sie 7,17 Mio. und bis 2020 7,86 Mio. t erreichen. Der Verzehr von Schaffleisch liegt zwar etwas unter demjenigen von Rind, entwickelt sich aber parallel nach oben.

Trotz der steigenden Rindfleischnachfrage sinken die nationalen Rinderbestände. Wurden im Jahr 2000 laut Statistischem Jahrbuch noch 123,5 Mio. Rinder in China gezählt, waren es 2012 nur noch 103,4 Mio. Stück. Die Ursachen sind vielfältig. So schreibt die Presse vom Ausbrechen von Krankheiten, von ungünstigen Wetterbedingungen, verbesserungsfähigen Haltungsmethoden und vergleichsweise schlechten Renditen.

Selbst wenn sich die Rinderhaltung erholt, bleibt eine Versorgungslücke, die für 2020 auf 0,79 Mio. kg Rindfleisch geschätzt wird. Entsprechend machen sich die großen Rindfleischexportnationen Neuseeland, Brasilien, Argentinien und Uruguay Hoffnungen auf ein gutes Geschäft. Sollte China den 2004 im Rahmen von BSE verhängten Bann auf US-amerikanischen Rindfleisch aufheben, könnten auch die USA zum Zuge kommen. Am meisten dürfte jedoch aufgrund der geografischen Nähe Australien profitieren. Schon heute dominiert Australien die Rindfleischeinfuhren in die Volksrepublik China, vor Uruguay. Dagegen hat Neuseeland bei Schaffleisch die Nase vorn, gefolgt von Australien.

Deutschland darf gegenwärtig aufgrund eines fehlenden bilateralen Veterinärabkommens kein Rindfleisch nach China exportieren. Das bestehende Abkommen umfasst ausschließlich Schweinefleisch sowie bestimmte Schlachtnebenerzeugnisse wie Ohren und Schwänze. Diese werden aus chinesischer Sicht ebenfalls unter dem Begriff Fleisch subsummiert (exklusive Pfoten, Wurst und lebenden Tieren).

**Importe müssen den hohen Bedarf decken**

Obwohl China mit über der Hälfte des weltweit erzeugten Schweinefleischs mit gewaltigem Abstand der international größte Produzent von Schweinefleisch ist, kann das Land auch hier seinen Bedarf nicht decken. Außerdem sind die Möglichkeiten der Produktionsausweitung angesichts der zurückgehenden Ackerflächen begrenzt. Schon heute importiert China internationalen Pressemeldungen zufolge etwa 60% der weltweiten Sojaproduktion - nur um seine Schweine zu füttern. Von großer Wichtigkeit war daher die Zustimmung der US-amerikanischen Aufsichtsbehörden im September 2013 zur Übernahme des weltgrößten US-Schweinefleischherstellers Smithfield für 4,7 Mrd. US$.

Ausländischer Hauptlieferant für Schweinefleisch ist gemäß chinesischer Zollstatistik Deutschland vor den USA und Kanada. Von Deutschland bezog China in den ersten neun Monaten 2013 rund 918.000 t im Wert von 167,9 Mio. $. Allerdings müssen nun, wie die Zeitschrift “Der Spiegel” im November 2013 berichtete, zwei deutsche Großschlachtereien um ihren wichtigen Exportmarkt China fürchten, da die chinesischen Behörden vorläufige Einfuhrsperren über ihre Produkte verhängten. Vorgeworfen wird ihnen eine falsche Verpackungsauszeichnung, auch hatten die chinesischen Veterinäre bei einer 50-Tonnen-Lieferung von Schweineohren 20 Ohrmarken gefunden.

Nach Einschätzung eines außenstehenden Beobachters wären in der EU bei vergleichbaren Vorfällen keine derart harschen Maßnahmen verhängt worden. Die chinesischen Behörden erklären diese damit, dass es sich um Wiederholungsfälle handle sowie dass es ihnen um die Sicherheit der Verbraucher ginge. Ausdrücklich legen sie bei heimischer und importierter Ware andere Maßstäbe an, was sie mit einem unterschiedlichen Entwicklungsstand begründen.

Unabhängig hiervon scheint es immer wieder zu Vorfällen zu kommen, bei denen der Eindruck einer gewissen Willkür entsteht; sprich bei denen augenscheinlich nach Gründen gesucht wird, einen Container zurückzuhalten. Die Ursachen hierfür lassen sich nur vermuten. Allerdings geben sich die chinesischen Behörden alle Mühe, ihre Entscheidungen als rechtsstaatliches Handeln darzustellen und dokumentieren dies ausführlich.

Summa summarum ist der chinesische Fleischmarkt für deutsche Lieferanten aufgrund der fehlenden Veterinärabkommen nur sehr begrenzt zugänglich. Von Seiten der deutschen Wirtschaft besteht angesichts der Wachstumszahlen großes Interesse an einer weiteren Marktöffnung. In der Tat werden zusätzliche Abkommen verhandelt; dies jedoch schon seit vielen Jahren. Ein Abschluss ist nicht absehbar.

Ob bei solchen Verhandlungen indessen immer die Sicherheit der Verbraucher Vorrang hat, ist zumindest angesichts der im August 2013 unterzeichneten Erklärung zwischen der rumänischen Behörde für Veterinärwesen und Lebensmittelsicherheit (ANSVSA) und der chinesischen Generalverwaltung für Qualität, Inspektion und Quarantäne (AQSIQ) mit gewissen Zweifeln behaftet. Diese soll Rumänien die Lieferung von Schweinefleisch, lebenden Schweinen, von Rindern und Schafen, Geflügel und Zuchttieren in die Volksrepublik China ermöglichen, meldete die Fachzeitschrift “Schweinezucht und Schweinemast”. Die Unterzeichnung steht offenbar in einem engen Zusammenhang mit dem Verkauf von chinesischen Hochgeschwindigkeitszügen an das Balkanland, wie aus einem Bericht der Tageszeitung “China Daily” vom November 2013 hervorgeht. Rumänisches Fleisch gilt nach europäischen Maßstäben nicht unbedingt als sicher.

Der hohe zusätzlichen Verbrauch von Fleisch verbunden mit einem wachsenden Interesse für höhere Lebensmittelsicherheit wird zu grundlegenden Umstrukturierungen in der chinesischen Schlachtwirtschaft sowie bei der Verpackung und im Verkauf von Fleisch führen. Laut Informationen des chinesischen Handelsministeriums (Ministry of Commerce; MOFCOM) macht in Kleinstbetrieben unter Nicht-Beachtung der offiziellen Vorschriften geschlachtetes sogenanntes Baitiao-Fleisch und ungekühltes Frischfleisch nach wie vor etwa 60% des Marktangebotes aus. Dagegen liegt der Marktanteil von gekühltem Frischfleisch und in Endverbrauchergrößen verpacktem Fleisch nur bei etwa 10%. Auf weiterverarbeitetes Fleisch wie Wurst entfallen etwa 15%. Prinzipiell ist eine starke Entwicklung hin zu verpackten Produkten zu beobachten. Mit Spannung wird vor diesem Hintergrund die Novellierung des Lebensmittelgesetzes erwartet, welches sich bislang in der Anhörungsphase befindet. Der Druck ist groß, dieses zeitnah zu verabschieden.

Die Schlachtwirtschaft als solche ist nach wie vor stark fragmentiert. Die drei größten Schlachtunternehmen China Yurun Food Group, Shuanghui Group und Xincheng Jinluo Meat Group erreichen gerade einmal einen gemeinsamen Marktanteil von 10%, so ein Bericht des Internetportals “HC360”. Allerdings erlebt die Branche einen Konzentrationsprozess. Nach MOFCOM-Informationen schieden 2012 über 5.000 Schlachtbetriebe aus dem Markt aus. Bis Ende 2015 sollen 5.000 weitere vom Markt verschwinden.

Quelle: [Stefanie Schmitt / GTAI](http://www.flexform.de/pootcded" \o "Stefanie Schmitt / GTAI)

**WIRTSCHAFTSWOCHE**

21.01.2012

***Clemens Tönnies*Von der Schlachtbank zum Fanblock**

von [Mario Brück](javascript:void(0);) und [Peter Steinkirchner](javascript:void(0);)

Deutschlands größter Schweineschlachter und Chefkontrolleur von Schalke 04 will sich als Gutmensch der verrufenen Fleischbranche profilieren, Antibiotika in Ställen reduzieren und als Retter des Bundesligisten Sportgeschichte schreiben.

Clemens Tönnies schleicht auf Zehenspitzen. "Schauen Sie mal", sagt der 55-Jährige, selbst Vater zweier Kinder, und zeigt durch ein Bullauge, hinter dem Babys in Körbchen schlummern. Wenige Meter weiter ruft er in einen Raum, der einmal ein Fitnesscenter beherbergen soll: "Hier kommt die Sauna hin." Stolz präsentiert Tönnies den Neubau seiner Zentrale in der westfälischen Kleinstadt Rheda – mit Krippe und Wellness-Oase. In dem Gebäude mit dem Aussehen und den Ausmaßen eines schmucklosen Regionalflughafens manifestiert sich der Aufstieg vom Metzger zu einem der größten Fleischfabrikanten Europas. Er hat es mit einem geschätzten Vermögen von knapp einer Milliarde Euro unter die 100 reichsten Deutschen geschafft.

Überregional tritt der smarte Mittfünfziger zweifach in Erscheinung:

Erstens produzierte er bis vor Kurzem gefühlt so viele Negativschlagzeilen wie Schweinehälften: mal wegen des Verdachts der illegalen Beschäftigung von Arbeitnehmern, mal wegen Lohndumpings, mal wegen Betrugs und Manipulation. Zuletzt war er angeklagt, weil bei gemischtem Hackfleisch der Rindfleischanteil zu hoch angegeben war. Im August 2011 wurde das Verfahren gegen Geldauflage von drei Millionen Euro eingestellt. Aktuell sorgt ein Gesellschafterstreit mit seinem Neffen Robert für Theater, dem die Alleingänge des Onkels offenbar zu weit gehen.

Zweitens ist Tönnies der Aufsichtsratschef des Fußball-Bundesligisten Schalke 04, als der er am Wochenende von der Schlachtbank zu den Schlachtenbummlern auf die Tribüne wechselt.

**Tönnies Pläne für die Zukunft der Schweine**

* **Der Netzwerker**
* **Kampf gegen Kastration**
* **Fleisch für China**
* **Fleisch und Fußball**

**WirtschaftsWoche: Herr Tönnies, reden Sie lieber über Fleisch oder über Fußball?**

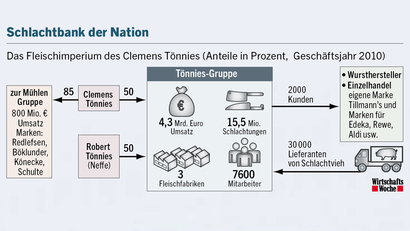
Clemens Tönnies: Eigentlich lieber über Fleisch. Man sagt mir zwar nach, eine Menge dazugelernt zu haben im Fußball. Ein Oberspezialist bin ich deswegen aber noch immer nicht. Ich kenne die Mannschaftsaufstellung von Schalke, und ich weiß, was einer kann, aber das war’s dann auch bald.

**Was qualifiziert Sie dann als Aufsichtsratschef des FC Schalke 04?**

Na ja, ich sitze da ja nicht alleine...

**...jetzt kokettieren Sie aber.**

Okay. Da ist wohl vor allem mein unternehmerischer Sachverstand gefragt.



Das Fleischimperium des Clemens Tönnies

**Meinen Sie den Sachverstand aus einer Branche mit kaum zu überbietendem Schmuddelimage, in der es ständig Theater wegen übler Zustände in den Ställen und Keimen und Tiermisshandlungen gibt?**

Einspruch. Es gibt nicht ständig Theater. In Deutschland wird Fleisch mit hervorragender Qualität hergestellt...

**...und zu solch niedrigen Preisen, dass die Nachfrage nach Fleisch und die Zahl der Skandale ständig steigen.**

Die Zeiten des Immer-weiter-So gehen auch in der Fleischbranche vorbei. Wir haben schon vor 20 Jahren unsere Philosophie total geändert. Als wir dieses Unternehmen 1992 angefangen haben, da haben wir uns gesagt: Wir müssen transparent sein. Seitdem haben wir mehr als 100.000 Besucher durch alle Betriebsteile geführt. Wir haben uns intensiv um den Tierschutz gekümmert und dafür gesorgt, dass die Akzeptanz der Massentierhaltung beim Verbraucher erhalten bleibt oder sich sogar verbessert.

**Wie bitte? Die Fleischbranche stand doch selten so am Pranger wie in den vergangenen beiden Jahren.**

Zu Unrecht. Und das dürfen wir uns auch nicht gefallen lassen. Vieles was wir in unserem innerbetrieblichen Regime tun können, haben wir getan. In unserem Betrieb sind jetzt gerade vielleicht 5000 Schweine. Da herrscht Ruhe. Da wird nicht getrieben, nicht geschlagen. Natürlich kann man über den Weg diskutieren, an dessen Ende die Tötung eines Schweins steht. Wichtig ist aber: Wenn wir dem Tier das Leben nehmen, dann so schonend und anständig wie möglich.

**Anti-Fleisch-Bücher wie „Anständig essen“ oder „Tiere essen“ sehen das anders.**

Das mag sein. Die Fleischbranche steht aber nicht pauschal unter Beschuss. Man muss genau hinsehen. Wir leisten unseren Teil für das Tierwohl, können uns aber auch immer weiter verbessern.

**Wieso sorgen Sie mithilfe Ihrer Nachfragemacht nicht dafür, dass sich Ihre Zulieferer, die Mäster und Ferkelzüchter, besser an die Tierschutzvorschriften halten?**

Das tun wir doch. Und die halten sich auch an Vorschriften. Wir haben ja keine eigenen Ställe. Dieser Betrieb hier in Rheda wird von mehr als 18.000 Bauern im Umkreis von 100 Kilometern beliefert, kleinbäuerlich strukturiert, Familienunternehmen, richtig gute Leute. Trotzdem mussten wir dem einen oder anderen beibringen, dass er Lebensmittel produziert und nicht irgendetwas irgendwo abliefert...

**...und dann kommen die Fuhrwerker auf die Höfe und transportieren die Tiere wie leblose Ware im Anhänger ab.**

Aber nicht mit uns! Wir haben auch die Bedingungen bei Tiertransporten deutlich verbessert. Wir sagen dem Lieferanten haargenau, wie ein Tiertransporter auszusehen hat, sonst braucht er gar nicht bei uns auf den Hof zu fahren: von der Lüftung über Tränken bis hin zu Ladeflächen und Transportdauer.

**Reicht das?**

Mir ehrlicherweise nicht. Darum haben wir eine Forschungsgesellschaft gegründet, die sich um die Kritik kümmert, die es an der Schweinehaltung gibt. Der wollen wir die Basis entziehen. Wir wollen zum Beispiel nicht, dass Ferkel kastriert werden...

**...bei vollem Bewusstsein und unter lautem Schreien.**

Wir wollen auch nicht, dass den Ferkeln die Schwänze gestutzt werden...

**...ebenfalls ohne Betäubung.**

Die Bauern machen das seit Jahrzehnten. Wir haben nun Entwicklungen angestoßen, die sich unorthodox anhören, die aber tolle Ergebnisse bringen.

**Zum Beispiel?**

Wir haben einen Hustendetektor entwickelt, der mittels Mikrofon erkennt, ob die Tiere in ihren Ställen und Buchten grunzen, fressen oder eben husten. Der Hoftierarzt bekommt dann eine Meldung: In Bucht 35 ertönt ein Husten. Erst dann kann er dem Tier, wenn nötig, ein Antibiotikum verabreichen und nicht wie bisher prophylaktisch. Mit solchen Maßnahmen werden die Bedingungen auf den Höfen mit einem enormen Drall verändert. Und da wollen wir Vorreiter sein.

**Was sagen Ihre Wettbewerber dazu?**

Mag sein, dass das dem einen oder anderen auf die Nerven geht, weil er uns hinterher hecheln muss. Als wir vor fünf Jahren von den Bauern verlangt haben, dass sie aufhören zu kastrieren, haben mich alle für verrückt erklärt.

**Warum?**

Wir haben an einer alten Gepflogenheit gerüttelt. Seit über 100 Jahren werden Schweine im Ferkelalter kastriert, damit die Tiere bei der Geschlechtsreife im Alter von 26 Wochen keine geruchsbildenden Hormone bilden können. Heute werden die meisten Schweine aber schon vorher geschlachtet. Die drei Prozent, die trotzdem nach Eber riechen könnten, sortieren wir aus. Der Großteil davon kann bedenkenlos gesalzen weiterverarbeitet werden, einen Anteil von insgesamt 0,3 Prozent vernichten wir wegen des Geruchs. Trotzdem kommen viele Bauern nicht auf die Idee, mit der Kastration aufzuhören, und das, obwohl sie das eigentlich nicht gern machen, aber es schon immer so gemacht haben. Sogar unser Angebot, die aussortierten Schweine praktisch mitzubezahlen, hat kaum etwas bewirkt. Deshalb erhalten wir heute erst 25 Prozent der männlichen Tiere unkastriert – immerhin.

**Wieso sollen die Leute Ihnen glauben, dass Sie die Tiere artgerecht halten, wenn Sie diese zur Schlachtbank führen?**

Laufen Sie doch einfach durch den Betrieb und schauen sich alles an. Das sage ich auch den größten Kritikern. Aber das trauen die sich nicht, weil sie dann vielleicht positiv überrascht würden. Wir zeichnen alle Bereiche, in denen Tiere sind, mit Videokameras auf. Unterstellt, jemand von einer Tierschutzorganisation würde behaupten: Bei dir werden Tiere schlecht behandelt! Dann sage ich: Moment mal. Wann und wo soll das gewesen sein? Dann schick ich ihm den Überwachungsfilm auf DVD. Dann sieht er, wie es bei uns zugeht.

**Ist Ihnen Ihr großer Wettbewerber Vion da nicht voraus? Der niederländische Großschlachter steht seit vergangener Woche unter dem Verdacht, Fleisch falsch deklariert zu haben, streitet die Vorwürfe jedoch ab. Gleichwohl bringt Vion Fleisch mit einem Siegel der Deutschen Tierhilfe in die Regale.**

Es gibt viele namhafte Vertreter in der Branche, die gemeinsam mit mir in hohem Maße skeptisch gegenüber Insellösungen sind. Der Tierschutz ist eine Aufgabe der gesamten Branche...

**...deren Image es doch aber nur gut tun kann, wenn einer vorprescht und die anderen unter Druck setzt, nachzuziehen.**

Deshalb machen ja auch wir Druck, verfolgen aber eine ganz andere Strategie. Wir haben eine Stabsstelle direkt unter dem Vorstand eingerichtet. Dieser Mitarbeiter macht nichts anderes als Tierschutz. Er sagt uns, wie die Haltungsbedingungen in der idealen Schweineproduktion, -mast und -zucht sein müssen. Mit diesen Vorgaben gehen wir zu den Bauern und sagen: Wir verarbeiten 15 Millionen Schweine pro Jahr, und wir haben die Zusage von allen großen Handelsketten, dass sie höhere Kosten durch höhere Standards mittragen. Dann erhöhen wir alle gemeinsam die Standards. Nicht aber wenn ein einzelnes Unternehmen mit bunten Tierwohl-Werbeslogans vorprescht, tatsächlich aber nur drei Produkte im Markt hat und von diesen kaum mehr als zwei Tonnen pro Woche verkauft.

**Was sind für Sie höhere Standards?**

Wir wollen mit allem aufhören, was uns, den Handel, die Tierschutzorganisationen und natürlich die Verbraucher stört: mit der Ferkelkastration, dem Kürzen der Schwänze, dem Schleifen der Zähne oder dem Dauereinsatz von Medikamenten. Wir wollen den idealen Stall mit Modellcharakter. Und dann werden wir aufklären und sagen: Das ist das Programm der deutschen Fleischwirtschaft. Ich denke, in zwei Jahren können wir so weit sein.

**Werden die Schnitzel dadurch teurer?**

Das sind am gesamten Schwein vielleicht 20 Euro. Dann wird das Fleisch ein klein wenig teurer. Tatsächlich ist es doch sowieso eher zu günstig.

**Sie haben in China ein Joint Venture mit einem dortigen Unternehmen geschlossen. Warum?**

Wir wollen die Fleischverteilung vom Großmarkt zu den nachgelagerten Stellen neu organisieren. In China läuft das zurzeit so: Das Fleisch landet als Schweinehälften in Zerlegeeinrichtungen. Das sind große Hallen mit 200 bis 300 kleinen Kabinen, in denen Zwischenhändler die Hälften verkehrsfertig zuschneiden und verkaufen. Dann kommen Tausende Kleinhändler, packen sich 10 bis 15 Kartons aufs Moped und gurken dann damit bei 35 Grad Celsius stundenlang durch die Gegend. Die haben keine Kühllaster oder Kühltheken. Das sind hygienische Bedingungen, da fällt uns nichts mehr ein.

**Was ist Ihre Rolle?**

Wir wollen vor allem unser Know-how einbringen, also welche Zerlegemaschinen benötigt werden, welche Hygienestandards nötig sind und so weiter. Rund um Peking sollen so zunächst vier riesige Hallen entstehen, jede mit einer Fläche von 20 Hektar, also Pi mal Daumen so groß wie 20 Fußballplätze. Dann folgt Shanghai, und daraus soll sich ein flächendeckendes Netz entwickeln. In China geht halt nichts in Klein. In jede der Einheiten stecken unsere Partner 60 bis 70 Millionen Euro. Wir sind noch in Gesprächen, wie die Beteiligungsverhältnisse aussehen werden.

**Werden Sie auch Fleisch liefern?**

Natürlich, Schweinehälften oder Teilstücke, tiefgefroren. Wir bauen dafür hier am Stammsitz in Rheda gerade die neue Verpackungs- und Gefrierlogistik.

**Das Bundeskartellamt hat Ihnen Ende 2011 die Übernahme des münsterländischen Schlachters Tummel untersagt, weil es Tönnies für zu marktbeherrschend hält. Ist das Thema damit erledigt?**

Nein. Der Beschluss hat aus unserer Sicht und auch aus Sicht unserer Anwälte erhebliche Mängel. Wir haben daher noch im alten Jahr Beschwerde beim Oberlandesgericht Düsseldorf eingelegt.

**Ihr Neffe Robert forderte Sie jetzt zu Jahresbeginn in einem Schreiben auf, Ihre privaten Beteiligungen in das Familienunternehmen einzubringen. Tun Sie das?**

Bitte haben Sie Verständnis. Das müssen wir familienintern besprechen.

**Außerdem verlangt Ihr Neffe eine Doppelspitze und einen unabhängigen Aufsichtsrat. Akzeptieren Sie das?**

Wir haben großen Erfolg mit der aktuellen Unternehmensstruktur. Auch weil wir uns immer weiterentwickelt haben. Das tun wir sicher auch in Zukunft.

**Beim Fleisch predigen Sie Transparenz, mit Schalke kontrollieren Sie einen Verein, dessen Bilanzen für Undurchschaubarkeit berüchtigt sind. Geld wandert von einer Tochtergesellschaft zur anderen, um dort aufzutauchen, wo es gerade gebraucht wird. Wie geht das zusammen?**

Gar nicht! Und deshalb haben wir das bei Schalke komplett abgestellt und auch hier – wie bei unserem Fleischbetrieb – Transparenz eingeführt. Es stimmt, dass wir als Aufsichtsrat eine Entwicklung bei den Tochtergesellschaften mit getragen haben, die dazu führte, dass das ganze Konstrukt Schalke aus heutiger Sicht zu sehr verschachtelt war.

**Warum?**

Wir wollten uns eine Zeit lang wie ein Konzern aufstellen und hatten alle möglichen Ideen. Wir überlegten, eine eigene Softwaregesellschaft zu gründen, die Eintrittssysteme für die gesamte Liga entwickelte. Wir wollten den Catering-Bereich multiplizieren und andere Dinge mehr. Wir waren davon ein wenig verzaubert. Aber in der Praxis ist nichts passiert. Am Ende haben diese Gesellschaften zwar existiert, lebten aber von dem Umsatz, den Schalke machte. Das konnte nicht klappen. Also haben wir es geändert.

**Vor zwei Jahren hatte Schalke angeblich 260 Millionen Euro Schulden, der Verein stand auf der Kippe.**

Da geisterten viele verschiedene Zahlen durch die Welt, die meisten waren falsch. Aber das war der Zeitpunkt, zu dem ich richtig eingestiegen bin. Zusammen mit Geschäftsführer Peter Peters haben wir den Verein neu strukturiert. Wir haben Stück für Stück die Peripherie bereinigt.

**Was meinen Sie damit?**

Wir haben uns von allen möglichen Geldgebern getrennt, die uns in Wahrheit nur gemolken haben.

**Darunter war auch Stephen Schechter, jener 2002 als Heilsbringer gefeierte Londoner Finanzier, der Schalke 85 Millionen Euro verschaffte, als Gegenleistung sich jedoch die Zuschauereinnahmen der nächsten 25 Jahre überschreiben ließ?**

Die 85-Millionen-Euro-Anleihe war ein genialer Schachzug des damaligen Präsidenten Josef Schnusenberg. Denn kurz zuvor war die Münchner Kirch-Gruppe pleitegegangen, damit brachen der Liga Millioneneinnahmen aus dem Verkauf der Fernsehrechte weg. Wir mussten reagieren, brauchten liquide Mittel. Da kam Schechter gerade recht. Aber im Laufe der Zeit hat er immer stärker versucht, in den Verein hineinzuregieren. Er wollte bestimmen, wer im Management sitzt und wer nicht. Das geht nicht. Dann kamen plötzlich irgendwelche Zahlen an die Öffentlichkeit, die den Verein in einem ganz schlechten Licht stehen lassen sollten.

**Was haben Sie daraufhin gemacht?**

Wir saßen bei mir zu Hause im Wohnzimmer, und ich habe ihm gesagt: Da du ja offenbar so schlecht über Schalke denkst – was gibst du uns für einen Discount auf deine Forderung?

**...der FC Schalke stand zu dem Zeitpunkt wegen der Anleihe noch immer mit 65 Millionen Euro bei Schechter in der Kreide...**

Am Ende haben wir es so gemacht, wie ich es vorgeschlagen hatte. Schechter war Vergangenheit. Dann haben wir angefangen, die Finanzierung umzustrukturieren, zu vernünftigen Zinsen, nicht wie vorher acht Prozent, sondern zu marktüblichen, wie sich das gehört.

**Offiziell hieß es damals, eine nicht genannte Bank habe das Geld bereitgestellt. Warum haben Sie bis heute geheim gehalten, dass Sie persönlich Schechter ausbezahlt hatten?**

Wir machen Fleisch und keinen Fußball. Ich will jeden Verdacht vermeiden, irgendetwas außerhalb meiner Verantwortung als Aufsichtsratschef beeinflussen zu wollen. Wir haben das auch alles sauber abgewickelt. Das war mir wichtig, denn Schalke gehört zu meinem Leben: erst die Familie, dann die Firma, dann direkt Schalke.

**Was hat Ihre Stütze Schalke gebracht?**

Wir haben den Schuldenstand um mehr als 35 Millionen Euro reduziert und liegen heute einen schönen Tacken unter 200 Millionen Euro, bei einem deutlich gestiegenen Umsatz von rund 180 Millionen Euro. Der Verein bedient alle seine Verpflichtungen korrekt und pünktlich. Mein Ziel ist es, mit der letzten Rate für den Stadionkredit, der 2017 fällig wird, den Laden top aufgestellt zu haben.

**Schalke hat Fans in der ganzen Republik. Warum machen Sie nicht mehr daraus?**

Wir haben 105 000 Mitglieder und bundesweit 6,5 Millionen Fans und Sympathisanten. Das sind sogar mehr als bei den Bayern. Unsere Fans sind etwas ganz Besonderes. Denn Bayern-Anhänger sein, das ist leicht, immer jubeln und auf der Gewinnerseite stehen. Schalker dagegen wird man nur, wenn man jubeln und leiden kann. (lacht)

**Können Sie diesen leidensfähigen Fans nicht mehr Fanartikel verkaufen?**

Beim Merchandising sind wir auf einem sehr guten Weg, uns nachhaltig auf Platz zwei zu schießen hinter den Bayern. Wir wollen hier erhebliche Mehreinnahmen generieren. 2010 haben wir mit Trikots, Schals und Bettwäsche 12,5 Millionen Euro umgesetzt, bis 2015 wollen wir das auf 20 Millionen steigern. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass wir in einem ganz anderen wirtschaftlichen Umfeld sind als etwa die Bayern.

**Mit dem russischen Staatskonzern Gazprom haben Sie einen potenten Geldgeber. Ist das Ende der Fahnenstange bei Marketing und Trikotwerbung erreicht?**

Wir wollen unsere Marketingeinnahmen in den kommenden fünf Jahren mindestens verdoppeln. Dazu werden wir auch das Stadion umgestalten und die Laufbanden verändern. Wir wollen eine optische Neugestaltung, um Sponsoren anders präsentieren zu können. Dann haben wir noch einiges Potenzial.

**Derzeit läuft der Verkaufsprozess für die TV-Rechte von der Saison 2013/14 bis 2016/17. Zurzeit kassiert die Liga 412 Millionen Euro pro Spielzeit. Wie viel mehr muss nun dabei herausspringen?**

Wir zielen auf einen ordentlichen Aufschlag. Das steht uns zu. Wir sehen hier einen Hebel, um die Einnahmesituation zu verbessern, ohne allerdings jetzt schon eine konkrete Zahl nennen zu wollen.

**Könnten Sie den Schalke-Fans vermitteln, dass die Bundesliga womöglich bald nicht mehr im Fernsehen in der Sportschau, sondern im Internet zu sehen sein wird?**

Das ist ein schwieriger Punkt. Denn genau die Fans, die sich darüber beschweren, dass das Bier in der Arena jetzt 3,00 Euro kostet statt vorher 2,80 Euro, sind oft diejenigen, die fragen: Warum haben wir eigentlich keinen Cristiano Ronaldo. Das ist so widersprüchlich, dem kann man kaum gerecht werden. Das sehe ich auch an mir selbst. Einerseits gucke ich gefühlt seit 50 Jahren „Sportschau“ und fände es einen Jammer, wenn die den Bach runterginge. Andererseits könne wir uns aus Romantik nicht neuen Einnahmequellen verschließen, die es uns ermöglichen würden, kräftig in die Mannschaft zu investieren. Wenn es ein interessantes Angebot für die TV-Rechte gibt, werden wir das tun. Ende.

[Geflügel](http://www.agrarheute.com/ah-gefluegel) | 30.12.2013 [Redaktion agrarheute.com](http://www.agrarheute.com/)

**Geflügelfleischexport der Ukraine in die EU angelaufen**

Kiew - Der größte Geflügelproduzent der Ukraine, die Agroholding Mironowskij ChleboProdukt (MChP), hat Ende Oktober mit dem Export von Geflügelfleisch in die Europäische Union begonnen.

Zum Start wurden 430 Kilogramm Gänseleber nach Ungarn geliefert.

Anfang Dezember wurde von MChP eine "erste Partie" von Geflügelfleisch in die Niederlande verkauft; dabei handelte es sich um 18,5 Tonnen tiefgefrorene Schlachtkörper. Firmensprecherin Anastasia Sobotjuk kündigte Mitte Dezember gegenüber der Agentur ukragroconsult.com weitere Geflügelfleischlieferungen in Mitgliedsländer der EU an.

Ein "Low-Profit-Geschäft"

MChP ist eine der drei ukrainischen Geflügelfleischverarbeiter, die eine Genehmigung zur Ausfuhr in die Gemeinschaft erhalten haben. Die Firma exportierte in den ersten neun Monaten dieses Jahres insgesamt 84.800 Tonnen Geflügel, überwiegend nach Saudi-Arabien und Syrien. Neben Geflügelfleisch bietet die Holding im Inland auch Rindfleisch und Wurstwaren an. Aufgrund der hohen Einfuhrzölle sei der Geflügelexport in die EU im Vergleich zu anderen Auslandsmärkten ein "Low-Profit-Geschäft", verlautete es aus der Unternehmensleitung von MChP.

EU-Abkommen mit der Ukraine?

Unterdessen pries der Kiewer Landwirtschaftsminister Nikolai Prisjashnjuk den Zugang der Geflügelfleischerzeuger beziehungsweise -verarbeiter zum EU-Markt erneut als eine der wichtigsten "Errungenschaften" in diesem Jahr für die ukrainische Fleischbranche.

Schätzungen zufolge könnte die Ukraine im Fall, dass es doch noch zu einem Abschluss eines Freihandelsabkommens mit der EU kommt, jährlich rund 20.000 Tonnen gekühltes und 20.000 Tonnen gefrorenes Geflügelfleisch in die Gemeinschaft liefern.

AgE

**Das Wochenblatt**

**Größte Sojaverarbeitungsfabrik des Landes eingeweiht**

Von **Jan Päßler** am 21.Dez.2013



Villeta: Am gestrigen Freitag wurde der agrarindustrielle Komplex Angostura S.A. (Caiasa) nahe der Stadt eingeweiht, der 20% des in Paraguay produzierten Sojas zu verarbeiten vermag. Bei der Feier der 200 Millionen US-Dollar Investition war neben Präsident Cartes auch die Minister für Industrie, Finanzen und Landwirtschaft zugegen.

Der Geschäftsführer der Verarbeitungsanlage erklärte, dass täglich 4.000 t Soja zu Mehl, Öl und Pellets für Tiernahrung verarbeitet werden können. Durch die strategische Lage ist der Abtransport ebenso gesichert. Außerdem sagte er, dass noch vor 2050 die Weltbevölkerung auf 9 Milliarden Menschen ansteigen wird, was eine größere Menge an Lebensmitteln nötig macht. Die Welt braucht das Paraguay noch mehr Lebensmittel produziert.

Die Fabrik stellt direkt 200 Personen an, indirekt profitieren jedoch 2.000 Menschen von der Installation. Nach der Eröffnungsrede wurde mit den eingeladenen Gästen das Gelände abgelaufen, was 34 km von der Hauptstadt am besagten Rio Paraguay liegt.

(Wochenblatt / Última Hora)

**Ähnliche Beiträge:**

* [Dreyfus und Bunge investieren in größte…](http://wochenblatt.cc/nachrichten/dreyfus-und-bunge-investieren-in-groste-sojaverarbeitungsanlage-des-landes/8855)
* [Größte Sojaölfabrik des Landes wird am kommenden Freitag…](http://wochenblatt.cc/nachrichten/groste-sojaolfabrik-des-landes-wird-am-kommenden-freitag-eroffnet/17407)
* [Sojaexport steigt um 73% und Monsanto betitelt Paraguay als…](http://wochenblatt.cc/nachrichten/sojaexport-steigt-um-73-und-monsanto-betitelt-paraguay-als-wichtig/19717)
* [Sojariese Los Grobo möchte sich auch in Paraguay ausbreiten](http://wochenblatt.cc/nachrichten/sojariese-los-grobo-mochte-sich-auch-in-paraguay-ausbreiten/8050)
* [Ein Flughafen in Villeta, mehr als nur eine Idee](http://wochenblatt.cc/nachrichten/ein-flughafen-in-villeta-mehr-als-nur-eine-idee/21023)

**NOZ**

*Unternehmer in Haft*

**Lohne: Millionenbetrug mit Werkverträgen?**

*Vom 29.12.2013, 14:39 Uhr   
Dirk Fisser*

Osnabrück. Erst Razzia, dann Festnahme: Ein Fleischunternehmer aus Lohne im Landkreis Vechta musste Weihnachten im Gefängnis verbringen, weil er mit Werkverträgen die Sozialversicherung um mindestens 3,3 Millionen Euro betrogen haben soll. Die Ermittler vom Zoll gehen davon aus, dass die Schadenssumme noch wesentlich höher ausfällt. Sein Auftraggeber – der Sprehe-Konzern – hat von Unregelmäßigkeiten angeblich nichts bemerkt.

Am 16. Dezember klingelten die Beamten mit dem Haftbefehl. Der Niedersachse und sein Vorarbeiter wurden „wegen des dringenden Tatverdachts des Sozialversicherungsbetruges festgenommen“, teilte das Hauptzollamt Münster mit. Drei Monate zuvor hatten die Zöllner an mehreren Standorten in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Baden-Württemberg Unterlagen sichergestellt – unter anderem auch beim Unternehmen „Fine Food“ aus Emsdetten im Kreis Steinfurt.

Der Betrieb gehört zum weitverzweigten [Netz des Sprehe-Konzerns](http://www.sprehe.de/) . Hauptsitz ist Cappeln im Landkreis Cloppenburg, aber auch im emsländischen Lorup wird produziert. Am Standort Emsdetten werden Puten zerlegt. Dafür setzt die Sprehe-Tochter – der Konzern ist einer der großen Geflügelfleischproduzenten in Deutschland – auf einen Werkvertrags-Unternehmer. Und der sitzt jetzt in Untersuchungshaft.

Nach Mitteilung des Zolls ließ der Mann aus Lohne am Standort Emsdetten 250 Ost- und Südosteuropäer arbeiten. Die Werkvertragler seien über mehrere Jahre nicht kranken- oder rentenversichert gewesen, sagte eine Zoll-Sprecherin unserer Zeitung. In einem komplizierten Geflecht an Subunternehmen seien sie teilweise als Ein-Mann-Unternehmer scheinselbstständig in der Zerlegung tätig gewesen. Für ihre Arbeit hätten sie nach jetzigem Stand der Ermittlungen netto fünf bis acht Euro in der Stunde erhalten.

3,3 Millionen Euro – so hoch taxieren die Ermittler die Schadenssummer bislang. Doch sie gehen davon aus, dass der Betrag noch steigt. „Wir haben erst die vergangenen beiden Jahre durchleuchtet. Der Rest folgt noch“, so die Sprecherin. Der Unternehmer und sein Vorarbeiter sitzen derweil weiter in Untersuchungshaft.

Die Sprehe-Gruppe selbst will von all dem nichts gewusst haben. „Uns war nicht bekannt, wie dieser Vertragspartner seine Leistung organisiert und dabei mit Subunternehmern arbeitet“, erklärt ein Sprecher auf Nachfrage unserer Zeitung. „Genau so wenig ist uns bekannt, in welcher Höhe dort Löhne gezahlt worden sind.“ Vertragsgegenstand zwischen Sprehe und Subunternehmer sei die Zerlegung, abgerechnet werde „nach Gewicht oder Stückzahl“.

In einer Stellungnahme im Herbst hatte die Sprehe-Gruppe ihrem Subunternehmer zunächst noch den Rücken gestärkt: „Wir haben keinen Anlass zu der Annahme, dass dort Arbeitnehmer zu unangemessenen Arbeitsbedingungen eingesetzt wurden“, zitierte die „ [Emsdettener Volkszeitung](http://www.grevenerzeitung.de/staedte/emsdetten/Schwarzarbeit-in-Fleischerei-Zoll-nimmt-Fine-Food-Unternehmer-fest;art954,2227187) “ denselben Konzernsprecher.

Jetzt stehen die Zeichen auf Wechsel: Ein zeitnaher Austausch des Subunternehmens in der Zerlegung sei „höchstwahrscheinlich“. Was das wiederum für Auswirkungen auf die 250 Mitarbeiter des festgenommenen Fleischunternehmers hat, sei unklar. Im schlimmsten Fall stehen sie ohne Arbeit da.

Es ist nicht das erste Mal, dass Sprehe Ärger mit dem Vertragspartner bei „Fine Food“ hat. In den vergangenen Monaten hatten sich [Beschwerden über die Unterbringung](http://www.muensterschezeitung.de/staedte/kreis_steinfurt/Arbeitsbedingungen-in-Fleischindustrie-Moderne-Sklaverei;art15703,2050373) der Arbeiter in Emsdetten gehäuft. Dabei wurden katastrophale Bedingungen angeprangert, unter denen die Ost- und Südosteuropäer arbeiten sollen. Sprehe hatte dabei stets auf den jetzt inhaftierten Subunternehmer verwiesen. Die Verantwortung liege bei ihm.

[Nach Unternehmensangaben](http://www.sprehe.de/de/sprehe-gruppe/historie/) hat Sprehe den Konkurrenten „Fine Food“ im Jahr 2004 übernommen. Neben dem Stammsitz in Westfalen ging damit auch ein Werk in Wittenburg, Mecklenburg-Vorpommern an Sprehe über. Die Zeichen stehen auf Wachstum: Im Oktober 2012 wurde das Werk im Osten für 20 Millionen Euro erweitert- drei Millionen Euro steuerte das [Wirtschaftsministerium Mecklenburg-Vorpommern](http://www.regierung-mv.de/cms2/Regierungsportal_prod/Regierungsportal/de/wm/_Service/Presse/Aktuelle_Pressemitteilungen/index.jsp?&pid=36211) aus europäischen Fördertöpfen als Subvention bei.

Bundesweit arbeiten für Sprehe nach offiziellen Angaben 2500 Menschen. Die Gruppe – unter dem Dach der Union Besitz Holding – erzielt mit Geflügel-, Schweine-, und Rindfleischprodukten einen Umsatz von etwa 650 Millionen Euro im Jahr.

**TOP AGRAR ONLINE**

**Weltweite Schweineerzeugung wuchs in 2013**

31.12.2013, von Regina Kremling

Mit einer wachsenden globalen **Nachfrage** nach Fleisch steigen auch die Produktion und der Verbrauch von Schweinefleisch. Die weltweite Erzeugung von Schweinefleisch wird von der FAO für 2013 auf 114,6 Mio. Tonnen geschätzt. Das sind laut aktuellem DBV-Situationsbericht gegenüber dem Vorjahr 1,7 % mehr. Das **Wachstum** wird von den Entwicklungs- und Schwellenländern getragen. In den Industrieländern dagegen ist die Erzeugung leicht rückläufig.

**Triebfeder China**

Auf etwa 1,3 % schätzt das USDA das globale Wachstum der Schweinefleischerzeugung für 2014. Angetrieben wird diese Entwicklung vor allem von **China**, auf das fast zwei Drittel der erwarteten Mehrerzeugung entfallen. In China wird fast die Hälfte des Schweinefleisches der Welt erzeugt. Aber auch in den USA, Brasilien und Russland fallen die Zuwachsraten relativ hoch aus. Demgegenüber wird für die **EU** mit einer gegenüber 2013 nahezu unveränderten Erzeugung gerechnet.

**Weniger Schwanzbeißen dank elektronischer Managementhilfe?**

30.12.2013, von Regina Kremling

**Schwanzbeißen** bei Schweinen kann zig verschiedene Ursachen haben. Deshalb bekommt man das Problem auch so schwer in den Griff. Um die Suche nach den Auslösern zu erleichtern, hat das Institut für Tierschutz und Tierhaltung des Friedrich-Loeffler-Instituts in Celle eine **Software-gestützte Managementhilfe** entwickelt – das sogenannte Schwanzbeiß-Interventions-Programm, kurz SchwIP. Die Forscher haben das Programm bislang in 213 konventionellen Mastbetrieben erprobt. Welche Ergebnisse sie erzielt haben und wo die Risikofaktoren für das Schwanzbeißen liegen, erfahren Sie in der aktuellen top agrar ab Seite S 16.

Den Beitrag können Sie auch hier herunterladen:  
[Nicht zum Anbeißen!](http://www.topagrar.com/archiv/Nicht-zum-Anbeissen-1315737.html?redirect=%2Fsuche.html%3Ffilter_print%3D1%26filter_online%3D1%26sortierung%3D0%26action%3Dsuche%26s_text%3D%2522Nicht%2Bzum%2BAnbei%25C3%259Fen%2522)

**Rüsselklammern und -ringe für Schweine verboten**

30.12.2013, von Regina Kremling

Wie ihre Artgenossen, die Wildschweine, wühlen auch Hausschweine gerne in der Erde. Wenn sie auf der Weide gehalten werden, führt der Wühltrieb oft dazu, dass die Weide von den Schweinen zum Acker verwandelt wird. Um diesem Risiko zu begegnen, wurden den Schweinen bislang bei Freilandhaltung oft **Nasenringe** oder **Klammern** eingezogen. Wie der Zentralverband der deutschen Schweineproduktion (ZDS) berichtet, hat das Bundeslandwirtschaftsministeriums in einer Stellungnahme jetzt darauf hingewiesen, dass diese Vorsorgemaßnahme nach dem Tierschutzgesetz verboten ist, da sie Schmerzen verursacht und nicht dem Schutz der Tiere dient. Von diesem Verbot dürfte in erster Linie die ökologische Landwirtschaft betroffen sein, da die Schweine dort im Freien gehalten werden.

**Krüsken: Landwirtschaft hat bei Tierwohl ihre Hausaufgaben gemacht**

30.12.2013, von Agra Europe / Christian Brüggemann

* [4](http://www.topagrar.com/news/Home-top-News-Kruesken-Landwirtschaft-hat-bei-Tierwohl-ihre-Hausaufgaben-gemacht-1318719.html#respond)

Verstärkte Anstrengungen innerhalb der Wertschöpfungskette zur Umsetzung der Tierwohl-Initiative hat der Generalsekretär des Deutschen Bauernverbandes (DBV), Bernhard Krüsken, angemahnt. „Die Landwirtschaft hat ihre Hausaufgaben gemacht“, so Krüsken. Er sieht jetzt den Lebensmittelhandel gefordert, sein Bekenntnis umzusetzen. Gleichzeitig räumte Krüsken Schwierigkeiten bei der Realisierung ein. Der Teufel stecke auch hier im Detail, so dass die ursprünglichen zeitlichen Vorstellungen nicht zu halten seien. Der DBV-Generalsekretär geht davon aus, dass bis Mitte nächsten Jahres die ersten Tierwohl-Betriebe zertifiziert sein werden. Spätestens Ende 2014 könnten dann die ersten Produkte in den Läden sein. Deren möglichen Marktanteil veranschlagt Krüsken auf 20 % bis 30 %. Für die Landwirtschaft bestehe mit der Tierwohl-Initiative die Chance, den gesellschaftlichen Erwartungen an die Tierhaltung näher zu kommen und gleichzeitig die Wirtschaftlichkeit der tierischen Erzeugung zu sichern. Gelingt das nicht, befürchtet Krüsken eine Verschärfung des Ordnungsrechts und damit letzten Endes eine Abwanderung der Produktion aus Deutschland. Gefordert sieht er beim Thema „Tierwohl“ in erster Linie die Wirtschaft. Aufgabe der Politik sei es, „die von uns mit angestoßene Initiative zu unterstützen“, betonte der Generalsekretär. Seiner Einschätzung nach wird die Debatte um die landwirtschaftliche Tierhaltung eines der vorrangigen Themen für den Bauernverband im neuen Jahr sein. An Bedeutung gewinnen werde jedoch eine zunehmend kritische Diskussion um den Ackerbau und hier besonders um den Pflanzenschutz. „Wir stellen unsere Kommunikation darauf ein“, kündigte der DBV-Generalsekretär an.

**Bestandteil der unternehmerischen Tätigkeit**

„Wir sind dabei, unsere Öffentlichkeitsarbeit nach innen und außen zu modernisieren“, erläuterte Krüsken. Ziel müsse es sein, dass sich der Verband in der Kommunikation breiter aufstelle und alle Kanäle nutze. Das reiche von der klassischen Pressemitteilung bis zu den Möglichkeiten, die die sozialen Medien bieten würden. Im Mittelpunkt der Kommunikation stehe der landwirtschaftliche Unternehmer. „Wir müssen erreichen, dass jeder Landwirt die Öffentlichkeitsarbeit als wichtigen Bestandteil seiner unternehmerischen Tätigkeit begreift“, erklärte der 50-Jährige Diplomagraringenieur, der Anfang September 2013 die Nachfolge von Dr. HelmutB o r n  an der Spitze der DBV-Geschäftsstelle übernommen hatte. Gesellschaftliche Fragen im Bereich des Tier- und Umweltschutzes, der Lebensmittelsicherheit oder insgesamt der Akzeptanz moderner Landwirtschaft brauchen seiner Auffassung nach neue Antworten in der Öffentlichkeitsarbeit. Zwar will Krüsken „nicht ganz ausschließen“, dass der Bauernverband auch in Zukunft noch einmal zu einer Demonstration aufruft. Allerdings würden die Themen, die sich dafür eignen, deutlich weniger. Wichtiger sei, dass der einzelne Landwirt „sprechfähig“ sei. Dazu gehöre, „dass wir den einzeln Landwirt bei seiner Kommunikation unterstützen und gleichzeitig kampagnenfähiger werden.“ Mit der Internetplattform www.meine-bauernfamilie.de habe der DBV hierzu einen vielversprechenden Ansatz entwickelt. In dieser Richtung werde man weiter arbeiten. Der Generalsekretär betonte zugleich die Notwendigkeit, die Öffentlichkeitsarbeit innerhalb des Agribusiness bei einigen grundlegenden Themen stärker zu bündeln, ohne dafür gleich eine neue Plattform oder Institution aufzubauen. „Wir brauchen Vieles, aber bestimmt nicht noch einen Club“, stellte Krüsken fest.

**Bestandsgrenzen faktisch vorhanden**

Zurückhaltend äußerte sich Krüsken zur gegenwärtigen Agrarstrukturdiskussion. Der Forderung nach politischen Bestandsobergrenzen in der Tierhaltung erteilte er eine Absage. Durch geltende Vorgaben etwa im Emissionsrecht und im Düngerecht seien dem Größenwachstum der Tierhaltungsanlagen de facto Grenzen gesetzt. Auch für die Frage der Akzeptanz von Stallbauvorhaben spiele die Bestandsgröße eine wichtige Rolle. Gemeinsam mit den Landesbauernverbänden sehe der DBV seine Aufgabe nicht zuletzt darin, den Landwirten Hilfestellung bei Stallbauvorhaben zu geben. Dabei spiele der Umgang mit einer sensiblen Öffentlichkeit eine wichtige Rolle. Gleichzeitig setze sich der Bauernverband mit Nachdruck dafür ein, dass der Rechtsrahmen auch in Zukunft Investitionen in die Tierhaltung zulasse.

**Leitbild weiterentwickeln**

Mit seinem Leitbild „Tierhaltung“ hat der Bauernverband laut Krüsken einen wichtigen Schritt für eine gesellschaftlich akzeptierte Tierhaltung getan. Ein Leitbild sei aber „nicht in Stein gemeißelt“, sondern müsse stetig weiterentwickelt werden. „Daran arbeiten wir“, sagte der Generalsekretär. Intensiv beschäftigen werde den Bauernverband in den kommenden Monaten die Diskussion um nicht-landwirtschaftliche Investoren. Krüsken warnte in diesem Zusammenhang vor überzogenen Erwartungen: „Es gibt keine einfachen Antworten auf eine sehr komplexe Fragestellung.“ Zunächst werde der DBV eine verbandspolitische Position für etwaige Anpassungen der rechtlichen Rahmenbedingungen auf dem landwirtschaftlichen Bodenmarkt erarbeiten. Auch hier müsse man sorgfältig abwägen zwischen dem Wünschenswerten und dem Machbaren. Küsken: „Meine Erwartungen an den Nutzen staatlicher Eingriffe in den Bodenmarkt sind begrenzt.“

**Dialogbereitschaft gegenüber anderen Verbänden**

Krüsken versteht sich nach seinen Worten als „Teamspieler, der regelmäßig in die Rolle des Coaches schlüpft.“ In der Vergangenheit sei die Arbeit in der DBV-Geschäftsstelle sehr auf den Generalsekretär zugeschnitten gewesen. Diese Fokussierung auf eine Person könne manchmal sinnvoll sein, berge aber die Gefahr, „dass Potentiale ungenutzt bleiben.“ „Wir haben hervorragende Fachleute hier in der Geschäftsstelle, die ihre Arbeit verantwortlich und mit Sachverstand machen und machen sollen“, unterstrich der Generalsekretär. Er selbst lege Wert auf Kollegialität, behalte sich aber das letzte Wort vor. Ein wesentlicher Faktor für den Erfolg der Arbeit des Verbandes sei dessen feste Verankerung in der Basis. Darauf werde man auch in Zukunft großen Wert legen. Offen zeigte sich Krüsken gegenüber dem Gespräch mit anderen Nichtregierungsorganisationen: „Wir sind zum Dialog auch mit kritischen Verbänden im Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutz bereit und suchen das Gespräch.“ Voraussetzung sei allerdings eine Auseinandersetzung auf sachlichem Niveau. „Polemik und Effekthascherei sind für uns keine Gesprächbasis“, stellte Krüsken klar. AgE

**Über ein Drittel der Flächen werden mit Gülle gedüngt**

01.01.2014, von Alfons Deter

Neben der mineralischen Düngung hat in Deutschland der Einsatz von Wirtschaftsdüngern wie Gülle, Festmist und Jauche eine große Bedeutung. So wurde die in Vieh haltenden Betrieben anfallende Gülle meist auch in diesen Betrieben zur Düngung genutzt: 126.700 Betriebe gaben 2010 an, dass sie in den letzten zwölf Monaten ihre Felder mit Gülle gedüngt hatten, heißt es dazu im [Situationsbericht](http://www.topagrar.com/DBV-Situationsbericht_-1010115.html) des DBV.

Gut ein Drittel (5,9 Mio. ha) der landwirtschaftlich genutzten Fläche wurde mindestens einmal mit Gülle gedüngt. Darüber hinaus wird Gülle auch von viehlosen Betrieben ausgebracht. Knapp 7.500 Betriebe übernahmen Gülle und düngten damit Flächen von 325.800 ha.

**43 % der Gülle wird innerhalb von vier Stunden eingearbeitet**

Die Ausbringung von Gülle auf landwirtschaftlichen Flächen verursacht Ammoniakemissionen. Diese können durch eine zügige Einarbeitung in den Boden deutlich reduziert werden. Auf 43 % der Flächen geschah dies 2010 innerhalb von vier Stunden nach Ausbringung. In Betrieben mit großen Viehbeständen von 200 und mehr Großvieheinheiten wurde die Gülle häufiger in dieser Frist eingearbeitet (54 % der gedüngten Flächen). Der schnellen Einarbeitung stehen häufig betriebliche bzw. arbeitswirtschaftliche Zwänge entgegen.

In 122.700 Betrieben sind Lagerkapazitäten für Gülle vorhanden. Zusammen können hier 128,9 Mio. Kubikmeter Gülle gelagert werden, der überwiegende Teil (94 %) davon in speziellen Güllebehältern. Zu 6 % werden Erdlager (Güllelagunen) verwendet. Eine Abdeckung der Güllelager trägt zur Verminderung von Emissionen bei. Die Betriebe geben an, dass ihre Güllelager überwiegend abgedeckt sind. Im Vordergrund stehen Abdeckungen und Schwimmdecken, mit denen zusammen etwa 86 % aller Gülle-Lager abgedeckt werden.

**Knapp 2,5 Mio. ha werden mit Mist gedüngt**

Festmist wird von 154.500 Vieh haltenden und 5.400 viehlosen Betrieben ausgebracht. Die damit gedüngte Fläche umfasst knapp 2,5 Mio. ha LF. Auf 714.300 ha wird der Festmist innerhalb von vier Stunden nach Ausbringung eingearbeitet. Auch hier geben große Betriebe mit Tierhaltung häufiger an, den Festmist im Zeitraum von vier Stunden nach Ausbringung einzuarbeiten.

Lager für Festmist hatten gemäß der Erhebung 144.100 Betriebe. Diese verfügten über eine Lagerfläche von 21,7 Mio. Quadratmetern. Festmist wird üblicherweise im Freien gelagert. 9 % der Betriebe gaben an, Festmist mit einer Abdeckung lagern zu können. In 60.300 Betrieben gibt es zusätzlich die Möglichkeit, 13,0 Mio. Kubikmeter Jauche zu lagern. *Weitere Fakten zur deutschen Landwirtschaft auf unserer* [*Themenseite...*](http://www.topagrar.com/DBV-Situationsbericht_-1010115.html)

**Grafiken**

* [[](http://www.topagrar.com/news/Home-top-News-Ueber-ein-Drittel-der-Flaechen-werden-mit-Guelle-geduengt-bildergalerie-1310361.html)](http://www.topagrar.com/news/Home-top-News-Ueber-ein-Drittel-der-Flaechen-werden-mit-Guelle-geduengt-bildergalerie-1310361.html" \o "Fotostrecke öffnen)
* [[](http://www.topagrar.com/news/Home-top-News-Ueber-ein-Drittel-der-Flaechen-werden-mit-Guelle-geduengt-bildergalerie-1310361.html)](http://www.topagrar.com/news/Home-top-News-Ueber-ein-Drittel-der-Flaechen-werden-mit-Guelle-geduengt-bildergalerie-1310361.html" \o "Fotostrecke öffnen)
* [[](http://www.topagrar.com/news/Home-top-News-Ueber-ein-Drittel-der-Flaechen-werden-mit-Guelle-geduengt-bildergalerie-1310361.html)](http://www.topagrar.com/news/Home-top-News-Ueber-ein-Drittel-der-Flaechen-werden-mit-Guelle-geduengt-bildergalerie-1310361.html" \o "Fotostrecke öffnen)

[Fotostrecke mit 3 Bildern](http://www.topagrar.com/news/Home-top-News-Ueber-ein-Drittel-der-Flaechen-werden-mit-Guelle-geduengt-bildergalerie-1310361.html" \o "Fotostrecke öffnen)

**DLG-Wintertagung zum Weltagrarhandel**

01.01.2014, von Alfons Deter

Der Weltagrarhandel entwickelt sich dynamisch. Die steigende Nachfrage nach Agrarprodukten in den Entwicklungs- und Schwellenländern führt zu wachsenden Handelsströmen zwischen diesen Ländern und den globalen Gunststandorten der Agrarproduktion.

Landwirte in Deutschland profitieren vom wachsenden Handelsvolumen mit Drittstaaten. Durch die weiter fortschreitende Liberalisierung der Agrarmärkte und neue Handelsvereinbarungen verändert sich das wirtschaftliche Umfeld für Landwirte weltweit. Dies stellt neue Anforderungen an die Strategien der Betriebe und wirft die Frage auf, welche Auswirkungen neue Handelsbeziehungen auf den Sektor und die Betriebe haben.

Der globale Agrarhandel stößt jedoch auch auf gesellschaftliche Kritik, mit der sich der Sektor, aber auch der einzelne Landwirt auseinandersetzen muss. Die Zukunft des Weltagrarhandels sowie dessen Nutzen und Bedeutung für Landwirte stehen im Zentrum der vom 13. bis 15. Januar 2014 in München stattfindenden DLG-Wintertagung.

**Zahlreiche Redner bei Vortragsveranstaltung**

Höhepunkt wird die große Vortragstagung zum Thema „Weltagrarhandel – Wer profitiert? Wer verliert?“ am Mittwoch, dem 15. Januar 2014, sein. Nach der Begrüßung von DLG-Präsident Carl-Albrecht Bartmer geht Prof. Dr. Joachim von Braun von der Universität Bonn auf die Treiber des Weltagrarhandels, auf Probleme und Chancen sowie auf Trends bei Handelsströmen ein. Darüber hinaus zeigt er die Rolle des Weltagrarhandels für eine effiziente und nachhaltige Landwirtschaft und Ernährungssicherung auf.

Prof. Dr. Martina Brockmeier von der Universität Hohenheim analysiert die Wirkungen der EU-US-Freihandelszone auf die Landwirtschaft in der EU und in den USA. Zudem beschreibt sie die Bedeutung der Freihandelszone für die Landwirtschaft in den Entwicklungsländern.

DLG-Vorstandsmitglied Philipp Schulze-Esking, Schweinehalter aus Billerbeck (Nordrhein-Westfalen), beschreibt die Perspektiven der Schweinehaltung im internationalen Wettbewerb. Er zeigt dabei die Bedeutung der Wertschöpfungsketten als Schlüssel zur Sicherung internationaler Absatzmärkte auf und geht auf Produktionsstandards im internationalen Handel aus Sicht der Erzeuger sowie auf die Wirkungen von Produktionsauflagen im Inland auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit ein.

Dr. Wolfgang Jamann, Generalsekretär der Deutschen Welthungerhilfe (Bonn), zeigt die Bedeutung der Landwirtschaft für die Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern auf, beschreibt Grundsätze eines fairen Agrarhandels und zeigt Perspektiven für Entwicklungsländer auf. Er geht zudem auf die Frage ein, ob der Weltagrarhandel Problem oder Problemlöser für die Sicherung der Welternährung ist.

Zur Frage der Ethik des Weltagrarhandels nimmt Prof. Dr. Ingo Pies von der Universität Halle-Wittenberg Stellung. Er geht auf die Wirkung der Spekulation und des Weltagrarhandels auf die Preisbildung von Agrarprodukten sowie auf die Verantwortung agrarischer Gunststandorte für die globale Ernährungssicherung und die Preisstabilität ein. Zudem analysiert er die Rolle von Märkten bei der Armutsbekämpfung.

DLG-Vizepräsident Helmut Ehlen, Landwirt aus Ahlerstedt (Niedersachsen), fasst die Ergebnisse zusammen. Die Moderation übernimmt Dr. Achim Schaffner, Fachgebietsleiter Ökonomie bei der DLG, und die Diskussion zu den Vorträgen leitet Dietrich Holler, Leiter Kommunikation bei der DLG. Die Veranstaltung findet im Saal 1 des Internationalen Congress Centers München (ICM) statt und beginnt um 9.00 Uhr.

[Anmeldung und Programm](http://www.etracker.de/lnkcnt.php?et=mjVFaK&url=http%3A%2F%2Fstatictypo3.dlg.org%2Ffileadmin%2Fdownloads%2Fveranstaltungen%2FProgramm_WT_2014.pdf&lnkname=Programm_WT_2014.pdf)

**EU-Tiergesundheitsrecht als „Katze im Sack“**

27.12.2013, von Alfons Deter

Auf europäischer Ebene wird zurzeit intensiv daran gearbeitet, rund 50 Richtlinien und Verordnungen zur Tiergesundheit und Seuchenbekämpfung in einer Verordnung zusammenzufassen. Aktuell befasst sich das EU-Parlament mit dem VO-Entwurf. Der Zentralverband der deutschen Schweineproduktion (ZDS) begleitet zusammen mit anderen Verbänden diese Arbeit, so ZDS-Geschäftsführer Dr. Jens Ingwersen in der Fachzeitschrift [SUS](http://www.susonline.de/).  
   
Das Problem: Die neue Verordnung gibt letztlich nur den Rahmen für ein neues Tiergesundheitsrecht vor. Einzelheiten sollen später in so genannten delegierten Rechtsakten geregelt werden. Allen Beteiligten – auch in den Ministerien der Mitgliedstaaten – bleibt also keine Wahl, als über die „Katz im Sack“ zu diskutieren, so Ingwersen. Hierbei ist seiner Meinung nach auch darauf zu achten, wie die Übersetzung aus dem Englischen in die deutsche Textfassung erfolgt. Ungenauigkeiten könnten gravierende Auswirkungen haben.  
   
Als Verordnung gilt das EU-Recht direkt in allen Mitgliedstaaten. Details können ohne eine formelle Anhörung der Mitgliedstaaten oder der Wirtschaft verabschiedet werden. Unbefriedigend sei auch, dass Vorgaben zur Seuchenbekämpfung enthalten sind, ohne die Finanzierung gesichert zu haben. Ein Beschluss des EU-Parlaments zu dieser Verordnung ist laut dem Fachmann im Frühjahr 2014 vorgesehen.

**USA führen Label „Ohne Wachstumsförderer“ ein**

27.12.2013, von Alfons Deter

Feedlot USA Das US-Landwirtschaftsministerium hat ein neues Fleisch-Label gestartet. Es zeichnet Schweinehalter aus, die Fleisch ohne den Einsatz von so genannten Beta-Agonisten produzieren. Dabei handelt es sich um Wachstumsförderer, wie z.B. Ractopamin, dessen Einsatz in den USA legal ist. Die Einhaltung der Vorgaben für das neue Label wird in den Betrieben mit einer regelmäßigen Qualitätskontrolle überprüft.  
   
Die USA hoffen, mithilfe dieses neuen Zertifikats wieder Zugang zu wichtigen Exportmärkten wie Russland, Südkorea, China oder Taiwan zu erhalten. Russland beispielsweise hatte 2012 seine Grenzen dicht gemacht, weil im Fleisch Ractopamin nachgewiesen worden war.

**Dänische Bauern unter dem Diktat der Banken**

25.12.2013, von Alfons Deter

Die Dänen haben mit anderen aber dann doch wieder ganz ähnlichen Problemen zu kämpfen. Die dänischen Banken halten ihre Schweinehalter weiterhin an der kurzen Leine. Es gibt kaum Betriebe, die weitere Wachstumsschritte planen. Diesen Eindruck hat die Junge ISN Anfang November auf ihrer Exkursion nach Dänemark gewonnen. Die Teilnehmer hatten u.a. die Möglichkeit, sieben Sauen- und Mastbetriebe zu besuchen und sich intensiv mit ihren dänischen Berufskollegen auszutauschen.  
   
Wer als junger Landwirt in Dänemark einen Betrieb übernehmen will, muss der Bank einen wasserdichten Geschäftsplan vorlegen und Erfahrungen als Anlagenleiter mit Top-Leistungen von 30 Ferkeln und mehr vorweisen. Den klassischen Weg des Vererbens eines Betriebes gibt es nicht. Stattdessen verkaufen die Betriebsleiter ihren Hof, um sich davon ihren Lebensabend zu finanzieren.  
   
Fehlt ein Hofnachfolger, vermittelt die Bank im Bedarfsfall den passenden Betriebsleiter und begleitet die Übergabe. Dies ist mittlerweile in rund 60 % der Generationswechsel der Fall.

Lesen Sie hier den [Bericht der Jungen ISN...](http://www.schweine.net/junge_isn_exkursion_nach_daenemark_die_banken_habe.html)

**07.11.2013[RSS Feed](http://www.schweine.net/cms/rss.php/bild_der_woche.xml)**

JUNGE ISN EXKURSION NACH DÄNEMARK: DIE BANKEN HABEN DAS WORT

[](http://www.schweine.net/images/gallery/exkursion_daenemark_2013/k800_gruppenbild_vor_den_carlsberger_elefanten_8575.jpg)

**Gruppenbild vor dem Wahrzeichen "Carlsberger Elefanten"**

**45 junge Schweinehalter machten mit Junge ISN-Referentin Jana Püttker eine Entdeckungsreise nach Dänemark. Die Dänen haben mit anderen aber dann doch wieder ganz ähnlichen Problemen zu kämpfen.**

Unter anderem besichtigte die Junge ISN in kleinen Gruppen insgesamt sieben Schweine haltende Betriebe. Vom Mäster mit 2.000 Plätzen, einem Vermehrungsbetrieb mit 440 Sauen bis zum Sauenhalter mit 1.100 Plätzen reichte die Bandbreite der Betriebe. Erstaunt waren die jungen deutschen Schweinehalter darüber, dass die wenigsten der besuchten Betriebe weitere Wachstumsschritte planen.

**800 Sauen im Durchschnitt**

Beim Lunch bei der Firma Breeders in Vojens hatten die Exkursionsteilnehmer viele Fragen dazu, wie junge Schweinehalter in Dänemark wirtschaften. Breeders ist aktuell größter lizenzierter Exporteur dänischer Genetik nach Deutschland.

Jan Lembke-Jensen, Geschäftsführer von Breeders, vermittelte einige interessante Fakten: Im Durchschnitt halten die dänischen Betriebe 800 Sauen und setzen 29,4 Ferkel/Sau/Jahr ab. Rund 60% der Betriebe werden beim Generationswechsel in Dänemark von der Bankvermittelt.

Denn anders als in Deutschland werden die Betriebe nicht vererbt, sondern verkauft. In Dänemark leben nämlich nicht mehrere Generationen unter einem Dach wie hierzulande. Die Betriebsleiter finanzieren sich ihren Lebensabend über den Verkauf des Betriebes.

**Banken haben großen Einfluss auf Zukunft der dänischen Schweineproduktion**

Aus vorher genanntem Grund verlangen die Banken von den jungen Landwirten, die einen Betrieb übernehmen möchten, einen tragfähigen Geschäftsplan sowie Leistungsnachweise. So muss der Interessent Erfahrungen und Top-Leistungen als leitender Angestellter eine Anlage nachweisen. Wer keine 29 bis 30 Ferkel absetzt, hat in Dänemark in den nächsten 5 Jahren keine Chance, erzählt Lembke-Jensen. Die Euphorie in die Schweinehaltung zu investieren, war in den vergangenen 10 Jahren deutlich größer. Ich glaube ein Drittel der Betriebe verdient Geld, ein Drittel der Betriebe schreiben eine schwarz Null und für das letzte Drittel werden die Banken in den nächsten 12 Monaten einen neuen Eigentümer finden, gab Lembke-Jensen einen Ausblick.

**Emissionsminderung durch Güllekühlung**

Des Weiteren besuchten die Exkursionsteilnehmer das Videncenter for Svineproduktion in Kopenhagen und lauschten dort einem Vortrag von Trine Vig Tamsdorf zum dänischen Zuchtprogramm DanAvl. Die dänische Genetik hat in den vergangenen Jahren Einzug in viele deutsche Sauenställe gehalten.

Frau Tamsdorf erklärte die Zuchtziele, den Aufbau des Zuchtprogramms und informierte die Junge ISN über die aktuellen Diskussionen in Dänemark. So probieren erste Betriebe die Güllekühlung aus, um Emissionen zu senken und es laufen erste Forschungsprojekte zur freien Abferkelung an.

Anschließend stellte sich die Firma Gesing Tierzucht vor, die seit diesem Jahr lizenzierter Vertreiber für die dänische Genetik in Deutschland sind und lud die Junge ISN zu einem gemütlichen Abendessen ein.

**Forscher erhalten kostenlos Bier**

Neben dem Fachlichen standen bei der Exkursion auch kulturelle Punkte auf dem Programm. Ein Stopp wurde in Kopenhagen gemacht, um die Carlsberger Brauerei zu besichtigen. Doch dies war keine übliche Führung zwischen den Gärkesseln. Vielmehr ging es um die Familiengeschichte und Entstehung der dänischen Großbrauerei mit über 500 Biersorten.

Einige junge Schweinehalter fühlten sich nach der Besichtigung motiviert doch eine Karriere als Forscher zu starten, denn für ausgewählte Wissenschaftler besteht die Möglichkeit kostenlos in der Carlsbergschen Villa zu leben, eine ausreichende Versorgung Bier mit inbegriffen. Obligatorisch war die Verköstigung einiger Produkte, wo viele zum Weihnachtsbier griffen.

**Faszination Christiania – Eine Stadt mit eigenen Regeln**

Darüber hinaus besuchte die Reisegruppe die Freistadt Christiania. Anfang der 70er Jahre wurde das Gebiet, das  aus ehemaligen Kasernen und Teilen der Stadtmauer besteht, sporadisch und unerlaubterweise von Obdachlosen bewohnt. Als Protest gegen die steigenden Wohnungspreise besetzten mehr und mehr Leute die leeren Kasernen. Christiania entwickelte sich schnell in Richtung Hippiebewegung, Hausbesetzer und Anarchie - ganz im Kontrast zu der vorherigen militärischen Nutzung des Geländes.

Letztlich einigten sich die Besetzer mit der Stadt und heute ist Christiania aus Sicht der dänischen Behörden eine staatlich geduldete autonome Kommune in der 900 Menschen leben und arbeiten. Die Freistadt entwickelte sich als Zufluchtsstätte für Obdachlosen und Arbeitslosen aber auch Studenten, Musiker, Künstler und Intellektuelle.

Die jungen Schweinehalter waren fasziniert von dem Lebenskonzepten, den bunten Häusern aus recyceltem Material und den Regeln, die unabhängig vom dänischen Staat entwickelt wurden. Unter anderem ist rennen nicht erlaubt.

**NWZ**

31.12.2013

**MEIN RÜCKBLICK**

Mutig auch an die Ränder gehen

Prälat Peter Kossen: Ein Mann der Kirche setzt 2013 Zeichen

Neben dem Priesterkragen stehen auch Feuerwehrstiefel in seinem Schrank. Sein Amt   
sieht er als Auftrag   
zum Eingreifen.

[Christoph Floren](http://www.nwzonline.de/autor/christoph-floren)



Oft zieht es Prälat Peter Kossen von seinem Schreibtisch im Bischöflich Münsterschen Offizialat Vechta

an soziale Brennpunkte im Oldenburger Land.

*Bild: Christoph Floren*

**VECHTA**Äußerlich ist er keine imposante Gestalt, aber sein Wort hat eine große Reichweite. Das zeigte sein wiederholtes öffentliches Anprangern von Missständen bei der Beschäftigung und Unterbringung von Werkvertragsarbeitern im Oldenburger Land, ganz gleich ob in Predigten gegen die Sonntagsarbeit vor Schlachthof-Werkstoren im „OM“ oder bundesweit beachtet als Gast von TV-Moderator [Günther Jauch](http://www.nwzonline.de/person/jauch,g%C3%BCnther). Immer wieder legte er entgegen aller Konventionen den Finger in die Wunde, auch wenn er damit, wie er einmal bekannte, „durchaus einen gewissen Zorn aus Unternehmerkreisen“ auf sich zieht.

Vielseitig und unbequem

Er trägt den Priesterkragen und das Messgewand wie die Einsatzbekleidung der Freiwilligen[Feuerwehr Vechta](http://www.nwzonline.de/organisation/Feuerwehr%20Vechta). Sein Platz ist am Altar, wie bei der kirchlichen Gremienarbeit oder als viel gefragter theologischer Referent. Aber er steht auch an Unfallstellen oder im Kameradenkreis bei der Übernahme einer Brandwache beim Vechtaer Stoppelmarkt seinen Mann – stets mittendrin. So zeigt sich der gebürtige Rechterfelder von Grund auf geerdet. Dabei hilft ihm, dass er weiß, „wie die Menschen im Oldenburger Münsterland ticken“.

Konsequent nimmt er kein Blatt vor den Mund. Ganz gleich, ob im Gespräch mit prominenten Vertretern der mächtigen Fleischindustrie im heimischen Raum, bei einer Begegnung mit Niedersachsens Ministerpräsident [Stephan Weil](http://www.nwzonline.de/person/weil,stephan) ([SPD](http://www.nwzonline.de/organisation/SPD)) oder als Gastredner beim traditionellen Montagsempfang anlässlich des Bakumer Herbstmarkts.

Immer mittendrin

Die Rede ist von Prälat [Peter Kossen](http://www.nwzonline.de/person/kossen,peter), dem Ständigen Vertreter des Vechtaer Offizials, Weihbischof [Heinrich Timmerevers](http://www.nwzonline.de/person/timmerevers,heinrich). Im ausgehenden Jahr 2013 war der 44-jährige Kirchenmann oft dort anzutreffen, wo es sprichwörtlich brannte – als Seelsorger und als Amtsträger beziehungsweise „Nummer zwei“ der kirchlichen Oberbehörde Bischöflich Münstersches Offizialat Vechta.

Ohne Kossen, der bisweilen nicht nur von Katholiken „eine Art Papst Franziskus auf südoldenburgisch“ genannt wird, wäre zweifellos so manches 2013 in der Region nicht in Bewegung geraten. Als Geistlicher sieht sich der Prälat autark. Und gerade in dieser Unabhängigkeit liegen seiner Meinung nach „Verantwortung“ und „eine Chance“. Ihnen stellt er sich. Sie wird er nutzen, ganz bestimmt auch 2014.

**Augsburger Allgemeine**

17. Dezember 2013 00:32 Uhr

**Justiz**

**Freispruch für Tierarzt im Schweinemast-Prozess**

**Dem Veterinär war vorgeworfen worden, für die Tiere Antibiotika abgegeben zu haben. Sein Anwalt spricht von „chaotischen“ Nachforschungen der Behörden** Von Klaus Utzni

Landkreis Augsburg „In dubio pro reo“ – „Im Zweifel für den Angeklagten“ – getreu diesem Rechtsgrundsatz hat die Augsburger Amtsrichterin Simone Früchtl gestern einen Tierarzt, 60, vom Vorwurf freigesprochen, er habe im Herbst 2012 einem Schweinezüchter im nördlichen Landkreis 20 Kilogramm Antibiotika abgegeben, ohne die Tiere überhaupt untersucht zu haben. Völlig konträre Aussagen von Zeugen führten am zweiten Prozesstag dazu, dass der Einspruch des Veterinärs gegen einen Strafbefehl wegen eines Verstoßes gegen das Arzneimittelgesetz erfolgreich war.

Wie berichtet, ging es in dem Fall um den Ausbruch einer hoch ansteckenden Virusgruppe in dem großen Mast- und Zuchtbetrieb von 3500 Sauen, der von zwei Brüdern in getrennten Firmen, aber örtlich nahe zusammen gelegen, geführt wird.

Die Kernfrage des Verfahrens war: Hatte der Tierarzt, nachdem in einem Stall bereits die Krankheit ausgebrochen war, auch die Schweine im zweiten Stall überhaupt untersucht, ehe er die Medikamente für diese Tiere dem Züchter übergab, der sie dann ins Futter mischte? Der angeklagte Tiermediziner sagte „Ja“. Der Veterinär des Landratsamtes und sein Assistent behaupteten dagegen als Zeugen, in einem Gespräch in der Praxis des Tierarztes habe dieser die Frage verneint. Einer der beiden Schweinezüchter, 53, wiederum gab dem Angeklagten Schützenhilfe: „Der Tierarzt hat damals beide Bestände angeschaut, Fieber gemessen und dann die Medikamente abgegeben.“

Auch der Staatsanwalt sah keine Schuld mehr

Am Ende beantragten sowohl die Staatsanwaltschaft als auch Verteidiger Michael Holz Freispruch. Der Anwalt sprach von „chaotischen“ Nachforschungen des Amtstierarztes und von ungenügenden Ermittlungen der Polizei. Richterin Früchtl sagte in der Urteilsbegründung, allein auf die Aussagen des Veterinärs des Landratsamtes könne eine Verurteilung nicht gestützt werden.

Der Fall war – wie berichtet – ins Rollen gekommen, nachdem bei der Schlachtung von 60 Schweinen in Ulm bei einer Routinekontrolle Arzneirückstände im Muskelfleisch der Sauen gefunden worden waren. Das Verfahren gegen den Züchter wegen eines Verstoßes gegen das Lebensmittelgesetz war bereits am ersten Prozesstag gegen Zahlung einer Geldbuße von 2500 Euro eingestellt worden.

Eine Einstellung gegen Geldauflage in Höhe von 1000 Euro akzeptierte am Ende auch die Tierärztin (Verteidiger: Friedrich Steeb), obwohl sie sich keiner Schuld bewusst war. Der Chef der Praxis wollte einen Freispruch erster Klasse erreichen, akzeptierte die anvisierte Geldzahlung nicht – und bekam nun recht.

[manager magazin](http://www.manager-magazin.de/)

**URL:** [**http://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/streit-im-schlachtkonzern-intrigen-und-die-machtkaempfe-bei-toennies-a-940667.html**](http://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/streit-im-schlachtkonzern-intrigen-und-die-machtkaempfe-bei-toennies-a-940667.html)

**30. Dezember 2013, 07:41 Uhr**

**Streit im Schlachtkonzern**

**Schweinereien bei Tönnies**

Von [Wolfgang Hirn](mailto:wolfgang_hirn@manager-magazin.de,%20mm-lesermail@manager-magazin.de)

Es geht um Fleisch, Familie, Intrige und die Macht in einem der größten Schlachtbetriebe Europas. Der Unternehmer Robert Tönnies kämpft nicht nur um sein Erbe, sondern schlägt jetzt gegen den verfeindeten Onkel Clemens zurück.

Hamburg - Die Fleischbranche ist beileibe kein zimperliches Gewerbe. In den Schlachthöfen wird seit jeher kräftig zugelangt - manchmal auch auf den Etagen des obersten Führungspersonals. So seit zwei Jahren zu beobachten bei den Tönnies Fleischwerken in Rheda-Wiedenbrück, einer der größten Schlachter- und Fleischerbetriebe Europas, bei dem jedes Jahr 17 Millionen Schweine ihr Leben lassen.

Dort bekriegen sich zwei Alphatiere: der selbst ernannte Leitwolf Clemens Tönnies (57) und der nicht weniger machtbewusste Jungbulle Robert Tönnies (35). Ihnen gehört jeweils die Hälfte des Unternehmens. Clemens führt die operativen Geschäfte als selbsternannter "Beirats- und Vorstandsvorsitzender" in Personalunion, während sich Robert Anfang 2012 aus dem Unternehmen ganz zurückgezogen hat. Seither befinden sich die beiden im Dauerclinch.

Dabei hatte alles so friedfertig angefangen. Gegründet wurde das Unternehmen im Jahr 1971 von Bernd Tönnies, einem charismatischen Gründer und Selfmademan. Dieser beteiligte seinen Bruder Clemens 1982 mit 40 Prozent. Als Bernd 1994 überraschend früh verstarb, vermachte er seinen 60-Prozent-Anteil seinen beiden Söhnen Clemens junior und Robert zu gleichen Teilen. Weil die damals noch sehr jung waren, ordnete der Vater Testamentsvollstreckung an.

Als Testamentsvollstrecker wurde der langjährige Steuerberater des Unternehmens Josef Schnusenberg eingesetzt. Doch dieser übte de facto die ihm von Bernd Tönnies anvertraute Mehrheitsmacht mit 60 Prozent gar nicht aus, sondern verbündete sich mit dessen Bruder Clemens, dem er die Unternehmensführung überließ.

**Testamentsvollstrecker verbündete sich mit Clemens Tönnies**

Dieser schaltete und waltete so, als ob ihm das Unternehmen allein gehörte. So ließ Schnusenberg Clemens Tönnies sen. (internes Kürzel: CT) freie Hand, als dieser sich anschickte, mit Hilfe von Strohmännern mehrere Konkurrenzunternehmen, darunter Deutschlands größten Wurstkonzern Zur Mühlen, ohne Wissen der Neffen aufzukaufen und ohne diese daran zu beteiligen. Sogar drei ehemalige Tönnies Firmen-Beteiligungen gehören heute zum Privatvermögen von Clemens Tönnies. Dazu soll er ihm üppige Entnahmen in dreistelliger Millionenhöhe genehmigt haben, während Schnusenberg die Gewinnanteile der Neffen im Unternehmen stehen ließ, um die Finanzierung der Tönnies-Gruppe sicherzustellen. Im Gegenzug sollen Schnusenberg, der auch für die privaten unternehmerischen Aktivitäten von Clemens Tönnies sen. zuständig war, über die Jahre hinweg hohe Millionenhonorare zugeflossen sein.

Erst als Robert Tönnies im Jahre 2008 die im Testament vorgeschriebene Altersgrenze von 30 Jahren erreicht hatte, endete Schnusenbergs Amt. Nur wenige Monate zuvor, als die Welt in Rheda-Wiedenbrück noch in Ordnung schien und die Neffen noch nichts von den Machenschaften ihres Testamentsvollstreckers und dessen Kumpanei ahnten, schenkten sie ihrem Onkel auf Veranlassung von Schnusenberg, dem als Testamentsvollstrecker die alleinige Verfügungsmacht zustand, jeweils 5 Prozent von ihrer geerbten Mehrheitsbeteiligung.

Ab diesem Zeitpunkt war Clemens Tönnies ebenso wie die beiden Neffen je zur Hälfte an der Tönnies-Gruppe beteiligt. Nach Lesart von Clemens habe sein Bruder ihm diese lang ersehnte Gleichstellung "noch auf dem Sterbebett" versprochen - eine Deutung, der Robert Tönnies heute entschieden widerspricht.

**Schadenersatzforderungen und ein Erpressungsversuch**

Nachdem Schnusenberg sein Amt niedergelegt hatte, stießen die Neffen zunehmend auf Ungereimtheiten, die diese nicht aufklären konnten - oder wollten. Als Schnusenberg auch noch angeblich rückständige Testamentsvollstreckervergütungen in Millionenhöhe einforderte, verklagten sie ihn schließlich auf Schadensersatz, inzwischen in dreistelliger Millionenhöhe. Um den, für Schnusenberg existenzgefährdenden Prozessrisiken auf dem Verhandlungswege zu begegnen, musste offenbar ein Druckmittel gegen die Neffen gefunden werden.

Da traf es sich gut, dass es in Deutschland in Mode gekommen war, Doktorarbeiten unliebsamer Zeitgenossen nach Zitierfehlern und Plagiaten zu durchstöbern. So war auch die Diplomarbeit von Robert Tönnies Monate zuvor seziert worden, und zwar von dem Erfurter Fachhochschullehrer Norbert Drees aus Erfurt. Dieser stellte auftragsgemäß fest, dass die Arbeit in der Einleitung, in der es um das allgemeine betriebswirtschaftliche Einmal-Eins geht, umfangreiche Zitierfehler aufwies.

Als im Frühsommer das Gutachten mit dem bestellten Ergebnis ("der Autor hat in seiner Arbeit die Prüfer zweifellos getäuscht") vorlag, sahen die Anwälte von Schnusenberg ihre Stunde gekommen: in einem, an die private Email-Adresse ihres anwaltlichen Kontrahenten, dem Stuttgarter Wirtschaftsanwalt Mark Binz, gerichteten "persönlich/vertraulich" gerichteten Schreibens baten sie unter Fristsetzung um eine streng vertrauliche Unterredung in ihrem Düsseldorfer Büro und drohten andernfalls mit "schonungsloser Aufklärung" des Robert Tönnies angeblich "äußerst peinlichen Sachverhalts", der andernfalls "publik" werden könne. Doch Robert Tönnies ließ sich durch dieses Erpressungsversuch nicht einschüchtern.

Die Quittung folgte jetzt, Monate später: Robert Tönnies wurde mit dieser Jugendsünde in Leitmedien wie "Spiegel" und "Bild" öffentlich bloßgestellt. Laut "Spiegel" soll das Drees-Gutachten "aus CT's Umfeld bestellt" worden sein - was dieser in der Lokalpresse bestreiten ließ. Auch Schnusenberg wäscht seine Hände in Unschuld.

Aber wer sonst sollte nach dem gescheiterten Erpessungsversuch noch ein Interesse daran haben, Robert Tönnies als angeblichen Trickser und Täuscher zu entlarven - als Clemens Tönnies sen. selbst? Der Parteigutachter Drees weigert sich beharrlich, den Namen seines ominösen Auftraggebers zu verraten - und bringt damit seine Erfurter Hochschule in Erklärungsnöte.

**Öffentliche Schlammschlacht wohl kaum zu vermeiden**

Robert selbst macht keinen Hehl daraus, dass ihm im einleitenden theoretischen Teil seiner Diplomarbeit von rund 20 Seiten etliche Zitierfehler unterlaufen seien. Aber im 60 Seiten umfassenden praktischen Teil, der die eigentliche, mit gut bewertete Diplom-Leistung im Rahmen eines dualen Studienganges ausmacht, habe Robert Tönnies ordentlich gearbeitet, attestiert ihm der Bielefelder Universitäts-Professor und Lehrstuhlinhaber Hermann Jahnke, der in Roberts Auftrag ebenfalls ein Gutachten erstellt hatte.

Jahnke schließt aus, dass Robert wegen der Schludrigkeiten im ersten, eher unbedeutenden Teil sein Diplom aberkannt worden wäre. Allenfalls wäre die Note "gut" in Gefahr gewesen. Unabhängig davon könnte nach dem einschlägigen Hochschulgesetz nach Ablauf von fünf Jahren ein Diplom sowieso nicht mehr aberkannt werden - was selbst Schnusenbergs Anwälte einräumen.

Robert kämpft unterdessen weiter um sein Erbe. Seine Schenkung aus dem Jahr 2008 hat er inzwischen mehrfach widerrufen - wegen groben Undankes. Robert Tönnies Anwalt Mark Binz, der sich in anderen prominenten Familienstreitigkeiten wie Haribo einen Namen gemacht hat, zeigt sich optimistisch. Der Schenkungswiderruf beruhe inzwischen auf einer Vielzahl von Gründen. In einem ähnlich gelagerten Fall (Benteler) hatte der Bundesgerichtshof bereits einen einzigen Grund von Undankbarkeit ausreichen lassen.

Sollte Robert vor Gericht obsiegen hätte er die Anteilsmehrheit und damit das Sagen im Unternehmen. Im vorliegenden Fall wird sich allerdings eine mehrere Tage lange Beweisaufnahme nicht vermeiden lassen - und damit wohl auch eine öffentliche Schlammschlacht. Um das zu verhindern, hatten Roberts Anwälte im letzten Jahr ein unter Ausschluss der Öffentlichkeit tagendes Schiedsgericht vorgeschlagen - und zwar für alle Streitverfahren. Diesen Vorschlag hatte Clemens überraschend abgelehnt. Ein Schelm, der sich Böses dabei denkt.

**Kieler Nachrichten**

Stiftung Warentest prüfte Tierschützer

**Provieh macht gute Arbeit**

Von Carola Jeschke |

12.12.2013 07:45 Uhr

Weihnachtszeit ist Spendenzeit – darauf setzen auch die Tierschutzorganisationen in Deutschland. Aber was genau passiert eigentlich mit den Spenden? Stiftung Warentest hat 44 Organisationen unter die Lupe genommen. Das ernüchternde Ergebnis: Nur sechs von ihnen arbeiten wirtschaftlich, strukturiert und transparent, darunter auch Provieh aus Kiel.



Provieh-Geschäftsführer Stefan Johnigk ist mit dem Test zufrieden.

© privat

**Kiel**. Unter dem provozierenden Titel „Alles für die Katz?“ hat Stiftung Warentest in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) Satzungen, Geschäfts- und Jahresberichte der betreffenden Tier- und Umweltschutzorganisationen ausgewertet, sowie die Organisationsstruktur und Spendenpolitik auf Herz und Nieren geprüft. Die Teilnahme war freiwillig. Insgesamt 17 Hilfswerke haben nach Angaben der Tester die Auskunft verweigert und auch auf Nachfragen nicht reagiert. „Wie sie mit Spendengeldern umgehen, bleibt unklar“, heißt es über die „Verweigerer“ wie Aktion Tier, Animals Angels oder die Südeuropäische Tierhilfe.

Das Prädikat „nachvollziehbar wirtschaftlich, transparent und solide organisiert“ verliehen die Tester lediglich sechs Organisationen: dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), dem World Wildlife Fund Deutschland (WWF), Greenpeace, dem Deutschen Tierschutzbund, Atmosfair und der Kieler Organisation Provieh – Verein gegen tierquälerische Massentierhaltung. „Diese Organisationen informieren ihre Unterstützer weitgehend, wohin die Spendengelder fließen“, heißt es im Testbericht. Sie seien zudem so organisiert, dass Verschwendung vermieden und Korruption erschwert werde. Bei sechs weiteren Organisationen solle man sich eine Geldspende dagegen gut überlegen, da sie „unwirtschaftlich“ arbeiteten. Dazu gehören Peta Deutschland, Tiere in Not, Vier Pfoten das Vogelschutz-Komitee, die Stiftung Pro Artenvielfalt sowie die Heinz Sielmann Stiftung. „Wirtschaftlich“ bedeutet für die Tester, dass für Verwaltung und Werbung höchstens 35 Prozent der Ausgaben eingesetzt werden, der Rest fließt in die Hilfsprojekte und Kampagnen.

„Für unser Team ist es ein tolles Signal, dass unsere Arbeit gewürdigt wird“, sagt Provieh-Geschäftsführer Stefan Johnigk. Es sei eine Ehrensache gewesen, sich dem Test zu stellen. „Wenn wir von anderen Transparenz forden, müssen wir sie auch selbst bieten.“ Dennoch bedauert der Diplom-Biologe das schlechte Abschneiden vieler Organisationen, da dies „Wasser auf die Mühlen von Lobbyisten der industriellen Intensivtierhaltung“ bedeute. „Das ist Gift für die Arbeit von Provieh, denn unsere Bemühungen um Nüchternheit, Effizienz und Sparsamkeit bezahlen wir mit einer Schwäche: Uns kennt fast jede Sau, aber kaum ein Mensch.“

Das ist bei Peta definitiv anders. Intensive Öffentlichkeitsarbeit ist eine der Säulen, auf denen die Organisation mit der – nach eigenen Angaben – weltweit größten Unterstützerzahl ruht. Mit dem kritischen Testergebnis geht Peta offensiv um. „Wir haben nichts zu verbergen“, betont Harald Ullmann, 2. Vorsitzender bei Peta Deutschland. Der aktuelle Prüfbericht, der erst Ende des Jahres fertiggestellt sein werde, habe nicht mehr in die Untersuchung der Stiftung Warentest einfließen können. „Wenn uns das Finanzamt nach einer großen Buchprüfung eine korrekte und wirtschaftliche Arbeitsweise bestätigt, ist allein dies verbindlich.“ In der Kritik zu stehen, sei für Peta nicht neu. „Wir arbeiten hart für die Tiere, nicht dafür, was die Leute denken.“

Peta kritisiert auch den „schematischen“ Fragebogen der Stiftung Warentest, der den Kriterien von Transparenz-Organisationen wie dem DZI folge. Auch der Deutsche Fundraising Verband, der bundesweite Fachverband für Non-Profit-Organisationen und Spendenwesen, wirft den Testern selbst eine „einseitige Berichterstattung“ mit „intransparent erscheinenden Kriterien“ vor und fordert Stiftung Warentest auf, Informationen nachzureichen. Provieh-Geschäftsführer Stefan Johnigk kann das nicht nachvollziehen. „Ich weiß, wie genau die Prüfer arbeiten, das ist alles sehr solide.“

\_PROVIEH Stiftung Wa.jpgcaj-tierschutzorganisation

**Stuttgarter Zeitung**

**Tierschutz Was Kühe glücklich macht**

Kerstin Viering, 01.01.2014 18:00 Uhr

[Stuttgart](http://www.stuttgarter-zeitung.de/thema/Stuttgart) - Man möchte beim Frühstück ja ein gutes Gewissen haben. Wenn der Aufdruck auf dem Joghurtbecher oder der Milchflasche eine tiergerechte Haltung verspricht, klingt das schon mal nicht schlecht. Aber was heißt das eigentlich? Verbraucher stellen sich gern glückliche Kühe auf saftigen Weiden und in geräumigen Ställen vor, denen es rundum gut geht. Doch das ist nur ein Teil der Wahrheit.

Denn bei tiergerecht und ökologisch wirtschaftenden Betrieben überprüfen Experten zwar die Haltungsbedingungen, nicht aber das Wohlbefinden der Tiere selbst. „Die Kontrolleure schauen sich also nur den Stall an und nicht seine Bewohner“, sagt Jan Brinkmann vom Thünen-Institut für Ökologischen Landbau im schleswig-holsteinischen Trenthorst. Genau das wollen er und seine Kolleginnen nun aber ändern. Gemeinsam mit Wissenschaftlerinnen vom Thünen-Institut für Betriebswirtschaft in Braunschweig suchen sie nach neuen Kriterien für eine tiergerechte Milchviehhaltung. Die Kühe selbst sollen künftig verraten, wie es ihnen geht.

**Öko-Kühe haben mehr Komfort**

„Die Ökoverbände in Deutschland haben daran großes Interesse“, sagt Angela Bergschmidt vom Thünen-Institut für Betriebswirtschaft. Doch auch in die Richtlinien für die Vergabe von EU-Fördergeldern sollen die neuen Erkenntnisse einfließen. Einige Bundesländer wie Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern zahlen zum Beispiel Prämien für alle Kühe, die zwischen dem 1. Juni und dem 1. Oktober jeden Tag auf die Weide dürfen. Auch wer einen „besonders tiergerechten“ Stall baut, kann dafür in den meisten Bundesländern einen erhöhten Fördersatz bekommen. Er muss dazu zum Beispiel jeder Kuh mindestens fünf Quadratmeter Raum, eine Liegebox und einen Fressplatz zur Verfügung stellen. „Das sind keine besonders strengen Auflagen“, sagt Angela Bergschmidt. Öko-Kühe genießen da deutlich mehr Komfort.

Selbst die besten Vorschriften für Unterbringung und Weidegang garantieren allerdings noch keine rundum zufriedene Herde. Denn auch im komfortabelsten Öko-Stall kann sich ein Tier eine schmerzhafte Euter-Entzündung oder eine andere Krankheit einhandeln. Und schon ist es vorbei mit dem Rinder-Glück. Solche Gesundheitsprobleme sind auch keineswegs selten. So leiden in Deutschland zwischen 30 und 50 Prozent aller Kühe einmal im Jahr unter einer Euterentzündung. Ungefähr genauso viele lahmen.

**Herdenmanagement wurde verbessert**

Und 30 Prozent bekommen eine „Ketose“ genannte Stoffwechselstörung, die durch Energiemangel entsteht. „Die betroffenen Tiere fühlen sich dann ähnlich unwohl wie wir bei einem Kater“, sagt Jan Brinkmann. Mit all diesen Problemen haben Öko-Kühe genauso häufig zu kämpfen wie ihre konventionell gehaltenen Artgenossinnen. Sie brauchen allerdings weniger Arzneimittel, um auf den gleichen Gesundheitsstand zu kommen.

„Über die Ursachen solcher sogenannten Produktionskrankheiten weiß man heute viel mehr als noch vor einigen Jahren“, sagt Jan Brinkmann. Und so haben viele Betriebe sowohl die Ställe als auch das Herdenmanagement deutlich verbessert.

**Unterlage für Kühe ist wichtig**

Klar ist zum Beispiel, dass der Untergrund in den Liegeboxen weich und verformbar sein muss. Sonst wird das Hinlegen, Aufstehen und selbst das Liegen zur Tortur. Immerhin ruhen dabei 650 bis 700 Kilogramm Kuh auf den Gelenken. Da drohen erst Schwellungen bis zu Fußballgröße und dann massive Schäden an den Gelenken. Oft mögen sich die Tiere auf ein zu unbequemes Lager erst gar nicht niederlassen. Doch auch zu viel Stehen ist für Kühe nicht gut, weil es die Gelenke und Klauen belastet. Viele konventionelle Betriebe rüsten ihre Liegeboxen daher inzwischen mit Kunststoff-Matratzen aus, auf denen die Tiere komfortabel liegen können. Bei Biobetrieben ist zum gleichen Zweck eine Stroh-Einstreu vorgeschrieben.

„Trotz aller Verbesserungen in der Haltung sind die Herden in den letzten Jahren aber nicht gesünder geworden“, sagt Jan Brinkmann. Das liegt daran, dass moderne Rassen immer stärker auf Leistung gezüchtet werden und entsprechend anspruchsvoll sind. Sobald irgendetwas in ihrer Umgebung nicht hundertprozentig stimmt, kann das schon zu Gesundheitsproblemen führen. Das ideale Leben einer modernen Hochleistungskuh vergleicht Jan Brinkmann gern mit einem Sonntags-Brunch: Alle sitzen die meiste Zeit gemütlich herum, fühlen sich wohl und sind satt. Aber weil es so gut schmeckt, stehen sie doch immer wieder auf und holen sich noch Nachschlag. „Jeden Tag das perfekte Kuh-Brunch zu organisieren, ist allerdings ziemlich aufwendig“, erklärt der Experte. „Da geht schon mal was schief“.

**Gold-Standard für artgerechte Haltung**

Umso interessanter sind Indikatoren, die den Landwirt auf mögliche Schwachstellen in seiner Haltung hinweisen. Vielleicht lassen sich Gesundheit und Wohlbefinden der Herde ja durch verändertes Futter oder mehr Hygiene, eine bessere Klauenpflege oder sonstige Management-Maßnahmen deutlich verbessern. „Umgekehrt kann man Landwirte auch mit Prämien belohnen, wenn die Indikatoren auf besonders gesunde und zufriedene Tiere hinweisen“, sagt Angela Bergschmidt.

Fragt sich nur, an welchen Kriterien man das festmachen soll. Wissenschaftler kennen inzwischen einen fast unüberschaubaren Katalog von Indizien für mangelndes Wohlbefinden und Gesundheitsprobleme. Im Rahmen des großen EU-Projektes „Welfare Quality“ haben die beteiligten Forscher etwa ausführliche Handbücher für die Rinder-, Schweine- und Geflügelhaltung entwickelt. Die darin aufgezeigten Kriterien gelten derzeit als Gold-Standard für die Beurteilung tiergerechter Haltungen.

**Indizien für Krankheiten der Kuh**

„Bis man das alles erfasst hat, ist man locker acht Stunden im Betrieb beschäftigt“, sagt Bergschmidt. Das aber könne kein Ökoverband leisten und auch für die Kontrollen der Förderprogramme sei der Aufwand zu groß. Sie und ihre Kollegen sind deshalb dabei, einen griffigeren Katalog zu entwickeln. Die Indikatoren sollen nicht nur aussagekräftig sein, sondern auch praktikabel für den Landwirt und die Kontrolle.

Da bieten sich Informationen an, die im Betrieb ohnehin schon erhoben werden – zum Beispiel im Rahmen der monatlichen Milchleistungsprüfung. Bei dieser freiwilligen Qualitätskontrolle können die Betriebe jedes Tier vom Landeskontrollverband überprüfen lassen. Erfasst werden dabei neben der Menge auch bestimmte Inhaltsstoffe der Milch. Und einige dieser Größen lassen Rückschlüsse auf das Wohlbefinden der Tiere zu. Enthält die Milch sehr viele Körperzellen, die vom Euter der Tiere abgestoßen wurden, ist das ein Hinweis auf eine äußerlich eventuell nicht erkennbare Euterentzündung. Der Fett- und Eiweißgehalt verrät zudem auch mehr über mögliche Stoffwechselprobleme.

**Kriterien werden nun in der Praxis getestet**

Neben den Milcheigenschaften haben die Forscher noch weitere Größen in ihren Kriterienkatalog aufgenommen. Zum Beispiel den Prozentsatz der Herdenmitglieder, die lahmen oder Gelenkschäden haben, die verletzt sind oder gegen Euter-Entzündung behandelt werden mussten. „Insgesamt umfasst unsere Liste derzeit zehn Indikatoren, deren Aussagekraft und Anwendbarkeit wir bereits mit Vertretern aus Wissenschaft und Praxis diskutiert haben“, sagt Bergschmidt. Nun sind die Forscher dabei, den Katalog in etwa 150 Betrieben auf seine Praxistauglichkeit zu testen.

**schweizerbauer.ch - blu/lid**  
  
27.6.2013

Tierhaltung

**AP17: Tierschutz will Tierwohl statt Tierfabriken**



http://www.schweizerbauer.ch/_pics/mediabox_prev.gif

http://www.schweizerbauer.ch/_pics/mediabox_next.gif

1 / 2

Der Schweizer Tierschutz fordert im Rahmen der Anhörung zu den Verordnungen der Agrarpolitik 14-17 höhere RAUS-Beiträge für behornte Rinder und Ziegen.

Der Schweizer Tierschutz (STS) begrüsst grundsätzlich den im Rahmen der Agrarpolitik 2014/17 vorgesehenen Systemwechsel bei den Direktzahlungen. Für Kühe mit Hörnern solle der Bund den RAUS-Beitrag erhöhen. Gewarnt wird vor einer Verzettelung und Verbürokratisierung.

Mehr zu Tierhaltung:

[Kühe respektvoll treiben](http://www.schweizerbauer.ch/tiere/milchvieh/kuehe-respektvoll-treiben-13226.html)

[Mastschweine: Stroh verbessert Verhalten und Gesundheit](http://www.schweizerbauer.ch/tiere/schweine/mastschweine-stroh-verbessert-verhalten-und-gesundheit-12787.html)

[Mit iPhone und Kamera die Kühe überwachen](http://www.schweizerbauer.ch/tiere/milchvieh/mit-iphone-und-kamera-die-kuehe-ueberwachen-11117.html)

[Streicheleinheiten rechnen sich](http://www.schweizerbauer.ch/tiere/tiergesundheit/streicheleinheiten-rechnen-sich-10545.html)

[Recherchen zu Pferdequälerei haben mit Lasagneskandal nichts zu tun](http://www.schweizerbauer.ch/tiere/uebrige-tiere/recherchen-zu-pferdequaelerei-haben-mit-lasagneskandal-nichts-zu-tun--9380.html)

Mehr in AP 2017:

[Rote Karte für alte Badewannen auf den Weiden](http://www.schweizerbauer.ch/politik--wirtschaft/ap-2017/rote-karte-fuer-alte-badewannen-auf-den-weiden--13297.html)

[AP 14-17: Kanton Schwyz rechnet mit Einsparungen](http://www.schweizerbauer.ch/politik--wirtschaft/ap-2017/ap-14-17-kanton-schwyz-rechnet-mit-einsparungen-13239.html)

[«Herber Schlag für die Schweizer Zuckerbranche»](http://www.schweizerbauer.ch/politik--wirtschaft/ap-2017/herber-schlag-fuer-die-schweizer-zuckerbranche-13018.html)

[Swiss Granum: Dunkle Wolken über Getreidebranche](http://www.schweizerbauer.ch/politik--wirtschaft/ap-2017/swiss-granum-dunkle-wolken-ueber-getreidebranche-12984.html)

[Zu viel oder zu wenig Ökologie?](http://www.schweizerbauer.ch/politik--wirtschaft/ap-2017/zu-viel-oder-zu-wenig-oekologie-12963.html)

» mehr

Der Schweizer Tierschutz fordert im Rahmen der Anhörung zu den Verordnungen der Agrarpolitik 14-17 höhere RAUS-Beiträge für behornte Rinder und Ziegen. Die bisherigen Beitragssätze würden den Mehraufwand nicht decken, heisst es in einer Mitteilung. Mit den bestehenden Programmen BTS (Besonders tierfreundliches Stallhaltungssystem) und RAUS (Regelmässiger Auslauf im Freien) würde das Tierwohl über den gesetzlichen Minimalstandard hinaus gefördert. Nach wie vor müssten Millionen von Nutztieren in nicht tierfreundlichen Ställen ausharren und könnten nicht auf Weide, mahnt der STS.  
  
Zu den Zielen in der AP 17 von Bundesrat und Parlament werde nun eine Beteiligungsrate an diesen Programmen von mindestens 80 Prozent erwartet. "Soll dieses Ziel bei allen rund zwei Dutzend beitragsberechtigen Tierkategorien erreicht werden - so ist der STS überzeugt - muss die Beitragshöhe angehoben werden", so die eindeutige Forderung des STS. Generell wird für alle Tierkategorien mehr Geld für die Programme RAUS und BTS gefordert.   
  
Der Schweizer Tierschutz hat noch weitere Kernanliegen deponiert:

* **Keine Tierfabriken:** Masthühner-Anlagen von fast 30'000 Tieren seien abzulehnen. Auch sämtliche Ausnahmebewilligungen für grössere Tierbestände als die von der Höchstbestandesverordnung zugelassenen, sind abzulehnen.
* **Kein Ausschluss von Kleinbetrieben:** Der STS lehnt verschärften Kriterien zum Bezug von Direktzahlungen ab. Statt Kleinbetriebe mit 5'000 bis 10'000 Franken Direktzahlungen auszuschliessen, müsste der Bundesrat sein Augenmerk auf Betriebe richten (vornehmlich im Berggebiet), welche Direktzahlungen von bis zu 120'000 Fr. und mehr erhalten.
* **Effizientere Tierhaltungskontrollen:** Statt 10 Prozent sollen ein Drittel der Tierhaltungskontrollen unangemeldet erfolgen. Nicht mehr, sondern qualitativ bessere Kontrollen seien das Ziel.
* Tägliche Tierkontrolle auf ungeschützten/unbehirteten Alpweiden
* Mutterkühe sollen wie Milchkühe als eine GVE (Grossvieheinheit) gerechnet werden
* Einführung eines BTS-Programmes für Kälber und erwachsene Schafe
* Die Unterscheidung von Pferden als Heim- oder Nutztiere ist zu streichen
* Keine Privilegierung der Freiberger-Pferdezüchter und marktkonforme
* **Freibergerzucht:** Prüfung, welche anderen Pferdezuchtverbände ebenfalls zu fördern wären. Zudem strebt der STS einen Systemwechsel bei den Freiberger-"Stuten mit Fohlen bei Fuss"- Beiträgen: Beiträge nur mehr für Jungpferde, die erfolgreich als Sport-, Reit-, Fahr- oder Arbeitspferd abgesetzt wurden.

Der Schweizer Tierschutz STS steht dem Systemwechsel im Bereich der Direktzahlungen grundsätzlich positiv gegenüber. Er warnt jedoch, mit Blick auf die Vielzahl neuer Beiträge, vor der Gefahr von Verzettelung und Verbürokratisierung.

**schweizerbauer.ch – blu**

11.12.2013

Tierschutz

**Coop: Im Tierschutz weltweite Nummer 1**

Die Detailhändlerin Coop steigt zum weltweit führenden Detailhändler in Sachen Tierwohlstandards auf. Von 70 untersuchten Unternehmen gingen die Basler als bestes hervor. Wie das Unternehmen am Dienstag mitteilte, hat Business Benchmark on Farm Animal Welfare (BBFAW) Coop in fast sämtlichen Bereichen Höchstnoten attestiert.

Mehr zu Tierhaltung:

[Kühe respektvoll treiben](http://www.schweizerbauer.ch/tiere/milchvieh/kuehe-respektvoll-treiben-13226.html)

[Mastschweine: Stroh verbessert Verhalten und Gesundheit](http://www.schweizerbauer.ch/tiere/schweine/mastschweine-stroh-verbessert-verhalten-und-gesundheit-12787.html)

[AP17: Tierschutz will Tierwohl statt Tierfabriken](http://www.schweizerbauer.ch/politik--wirtschaft/ap-2017/ap17-tierschutz-will-tierwohl-statt-tierfabriken-11219.html)

[Mit iPhone und Kamera die Kühe überwachen](http://www.schweizerbauer.ch/tiere/milchvieh/mit-iphone-und-kamera-die-kuehe-ueberwachen-11117.html)

[Streicheleinheiten rechnen sich](http://www.schweizerbauer.ch/tiere/tiergesundheit/streicheleinheiten-rechnen-sich-10545.html)

» mehr

Die Schweizer überzeugten besonders mit ihrer Strategie zum Tierwohl sowie deren konsequenten Umsetzung. Das Labelprogramm «Naturafarm», aber auch das Einfordern von Schweizer Tierwohlstandards bei ausländischen Lieferanten wurden gewürdigt.   
  
Der BBFAW wurde von den internationalen Tierschutzorganisationen «Compassion in World Farming (Compassion)» und «The World Society for the Protection of Animals (WSPA)» in Auftrag gegeben und finanziert. Er bewertet das Tierwohlengagement nach den drei Kategorien «Innovationskraft», «betriebliche Umsetzung» und «unternehmerisches Bekenntnis zum Tierwohl». Coop wurde erst kürzlich vom Schweizer Tierschutz die besten Noten in Sachen Tierwohl und Engagement für den Tierschutz zugesprochen.

**ISN**

02.01.2014[RSS Feed](http://www.schweine.net/cms/rss.php/news.xml)

**USA: Reduzierung des Antibiotika-Einsatzes in der Tierhaltung**

**Auch in den USA gewinnt der Verbraucherschutz offenbar an Bedeutung. Um das Entstehen von Resistenzen zu reduzieren, will nun die US-Gesundheitsbehörde FDA weitreichende Maßnahmen zur Reduzierung des Antibiotika-Einsatzes in der Tierhaltung ergreifen.**

Das geht aus einem Bericht von Dow Jones hervor. So sollen Antibiotika künftig nur noch bei medizinischer Notwendigkeit und unter Aufsicht des Tierarztes verwendet werden dürfen. Zunächst ist die Richtlinie freiwillig.

**Smithfield und Cargill reagierten bereits früher**

Vor mehr als zehn Jahren schon hatten die ersten Restaurantketten in den USA begonnen, auf Fleisch von Tieren zu verzichten, die aus Wachstumsgründen  mit Antibiotika behandelt worden waren, unter anderem McDonald‘s. Ebenso verkaufen mehrere große US-Fleischverarbeiter seit längerem antibiotikafreie Produkte.

So setzt die sich mittlerweile im chinesischen Besitz befindende Smithfield Foods Inc auf eigene Farmen, um Schweine ohne Antibiotika zu mästen.

Die Cargill Inc indes hat im Jahr 2008 eine Schweinefleisch-Produktlinie eingeführt, für deren Erzeugung ebenfalls auf Antibiotika, Hormone und andere Wachstumsförderer verzichtet wird. Der Marktanteil für dieses Programm sei aber nur sehr gering. In Reaktion auf die FDA-Maßnahmen erklärte Cargill, bereits gemeinsam mit Kunden und Zuliefern an der Reduzierung von Antibiotika in der Tiermast zu arbeiten.

**TAZ**

**1.1.2014**

**20 Jahre Freihandel**

**Weniger Jobs, weniger Kleinbauern**

20 Jahre Nafta: Die nordamerikanische Freihandelszone Nafta ist das beste Beispiel für misslungene Liberalisierungsverträge.

BERLIN *taz*|Nichts und niemand ist vollkommen nutzlos, man kann immer noch als schlechtes Beispiel dienen. Das Nordamerikanische Freihandelsabkommen Nafta ist so ein Fall.

Es hat den Bürgern der drei Vertragspartner USA, Kanada und Mexiko kaum Vorteile, dafür aber viele Nachteile gebracht. Und genau deshalb dient es als Mahnung, welche Folgen die derzeit verhandelten transatlantischen und pazifischen Freihandelsabkommen haben können.

Am 1. Januar 1994 trat das Abkommen in Kraft – nicht zufällig am selben Tag, an dem in Mexiko der bewaffnete Aufstand der Zapatisten begann. 20 Jahre später lautet die Bilanz: Der Handel zwischen den Mitgliedern hat sich verdreifacht.

Doch für Mexiko bedeutete die plötzliche Überschwemmung mit hochsubventioniertem US-Mais den Ruin vieler Kleinbauern. Für die USA wiederum ging Nafta mit der Abwanderung von Industriejobs und einem rasch anwachsenden Handelsdefizit einher.

**Statt neue Arbeitsplätze in den USA zu schaffen, vernichtete Nafta 700.000**

Ebenso vollmundig wie unbelegt waren im Vorfeld der Nafta-Gründung die Versprechungen über neue Jobs gewesen, die durch den freien Handel gewissermaßen automatisch entstünden – was derzeit ebenso wieder über das geplante US-EU-Freihandelsabkommen TTIP behauptet wird. Tatsächlich schätzte der Washingtoner Thinktank Economic Policy Institute schon vor zwei Jahren die Zahl der durch Nafta verlorenen US-Jobs auf rund 700.000.

„Nafta hat nicht so viele Arbeitsplätze vernichtet, wie seine Kritiker befürchteten“, ist das Positivste, was die Forschungsabteilung des US-Kongresses zu melden vermag. „Unter dem Strich scheinen die Auswirkungen von Nafta auf die US-Wirtschaft recht bescheiden gewesen zu sein.“

**Immer mehr Mexikaner unter der Armutsgrenze**

Schon zur zehnjährigen Bilanz des Abkommens hatte die Weltbank in einer Studie zugegeben, dass auch in Mexiko die „Entwicklung seit dem Nafta-Start nicht gerade bemerkenswert“ gewesen sei. Zwar hätten die Exporte zugenommen, aber das Lohnniveau habe sogar noch unter dem Stand von 1994 gelegen, die Zahl der unter der Armutsgrenze lebenden Mexikaner steige stetig an.

US-Forschungsinstitute beklagen zudem, dass keineswegs genügend Arbeitsplätze in Mexiko entstanden seien, um die illegale Einwanderung von Mexikanern in die USA auch nur ansatzweise zu vermindern. Das war eines der zentralen Versprechen gewesen, mit denen die US-Regierung unter Bill Clinton um Unterstützung für Nafta geworben hatte. Denn in den Fabriken nahe der Grenze zu den USA – durch die übrigens entsprechend viele Arbeitsplätze in den USA vernichtet wurden – seien viel weniger Stellen geschaffen worden, als zugleich in der Landwirtschaft verschwanden.

Inzwischen sind nicht einmal mehr die so genannten Maquiladoras, in denen Mexikaner zu Hungerlöhnen Waren für den US-Markt produzieren, ein Beschäftigungsmotor, denn längst haben die noch billigeren Fabriken in China und anderen ostasiatischen Ländern ihnen den Rang abgelaufen.

**Gewinner sind die Konzerne**

Hat also irgendjemand etwas durch Nafta gewonnen? Die Antwort lautet: ja, Investoren und Konzerne. Ziel des Abkommens ist nämlich neben dem Abbau von Zöllen und anderen Handelsbarrieren auch der Schutz von Auslandsinvestoren vor Enteignungen und anderen Willkürakten des jeweiligen Gastlandes. Wozu das führt, zeigte als Erstes die Ethyl Corporation: Das US-Unternehmen hatte die kanadische Regierung 1997 vor einem Nafta-Schiedsgericht auf Schadenersatz verklagt, weil das kanadische Importverbot von Benzin mit dem giftigen Zusatzstoff MMT einer Enteignung gleichkomme. Kanada hob darauf das Verbot auf und zahlte im Rahmen eines Vergleichs eine Millionenentschädigung.

Solche Investorenklagen hat es seither viele gegeben. Erst 2012 forderte etwa die US-Firma Lone Pine von der kanadischen Provinz Quebec 250 Millionen US-Dollar Entschädigung wegen eines Fracking-Moratoriums.

Auch in dieser Hinsicht bietet Nafta gutes Anschauungsmaterial für die geplante Freihandelszone zwischen der EU und den USA. TTIP steht schließlich für Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft, und tatsächlich stehen die vermeintlichen Rechte von Investoren im Zentrum der Verhandlungen. Sie sollen künftig Vorrang vor den umwelt- oder sozialpolitischen Entscheidungen der gewählten Regierungen genießen.

**TOP AGRAR ONLINE**

**Dänemark exportiert weniger Schweinefleisch**

23.12.2013, von Agra Europe / Andreas Beckhove

DK liefert weniger Schweinefleisch in EU-Staaten Die **dänischen Schweinefleischexporteure** haben in den ersten drei Quartalen 2013 weniger Ware ins Ausland verkaufen können als im Vorjahreszeitraum. Von Januar bis September wurden insgesamt 1,42 Mio t Schweinefleisch einschließlich lebender Tiere exportiert; das waren 2,6 % oder rund 37 600 t weniger als in der Vergleichperiode 2012. Schlechter liefen die Geschäfte insbesondere auf dem EU-Markt. Die Lieferungen in Partnerländer verringerten sich insgesamt um 3,6 % auf knapp 969 000 t. Ins Stocken geriet dabei vor allem der Absatz im Vereinigten Königreich. Die Schweinefleischexporte dorthin brachen um fast 14 % auf 153 400 t ein, weil spürbar weniger Bacon und andere Teilstücke auf die Insel verkauft werden konnten. Dies hatte zur Folge, dass erstmals Polen auf den zweiten Platz der wichtigsten Abnehmerländer vorrückte.   
   
Im Drittlandshandel blieb die dänische Exportmenge in den ersten drei Quartalen 2013 dagegen mit fast 449 000 t weitgehend auf dem Vorjahresniveau stabil. Deutlich mehr Ware wurde mit einem Plus von 20 % auf gut 97 000 t nach Russland geliefert; offenbar profitierten die dänischen Anbieter von den Einfuhrsperren für deutsche Exporteure. Die Ausfuhren nach China einschließlich Hongkong wiesen gegenüber dem Vergleichszeitraum 2012 ein Plus von 1,2 % auf 162 200 t auf. Dagegen entwickelten sich die Geschäfte mit Japan um 5,2 % ebenso rückläufig wie der Absatz in Australien mit einem Minus 2,9 %.

**Der Abstieg des Ökolandbaus in Deutschland**

26.12.2013, von Alfons Deter

Mehr als 600 steigen jährlich wieder aus dem Ökolandbau aus. Hans Hinrich Hatje ist einer von ihnen. Bis zum Herbst 2012 gehörte der Landwirt aus dem schleswig-holsteinischen Gothendorf zu den Öko-Pionieren seines Landes. 21 Jahre lang hatte er seine 170 ha nach den strengen Bioland-Richtlinien beackert – und auf Besserung gehofft, berichtete die ZEIT in einem Artikel am Montag.

"Wir sind, was die Erträge betrifft, einfach total hinten runtergefallen", sagt der 56-jährige Agraringenieur mit leiser Stimme. "Was nützt es denn, wenn man mit großem Aufwand die Umwelt schont und der Hof dabei koppheister geht." Daher ist Hatje zur konventionellen Landwirtschaft zurückgekehrt. Seine Ernte heute: dreimal so viel Getreide wie früher – und jede Menge Diskussionen.

Zwar gibt es heute siebenmal mehr Biobetriebe als vor 20 Jahren. Aktuell bewirtschaften hierzulande 23.000 Biobauern 6,3 % der landwirtschaftlichen Fläche. Um die Nachfrage zu decken, bräuchte es aber viel mehr und größere Betriebe. Mehr noch: Auf zehn Umsteiger kommen vier Aussteiger, so die Zeitung weiter.

Heute finde man das grüne EU-Biosiegel in jedem Supermarkt, die Branche setzt Milliarden um. Vergangenes Jahr haben die Deutschen Ökolebensmittel für 7 Mrd. Euro eingekauft – so viele wie nie zuvor und niemand sonst in Europa. Hans Hinrich Hatje und seine Kollegen aber hielten mit dem Boom längst nicht mehr Schritt.

**Teilweise mehr Rückwechsler als umgekehrt**

"Die hohe Zahl der Rückumsteller überrascht auf den ersten Blick, schließlich hört man Jahr für Jahr von wachsender Öko-Anbaufläche und boomender Nachfrage", sagt Jürn Sanders vom Thünen-Institut in Braunschweig. Tatsächlich sind aber in einigen Bundesländern in manchen Jahren mehr Flächen in konventionelles Ackerland zurückverwandelt worden als umgekehrt.

Laut Sanders steigen im Schnitt jedes Jahr 606 Landwirte aus dem Ökolandbau aus. Zwei Drittel von ihnen kehren wie Hatje zu konventionellen Anbaumethoden zurück, ein Drittel gibt endgültig auf. Die meisten begründen ihre Entscheidung mit den strengen Bio-Richtlinien, unzureichenden Vermarktungsmöglichkeiten, geringen Erträgen und mit einer wankelmütigen Förderpolitik, so der Fachmann.

Wie viele Neulinge machte auch Hatje bald die Erfahrung, dass die kleinen Molkereien und Brauereien, Landhändler und Vermarktungsgemeinschaften in der Region sterben. Während immer mehr Landwirte auf Bio umschwenkten, ging ihnen der lokale Absatzmarkt verloren. "Besonders für abgelegene Höfe und Höfe ohne Hofladen kann die Produktvermarktung ein Problem sein", sagt der Agrarfachmann Sanders. "Nicht selten müssen solche Betriebe ihre Produkte notgedrungen auf der konventionellen Schiene und damit ohne einen Bio-Mehrpreis losschlagen."

**Das Ausland hat den deutschen Biomarkt entdeckt**

Aber nicht nur die deutschen Biobauern legen immer weitere Wege zurück, auch ihre ausländischen Konkurrenten tun es, schreibt die ZEIT weiter. Je populärer die Produkte wurden, desto häufiger sei Hans Hinrich Hatje auf Konkurrenten aus Polen, Tschechien oder Ungarn gestoßen. Biolandwirte aus ganz Europa haben in den vergangenen Jahren den deutschen Markt entdeckt, für den sie viel billiger produzieren können als ihre Kollegen hierzulande. In Polen legte die ökologisch bewirtschaftete Fläche zwischen 2004 und 2010 um 531 % zu (das deutsche Flächenwachstum betrug im selben Zeitraum bescheidene 29 %). Heute stammt jeder zweite Bio-Apfel und jede zweite Bio-Möhre – Deutschlands meistverkaufte Biolebensmittel – aus dem Ausland. Auch dänische Viehzüchter, die lange zu Hatjes treuen Kunden gezählt hatten, ließen sich ihr biologisches Futtergetreide plötzlich aus Osteuropa liefern. Denn dort war es nur halb so teuer, heißt es.

"Mit regionaler Erzeugung und Klimaschutz hat das weiträumige Herumkarren von Biolebensmitteln nur noch wenig zu tun", schimpft Hatje. Um nach Bioland-Richtlinien kostendeckend wirtschaften zu können, hätte er für seinen Hafer und Weizen mindestens 40 Euro pro Doppelzentner erlösen müssen. Seine osteuropäischen Wettbewerber konnten ihr Getreide teils für 20 Euro anbieten, denn sie profitierten nicht nur von geringeren Lohnkosten, sondern häufig auch von der großzügigeren europäischen Bio-Verordnung. Die erlaubt beispielsweise unbegrenzte Futterzukäufe und ein Nebeneinander von konventioneller und ökologischer Produktion auf demselben Hof. Und ist damit einfacher zu erfüllen als die Bioland-Richtlinien, an die sich Hans Hinrich Hatje halten musste.

Konsequenz ist laut dem Landwirt, dass ohne staatliche Förderung in Deutschland heute nichts mehr geht. Für deutsche Biobauern sei diese staatliche Finanzspritze so überlebenswichtig wie die regelmäßige Insulinzufuhr für einen Diabetespatienten. Analysen des Thünen-Instituts zeigen, dass der durchschnittliche Gewinn von Ökobetrieben in den vergangenen zehn Jahren zwar stets über jenem konventioneller Vergleichsbetriebe lag – aber nur dank der Prämie. Ohne sie schneiden Biobauern im Schnitt schlechter ab als ihre konventionelle Konkurrenz.

**ZEIT ONLINE**

**Landwirtschaft**

**Einmal öko und zurück**

Bio boomt. Aber nicht bei den Bauern hierzulande. Mehr als 600 steigen jährlich wieder aus dem Ökolandbau aus. Hans Hatje ist einer der wenigen, die sich dazu bekennen. von Harald Willenbrock

23. Dezember 2013  15:15 Uhr  [27 Kommentare](http://www.zeit.de/wirtschaft/2013-12/bio-bauern-oekolandbau/komplettansicht#comments)



Der Bauernhof von Hans Hatje  |  © Jens Umbach

Der alte Mulcher ist noch da, einsatzbereit. Ein paar Säcke Bioland-Getreide für seine Pferde. Statt des Hackstriegels aber, mit dem er bis vergangenes Jahr chemikalienfrei das Unkraut aus dem Boden holte, parkt in Hatjes Maschinenhalle ein Spritzanhänger mit 24 Meter breiten Armen, aus denen er neuerdings wieder Schädlings- und Unkrautvernichter auf seine Felder regnen lässt. Gleich nebenan steht ein fabrikneuer Düngerstreuer, mit dem er jetzt erstmals seit mehr als zwei Jahrzehnten wieder synthetischen Dünger ausbringt. Seine Ernte: dreimal so viel Getreide wie früher – und jede Menge Diskussionen.

Hans Hinrich Hatje hat sich vom Acker gemacht.

Bis zum Herbst 2012 gehörte der Landwirt aus dem schleswig-holsteinischen Gothendorf zu den Öko-Pionieren seines Landes. 21 Jahre lang hatte er seine 170 Hektar sanft gewellte Felder nach strengen Bioland-Richtlinien beackert, auf Kunstdünger und Pestizide verzichtet, nach Abnehmern für sein Getreide gesucht – und auf Besserung gehofft. Dann aber war endgültig Schluss mit Öko. "Wir sind, was die Erträge betrifft, einfach total hinten runtergefallen", sagt der 56-jährige Agraringenieur mit leiser Stimme. Früher saß er für die Grünen im Gemeinderat, heute schreibt er in seiner Freizeit fürs *Bauernblatt*. Seine Frau ist Baumschulgärtnerin, die beiden Kinder sind aus dem Haus. Auf seinem Hof ist er sein einziger Angestellter, niemandem Rechenschaft schuldig, außer sich selbst. "Was nützt es denn, wenn man mit großem Aufwand die Umwelt schont", sagt er, "und der Hof dabei koppheister geht."

Und weil das so ist, zieht der Ex-Ökobauer wieder mit Agrochemie zu Felde. Hatje steht damit nicht allein. Aber in seltsamem Widerspruch zu jenem gewaltigen Trend, der in den vergangenen Jahren Kühlregale, Küchen und Köpfe verändert hat.

**I. Wir mögen Bioprodukte. Wenn sie billig sind**

Anfang der Neunzigerjahre, als Hans Hinrich Hatje Spritzmaschine und Düngerstreuer einmottete, blühte die Biobranche noch in einer behüteten Nische. Der Handel lag in den Händen von Überzeugungstätern, in den Kiefernholzregalen der Bioläden standen Ökowaren Marke "Rapunzel" oder "Zwergenwiese". Ihre Kunden nannte man "Müslis" oder "Wollsockenträger".

Heute findet man das grüne EU-Biosiegel in jedem Supermarkt, die Branche setzt Milliarden um. Vergangenes Jahr haben die Deutschen Ökolebensmittel für sieben Milliarden Euro eingekauft – so viele wie nie zuvor und niemand sonst in Europa. Hans Hinrich Hatje und seine Kollegen aber hielten mit dem Boom längst nicht mehr Schritt. Zwar gibt es heute siebenmal mehr Biobetriebe als vor 20 Jahren. Aktuell bewirtschaften hierzulande 23.000 Biobauern 6,3 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche. Um die Nachfrage zu decken, bräuchte es aber viel mehr und größere Betriebe. Mehr noch: Auf zehn Umsteiger kommen vier Aussteiger. Hans Hinrich Hatje ist nur einer von vielen.

[](http://www.brandeins.de/)

Der Artikel stammt aus dem Wirtschaftsmagazin brand eins (Ausgabe 12/13).   |  [©Brand eins](http://www.brandeins.de)

"Die hohe Zahl der Rückumsteller überrascht auf den ersten Blick, schließlich hört man Jahr für Jahr von wachsender Öko-Anbaufläche und boomender Nachfrage", sagt Jürn Sanders, Agronom beim staatlichen Thünen-Institut in Braunschweig. Tatsächlich sind in einigen Bundesländern in manchen Jahren mehr Flächen in konventionelles Ackerland zurückverwandelt worden als umgekehrt. Sanders’ Institut hat das Phänomen vor Kurzem untersucht und Dutzende Landwirte zu ihren Beweggründen befragt. Nach seinen Statistiken steigen im Schnitt jedes Jahr 606 Landwirte aus dem Ökolandbau aus. Zwei Drittel von ihnen kehren wie Hatje zu konventionellen Anbaumethoden zurück, ein Drittel legt den Treckerschlüssel für immer weg. Die Dissidenten lehnen eine umwelt- und tierschonende Wirtschaftsweise nicht plötzlich ab. Sondern begründen ihre Entscheidung mit den strengen Bio-Richtlinien, unzureichenden Vermarktungsmöglichkeiten, geringen Erträgen und mit einer wankelmütigen Förderpolitik.

**II. Die Öko-Revolution frisst ihre Kinder**

Hans Hinrich Hatje bewirtschaftete seinen Hof bis Anfang der Neunziger zunächst konventionell. Dann vergifteten sich in seiner Nachbarschaft zwei Landwirte beim Hantieren mit Pestiziden versehentlich fast selbst. Im fernen Rio de Janeiro kamen die Mächtigen der Welt zu ihrem ersten Umweltgipfel zusammen. In Schleswig-Holstein warb ein Bio-Verband um wechselwillige Bauern. Ökologischer Aufbruch lag in der Luft. "Ich dachte damals, wir könnten etwas für Umwelt und Gesundheit bewegen", sagt Hatje. "Uns schwebte eine regionale Erzeugung von Lebensmitteln vor, die für Umwelt und Mensch gesund ist."

Er gründete einen Ortsverband der Grünen und zog für ihn in den Gemeinderat ein. Zusammen mit einem Nachbarn belegte er Seminare, stellte seinen Betrieb um und schloss Abnahmeverträge mit einer nahe gelegenen Bioland-Erzeugergemeinschaft. Wie viele Neulinge machte aber auch er bald Bekanntschaft mit einer unangenehmen Landplage: dem Sterben der kleinen Molkereien und Brauereien, Landhändler und Vermarktungsgemeinschaften. Während immer mehr Landwirte auf Bio umschwenkten, ging ihnen der lokale Absatzmarkt verloren. "Besonders für abgelegene Höfe und Höfe ohne Hofladen kann die Produktvermarktung ein Problem sein", sagt der Agrarfachmann Sanders. "Nicht selten müssen solche Betriebe ihre Produkte notgedrungen auf der konventionellen Schiene und damit ohne einen Bio-Mehrpreis losschlagen."

Vom Rapsanbau, seinem Diplomarbeitsthema, hatte sich Hatje daher gleich verabschiedet – die nächstgelegene Ölmühle, an die er seine Bio-Rapssaaten hätte liefern können, liegt 300 Kilometer entfernt. Einer seiner Nachbarn muss seine Demeter-Milch heute bis ins mecklenburg-vorpommersche Upahl transportieren, nachdem die letzte Meierei im Umkreis schloss. Bevor die Milch in Tetra Paks abgefüllt wird, legt sie mehr als 100 Kilometer zurück – für Hans Hinrich Hatje ein "klares Indiz, dass mit der Ökobranche etwas nicht mehr in Ordnung ist".

**III. Hallo Weltmarkt!**

Aber nicht nur die deutschen Biobauern legen immer weitere Wege zurück, auch ihre ausländischen Konkurrenten tun es. Je populärer die Produkte wurden, desto häufiger stieß Hans Hinrich Hatje auf Konkurrenten aus Polen, Tschechien oder Ungarn. Biolandwirte aus ganz Europa haben in den vergangenen Jahren den deutschen Markt entdeckt, für den sie viel billiger produzieren können als ihre Kollegen hierzulande. In Polen legte die ökologisch bewirtschaftete Fläche zwischen 2004 und 2010 um 531 Prozent zu (das deutsche Flächenwachstum betrug im selben Zeitraum bescheidene 29 Prozent). Heute stammt jeder zweite Bio-Apfel und jede zweite Bio-Möhre – Deutschlands meistverkaufte Biolebensmittel – aus dem Ausland. Auch dänische Viehzüchter, die lange zu Hatjes treuen Kunden gezählt hatten, ließen sich ihr biologisches Futtergetreide plötzlich aus Osteuropa liefern. Denn dort war es nur halb so teuer.

"Mit regionaler Erzeugung und Klimaschutz hat das weiträumige Herumkarren von Biolebensmitteln nur noch wenig zu tun", schimpft Hatje. Um nach Bioland-Richtlinien kostendeckend wirtschaften zu können, hätte er für seinen Hafer und Weizen mindestens 40 Euro pro Doppelzentner erlösen müssen. Seine osteuropäischen Wettbewerber konnten ihr Getreide teils für 20 Euro anbieten, denn sie profitierten nicht nur von geringeren Lohnkosten, sondern häufig auch von der großzügigeren europäischen Bio-Verordnung. Die erlaubt beispielsweise unbegrenzte Futterzukäufe und ein Nebeneinander von konventioneller und ökologischer Produktion auf demselben Hof. Und ist damit einfacher zu erfüllen als die Bioland-Richtlinien, an die sich Hans Hinrich Hatje halten musste.

**IV. Eine strategische Fehlentscheidung**

Zu den Regeln des Bioland-Anbaus zählt beispielsweise das Verbot von Importfuttermitteln und synthetischen Düngemitteln. So soll ein vielfältiger Landbau mit lokalen Nährstoffkreisläufen gefördert werden statt großflächiger Monokulturen und Gülleseen. Wer Biolandgetreide erzeugen möchte, muss selbst für seinen Dünger sorgen. Hans Hinrich Hatje besitzt lediglich ein paar Reitpferde; Schweinezucht oder Milchviehhaltung wären für ihn als einzige volle Arbeitskraft seines Hofes nie zu bewältigen gewesen. Und weil das so war, musste er von Anfang an ein Fünftel seines Landes für den Anbau von Kleegras, Leguminosen und anderen Pflanzendüngern abzweigen – ein Wettbewerbsnachteil, den er Jahr für Jahr in Form bescheidener Erträge schmerzhaft spürte.

Hätte er das nicht von vornherein einkalkulieren müssen? Vermutlich. "Die Entscheidung für oder gegen Biolandbau kann man als eine ganz normale betriebsstrategische Entscheidung ansehen", sagt der Agrarökonom Sanders. "Und wie jede Strategie kann diese aufgehen oder auch scheitern." Für umstellungsinteressierte Landwirte – nach Umfragen des Deutschen Bauernverbandes sind das zwölf Prozent – wäre eine obligatorische Erstberatung hilfreich, so der Agrarforscher. Die könne helfen, sich von Illusionen zu verabschieden, um die Weichen von Anfang an richtig zu stellen.

Für Hans Hinrich Hatje aber wurde es mit den Jahren immer schwieriger. Theoretisch hätte er zusätzliche Äcker hinzupachten, bebauen und auf diese Weise seine Erträge steigern müssen. Praktisch war das unbezahlbar, weil Boden wegen Agrarlandspekulation und Biogas-Boom immer teurer wurde. Als der Landwirt Anfang der Neunzigerjahre auf Bio umstellte, kostete ihn ein Hektar noch umgerechnet 7.000 Euro. Heute würden nach seinen Schätzungen für dieselbe Fläche mindestens 30.000 Euro verlangt. Hatje musste also zwangsläufig mit dem auskommen, was seine Felder hergaben.

**V. Ohne Staatsknete geht nichts**

Möglich war dies überhaupt nur, weil ihn die schleswig-holsteinische Landesregierung wie alle Ökobauern mit einer Prämie unterstützte. Ähnliche Agrar-Umweltprogramme gibt es seit einigen Jahren in allen Bundesländern. Die Öko-Subventionen werden zunächst für die Umstellung, später für die Beibehaltung des Ökolandbaus gezahlt, pro Hektar berechnet und für jeweils fünf Jahre vertraglich vereinbart. Für deutsche Biobauern ist diese staatliche Finanzspritze so überlebenswichtig wie die regelmäßige Insulinzufuhr für einen Diabetespatienten. Analysen des Thünen-Instituts zeigen, dass der durchschnittliche Gewinn von Ökobetrieben in den vergangenen zehn Jahren zwar stets über jenem konventioneller Vergleichsbetriebe lag – aber nur dank der Prämie. Ohne sie schneiden Biobauern im Schnitt schlechter ab als ihre konventionelle Konkurrenz.

Das zeigte sich vor einigen Jahren in Baden-Württemberg, wo die schwarz-gelbe Landesregierung Bioflächenprämien kürzte oder ganz strich. Auch der schleswig-holsteinische Landwirtschaftsminister kündigte im vergangenen Jahr an, die Förderung einzustellen. Dass die jeweiligen grünen Nachfolgeregierungen die Prämien sogleich wieder einführten beziehungsweise erhöhten, machte die Sache für Hans Hinrich Hatjes nicht besser. Denn das politische Hin und Her zeigte ihm, "dass wir entscheidende betriebswirtschaftliche Parameter gar nicht selbst in der Hand haben". Über Gewinn oder Verlust seines Hofes entscheidet letztlich nicht er, sondern der Ausgang von Landtagswahlen.

Öko-Subventionen sind daher unter Landwirten umstritten. Selbst der Generalsekretär des Deutschen Bauernverbandes sieht in höherer Förderung keine Lösung: "Die staatliche Abhängigkeit gefährdet die unternehmerische Entwicklungsperspektive unserer Ökobetriebe." Stattdessen müsse man dem Handel und den Menschen klarmachen, dass die ertragsschwächere und kostenintensivere Ökoproduktion höhere Preise erfordere. Motto: Wer biologische Lebensmittel aus der Nachbarschaft will, muss sie auch bezahlen.

**VI. Eine Frage des Preises**

Das aber dürfte den Leuten schwer zu vermitteln sein. Denn in der Heimat von Aldi und Lidl sind sie seit Jahrzehnten Nahrungsmittel zu Niedrigpreisen gewöhnt. Gemessen an den Ausgaben für Konsumgüter insgesamt, sind in Europa nur noch Dänen, Iren, Österreicher, Luxemburger und Briten knauseriger bei Lebensmitteln. Auf den ersten Blick scheint es paradox: Hierzulande schwärmen viele Menschen für regionale Produkte und ihre umweltverträgliche Erzeugung – booten aber gleichzeitig ihre heimischen Biobauern aus.

Auf den zweiten Blick jedoch hat dieses Paradoxon seine ganz eigene Logik. Gerade weil das Preisniveau der Lebensmittel so niedrig liegt, gelten Bioprodukte – zumal aus anspruchsvoller heimischer Herkunft – als unverhältnismäßig teuer. Das sind sie aber gar nicht. Agrarforscher der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft haben die Erzeugerkosten eines Eies aus konventioneller Legebatterie mit jenen eines Biohofes verglichen. Rechnet man den Aufwand für Futter, Impfungen, Energie, Löhne und andere Kosten zusammen, liegen die Produktionskosten eines Öko-Eies im Schnitt drei Viertel über jenen eines konventionellen. Im Klartext: An einem Bio-Ei, das 75 Prozent teurer ist als ein konventionelles, hat sein Erzeuger noch keinen Cent zusätzlich verdient.

Das erklärt, warum Bio heute vor allem bei den billigen Import- und Discountprodukten boomt. Es erklärt auch, warum produktionskostenintensivere Lebensmittel wie Hähnchen- und Schweinefleisch noch zu weniger als einem Prozent aus ökologischer Erzeugung stammen. Die "hohen Preisaufschläge gegenüber der konventionellen Variante", so heißt es vom Agrarmarkt Informationsdienst, ließen sich bei deutschen Kunden einfach nicht durchsetzen.

All das erklärt auch, warum sich bei Hatje in den vergangenen Jahren immer mehr der Eindruck verstärkte, "dass die Sache auf Dauer einfach keinen Sinn macht". So lange, bis er sich schließlich zum radikalen Ausstieg entschied.

**VII. Negation der Negation**

Zum 1. Oktober 2012 ließ er seinen Ökoprämienvertrag auslaufen, legte sich für 80.000 Euro Spritzanhänger und Düngerstreuer zu und wuchtete eine alte Gefriertruhe in seine Maschinenhalle. Dort bewahrt er jetzt seine frischen Pflanzengiftvorräte fürs Erste auslaufsicher auf. Das Spritzen der Felder hat Hatje in dieser Saison noch seinem Sohn überlassen, "ich muss da ja erst wieder reinwachsen".

Jan Niklas ist 22 Jahre alt, soll in ein paar Jahren den elterlichen Hof übernehmen und hat, wie sein Vater sagt, "keinerlei Motivation, sich im brotlosen Bio-Anbau aufzureiben". Momentan studiert der Junior noch an der Fachhochschule in Rendsburg Agrarwirtschaft. "Die jungen Leute haben Spaß an Technik und an den Möglichkeiten, die ihnen der moderne Pflanzenschutz heute bietet."

Das gilt im Jahr eins nach seinem Seitenwechsel auch für den Senior. Mit seinen ehemaligen Bio-Kollegen verstehe er sich übrigens immer noch genauso gut wie mit seinen konventionell wirtschaftenden Nachbarn, sagt Hatje. Im Mai dieses Jahres haben sie ihn wieder in den Gemeinderat gewählt. Als Abgeordneter der CDU.

Sein neues altes Leben hat Hans Hinrich Hatje zu einem zufriedenen Landwirt gemacht und zu einem gut verdienenden obendrein. Als er in diesem Herbst seine erste konventionelle Ernte einfuhr, hätten seine Felder fast dreieinhalbmal so viel Getreide hergegeben wie zu Öko-Zeiten, sagt er. Sein Umsatz habe sich um 100.000 Euro auf komfortable 270.000 Euro erhöht.

War sein Bio-Abenteuer also nur ein teurer, Jahrzehnte währender Irrtum? Nein, sagt Hatje, Fehler habe er eigentlich nur einen gemacht: "Ich hätte schon viel früher rückumstellen sollen." Er habe eben lange gebraucht, bis er etwas sehr Grundlegendes erkannt, verstanden und beherzigt habe: "Man muss flexibel bleiben. Die Entscheidung für bio oder konventionell ist keine Entscheidung fürs Leben."

Ähnlich sehen das auch die meisten Bio-Aussteiger, die der Agrarökonom Sanders für seine Studie befragt hat. Zwei Drittel von ihnen erklärten, sich durchaus eine Rückkehr zu [ökologischer Landwirtschaft](http://www.zeit.de/schlagworte/themen/oekologische-landwirtschaft) vorstellen zu können. Nur müssten halt die Bedingungen stimmen.

[*Erschienen im Magazin Brand eins*](http://www.brandeins.de/)

**FAZ**

Formularbeginn



Formularende

**Landwirtschaft Wenn sich der Biobauer Tierschutz nicht leisten kann**

02.01.2014 ·  Alle lieben Bio, alle fordern Tierschutz. Nicht immer erweist sich diese Liebe als wirtschaftlich. Nun stellen etliche Landwirte ihre Betriebe wieder auf konventionelle Methoden um – oder geben auf.

Von [Jan Grossarth](http://www.faz.net/redaktion/jan-grossarth-11123660.html)

[Artikel](http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/landwirtschaft-wenn-sich-der-biobauer-tierschutz-nicht-leisten-kann-12734998.html) [Bilder (2)](http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/landwirtschaft-wenn-sich-der-biobauer-tierschutz-nicht-leisten-kann-12734998-b1.html) [Lesermeinungen (59)](http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/landwirtschaft-wenn-sich-der-biobauer-tierschutz-nicht-leisten-kann-12734998-l1.html)

[](http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/landwirtschaft-wenn-sich-der-biobauer-tierschutz-nicht-leisten-kann-12734998-b1.html)

© privat [Vergrößern](http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/landwirtschaft-wenn-sich-der-biobauer-tierschutz-nicht-leisten-kann-12734998.html#aufmacherOverlay)Werner Deitert schließt den Stall

Johannes Remmel von den Grünen, seit rund drei Jahren in Nordrhein-Westfalen Minister für Landwirtschaft, Klima- und Naturschutz, hat ambitionierte agrarpolitische Ziele. Er möchte, dass die Schweine und Hähnchen eines Tages ohne Antibiotikagaben leben, dass ein großer Teil der Landwirte ökostandardisiert wirtschaftet und dass für die Erzeugung von Eiern nicht mehr – wie üblich – männliche Küken zu Millionen getötet werden müssen. Die Tötung von Küken, nur weil sie wirtschaftlich nicht verwertbar sind, hat er zum Jahreswechsel als erster Minister eines deutschen Bundeslandes verboten.

Remmels Werte und Wünsche teilen viele Verbraucher und Wähler. Allerdings sind sie weiter von der agrarwirtschaftlichen Realität entfernt, als es den meisten bewusst sein dürfte. Die Tötungen sogenannter nutzloser Küken ist Menschen jenseits agrarischer Fachzirkel nicht vermittelbar. Der Grund für die grausame Praxis ist der, dass die Legehennen derzeit darauf gezüchtet sind, möglichst wenig Muskelfleisch anzusetzen und umso mehr Eier zu legen. Die männlichen Küken dieser Zuchten eignen sich, da auch sie kaum Fleisch ansetzen, kaum als Suppenhuhn. Was nach wirtschaftlicher Logik „effizient“ ist, hält dem ethischen Blick sehr schwer stand.

In Nordrhein-Westfalen ist das Zerschreddern der frisch geschlüpften Tiere nun verboten. Doch das Problem ist damit nicht aus der Welt. Zuchtunternehmen wie die niedersächsische EW-Gruppe arbeiten, wie sie sagen, noch am „Zweinutzungshuhn“ – eine Zucht, die sich sowohl für die Ei- als auch Fleischerzeugung eignet. Und technische Geräte, die per Scan schon das Geschlecht eines Kükens erkennen, bevor es zur Welt kommt, sind in der Entwicklung. Ehe sie marktreif sind, ist eine Gefahr politischer Verbote, dass diese die Erzeugung einfach in andere Länder verlagern. Das passiert, wenn den Brütereien höhere Kosten entstehen oder die Bauern strengere Auflagen nicht mehr finanzieren können, weil sie nicht mehr Geld für ihre Erzeugnisse bekommen. So kann sich durch grüne Agrarpolitik paradoxerweise der Trend verstärken, dass gerade die großen Höfe, die finanzstärker sind, überleben, oder, dass Ökohöfe aufgeben.

[](http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/landwirtschaft-wenn-sich-der-biobauer-tierschutz-nicht-leisten-kann-12734998-b2.html)© AP

Fehlgeleitete Agrarpolitik: Die Massentierhaltung kehrt zurück

Ein Beispiel dafür ist Werner Deitert, ein Eierzeuger aus Westfalen. Deitert betrieb bis zum Jahreswechsel einen relativ kleinen Familienhof in Gescher im Münsterland, wo er in drei Ställen 17.000 Biohennen hielt. Es ist so ein bäuerlicher Hof, wie er dem Agrarminister Remmel und seinen Wählern gefallen würde. Jetzt hat er dichtgemacht: Weil Johannes Remmels Ministerium und das Landesumweltamt Lanuv politisch die Agrarwende vorantreiben, wird Deitert zum Jahreswechsel seine eigene kleine Agrarwende aufgeben. Er war elf Jahre Biobauer – „gern“, wie er sagt, „aber finanziell war die Entscheidung rückblickend ein Fiasko“.

**Keine Hühner-Wellness mehr**

Zuletzt kam eine Gebühr hinzu, die Biobauern zahlen mussten, wenn sie konventionell erzeugte Küken einkauften. Das Problem aber ist, dass es nicht genügend Bioküken gibt. 5 Cent berechnet das Lanuv seit 2011 Biohennenhaltern, die konventionelle Küken einstallen. Die Behörde rechtfertigt die Maßnahme als Gebühr für die Prüfung eines Genehmigungsantrages. Ohne den kommt kein Bauer aus: Es gebe im ganzen Land nur eine einzige Brüterei, die Bioküken liefere, teilt die Landwirtschaftskammer mit, und die könne weniger als ein Zehntel der Nachfrage decken. Die Bioeierhöfe müssen komplizierte Ausnahmeanträge stellen und bezahlen. Die Rechnung für Werner Deitert betrug rund 2000 Euro im Jahr. Es gab keine Bioküken, also kaufte er wie die meisten Biobauern die hochgezüchteten Hennen der Zuchtkonzerne EW (Lohmann) oder von Hendrix aus den Niederlanden. Die großen Brütereien haben ihren Sitz nicht in Nordrhein-Westfalen. Und Niedersachsens Agrarminister Christian Meyer (Grüne) erließ bisher kein Verbot der Kükentötungen.

Deitert ist kein Einzelfall. In den vergangenen Jahren stellten im Jahr 3,3 Prozent der deutschen Ökobetriebe auf die konventionelle Wirtschaftsform um, wie eine Studie des Thünen-Instituts zeigt. Zwischen 2003 und 2010 haben fast 3000 Biobauern der ökologischen Landwirtschaft den Rücken gekehrt, fast halb so viele, wie auf „Bio“ umstellen. Ob die grüne Agrarpolitik mehrerer Bundesländer wie Niedersachsen den Trend sogar verstärken könnte, oder ob nur wenige Landwirte wie Deitert aufgeben und etwa wegen höherer Ökoförderungen mehr auf Bioerzeugung umstellen, werden die Statistiken der kommenden Jahre verraten.

Werner Deitert will eventuell als konventioneller Landwirt weiter arbeiten. Er hätte auch eine andere Auflage nicht erfüllen können, die seit Januar gilt: Landwirte müssen nun die EU-Ökorichtlinie berücksichtigen, wonach sich der Freiluftbereich für Biohennen von 170 auf 400 Quadratzentimeter je Tier erhöht. Deitert aber hat diesen Platz nicht – und hätte er ihn, kostete ihn der Umbau den zweifachen Jahresgewinn, wie er sagt, rund 35.000 Euro. Deitert blickt mit Galgenhumor auf die Bürokratie, die in seinem Land durch die Agrarpolitik entstanden sei. Biobauer zu werden, habe ihn vor elf Jahren 65.000 Euro gekostet, als er in einen neuen Stall investierte, der schon jetzt nicht mehr den Auflagen genügt. „Ich werde ab Ende des Jahres nicht mehr für ,chicken freedom‘ oder ,chicken wellness‘ zuständig sein“, schrieb er an die Ministerpräsidentin. „Tatsächlich muss ich eingestehen, dass ich Junghennen unter anderem auch aufziehe, um daraus ein Einkommen zu erzielen.“ Von seinen drei Kindern wolle keines Bauer werden. Und Deitert hat zum Glück eine halbe Stelle in einer Behörde.

*Die Sprache der Hühner-Bürokratie*

*Biobauern in Nordrhein-Westfalen haben ein Problem. Das Gesetz verlangt von ihnen, dass sie für ihre Hühnerställe Küken aus „ökologischer Herkunft“ einkaufen. Doch davon gibt es viel weniger, als nötig wäre, um die Nachfrage zu bedienen. Also dürfen sie Küken aus konventioneller Brüterei verwenden. Gegen Gebühr und Ausnahmegenehmigung. Die Fachbehörde Lanuv erklärt, wie es geht: „Derjenige, der einen Antrag auf Verwendung nichtökologischer Legehennen-Küken nach Art. 42 DVO beim LANUV NRW stellen möchte, muss zunächst eine Anfrage über die Verfügbarkeit von Öko-Küken an die Produzenten von Öko-Küken oder an eine von den Produzenten bevollmächtigte Stelle stellen. Eine Anfrage über die Verfügbarkeit von Öko-Küken muss mindestens 8 Wochen vor dem gewünschten Schlupftermin gestellt werden. Kann eine Anfrage nicht oder nur teilweise bedient werden, wird eine Nichtverfügbarkeitsbescheinigung durch die Produzenten von Öko-Küken oder eine von dieser Stelle für den jeweiligen Antragsteller ausgestellt.*

*Die Nichtverfügbarkeitsbescheinigung kann auch als Teil-Nichtverfügbarkeitsbescheinigung ausgestellt werden. Die Nichtverfügbarkeitsbescheinigung und die Teil-Nichtverfügbarkeitsbescheinigung müssen mindestens die Angaben der Anlage 2 beinhalten. Bei Parteien, die gemischt werden aus Küken, die aus ökologischen und nichtökologischen Eiern stallen, muss eine Antragsstellung so rechtzeitig erfolgen, dass 1 Woche vor Brutbeginn die Genehmigung vorliegen kann. Daher muss der Antrag mindestens 3 Wochen vor Brutbeginn beim LANUV NRW vorliegen. Dem Antrag sind ggf. Nichtverfügbarkeitsbescheinigungen von allen bekannten Anbietern ökologischer Küken beizufügen (vgl. Anlage 1). Ein Antrag wird frühestens zu dem Einstalltermin bewilligt, der sich aus folgender Berechnung ergibt: gewünschtes Einstalldatum + (gewünschtes Einstalldatum - 8 Wochen + Zeitspanne der dokumentierten, verspäteten Anfrage in Tagen) = frühestens möglicher, zu bewilligender Einstalltermin.“*

**ISN**

03.01.2014[RSS Feed](http://www.schweine.net/cms/rss.php/news.xml)

**Wenn Sachargumente nicht mehr genügen - Ein Gastkommentar von Thomas Preuße, Chefredakteur der DLG-Mitteilungen**

*Ängste und Emotionen gelten in der Gesellschaft oft mehr als sachliche Argumente. Dieser Satz ist ein Klassiker in Diskussionen über das Verhältnis von »Bauern« und »Bürgern«. Als Feststellung ist er richtig. Aber häufig ist er nicht als Feststellung gemeint, sondern als Vorwurf: Die Gesellschaft soll sich – weil von Ängsten und Emotionen getrieben – gefälligst die sachliche Sichtweise der Landwirtschaft zu eigen machen. So verstanden ist der Satz falsch. Weil das nämlich bestenfalls im Kleinen funktioniert, nicht im Großen.*

*Ein Beispiel dafür ist die »Sau«, die in den letzten Tagen (buchstäblich) durchs Dorf getrieben wurde: die Diskussion um die Tötungen »überzähliger« Ferkel. Was hilft es, wenn der Amtstierarzt versichert, solche Praktiken seien grundsätzlich nicht illegal? Und überdies stehe man ja mit Brasilien im Wettbewerb.*

*Fachlich und sachlich korrekt, verstärkt diese Erklärung geradezu das Unbehagen gegenüber der Landwirtschaft. Es widerspricht Gefühlen gegenüber Tieren, vielleicht aber auch dem moralischen Empfinden, Ferkeln (selbst Kümmerern) den »Schädel einzuschlagen«– erst recht, wenn als Ursache eine überzogene Zucht gesehen wird. Und es verfestigt sich der Eindruck, in der Tierproduktion gebe es über individuelles Fehlverhalten hinaus doch einiges an Systemzwängen. Die traut man – sachlich falsch – eher großen als kleinen Betrieben zu.*

*Der Schlüsselbegriff in diesem Zusammenhang ist »Vertrauen«. Drastisch ausgedrückt denkt der Normalbürger doch so: Der Bauer nebenan, den ich kenne und schätze, kann so viele Ferkel erschlagen, wie er will. Er wird schon seine guten Gründe dafür haben. Der anonyme Betreiber einer Großanlage dagegen tut das aus reiner Profitgier – und sein Mitarbeiter, weil er früher Feierabend haben will.*

*Aus solchen Wahrnehmungen der landwirtschaftsfernen Gesellschaft entstehen Ängste und Emotionen. Sie lassen sich nicht einfach so wegdrücken. Denn sie sind ja nicht bewusste Böswilligkeit und Ignoranz, sondern ein Mittel, unverstandene (oder unverständliche) Dinge auf einen einfachen Kern zu reduzieren und in ein »Gut-Böse-Schema« einzuordnen. Jeder von uns tut das an der einen oder anderen Stelle: Die verbreiteten Inflationserwartungen der letzten Jahre oder die Haltung gegenüber Südeuropa hatten auch oft mehr mit fehlendem Vertrauen zu tun als mit der Sache.*

*Ihr fachliches Selbstverständnis muss die Landwirtschaft nicht aufgeben. Doch gesellschaftliche Irrationalitäten fordern künftig mehr als nur Kommunikation. Akzeptanz wird zur realen Herausforderung für die Weiterentwicklung der Betriebe – wie heute der Wettbewerb oder die Marktlage.*

**Thomas Preuße**

Chefredakteur der DLG-Mitteilungen

Dieser Kommentar ist erschienen in den DLG-Mitteilungen 01/2014

[**NDR Info**](http://www.ndr.de/info)

Stand: 03.01.2014 06:00 Uhr

**Ist die Fleischbranche fairer geworden?**

**Im vergangenen Jahr ist die Fleischbranche vor allem wegen der miesen Arbeitsbedingungen ins Gerede gekommen. Werkvertragsbeschäftigte aus Osteuropa, die für einen Niedriglohn schuften müssen und dann noch in menschenunwürdigen Unterkünften untergebracht sind, scheinen keine Ausnahme zu sein. Vor allem die rot-grüne Landesregierung in Niedersachsen kündigte an, gegen die Missstände vorzugehen. Was ist daraus geworden?**

*Von Kersten Mügge, NDR Info*

[[](http://daserste.ndr.de/guentherjauch/guenther_jauch/schlachthof169_v-contentgross.jpg)Detailansicht des BildesDie Fleischbranche ist wegen mieser Arbeitsbedingungen ins Gerede gekommen.](http://daserste.ndr.de/guentherjauch/guenther_jauch/schlachthof169_v-contentgross.jpg) Die Gemeinde Sögel im Emsland versucht schon seit Monaten die Situation der Werkvertragsbeschäftigten zu verbessern. Sie sieht sich als Vorreiter. In Sögel sollen Werkvertragsmitarbeiter nur noch in Unterkünften leben, die von der Gemeinde zertifiziert wurden. Zustände wie andernorts, wo bis zu 15 Menschen in einer Wohnung schlafen und dafür auch noch 18 Euro den Quadratmeter Miete zahlen müssen, sollen damit ausgeschlossen werden. Landesweit wird es künftig öfter Kontrollen der Unterkünfte geben. Ein entsprechender Erlass des niedersächsischen Sozialministeriums wird Anfang Januar in Kraft treten.

**Beratungsstelle in Sögel**

Zusätzlich gibt es in Sögel seit November eine Beratungsstelle für die etwa 1.000 Werkvertragbeschäftigten des Schlachthofes. 50 von ihnen waren bislang bei Magdalena Tordai. Sie spricht ihre Sprachen, Rumänisch und Ungarisch, und hilft in Alltagsfragen. Vor allem wenn sich Behörden bei den Osteuropäern melden, wegen des Rundfunkbeitrags oder weil das Auto umgemeldet werden muss. All das finanzieren die Werkvertragsfirmen. Sie zahlen fünf Euro pro Monat und Mitarbeiter an die Gemeinde. Sögeler Weg nennt das Bürgermeister Günter Wigbers: "Die Unternehmen sind Arbeitgeber der Menschen, von denen wir glauben, dass wir sie auf Dauer brauchen. Im Übrigen fordern wir die Arbeitgeber, weil wir wollen, dass die Menschen vernünftig untergebracht sind und vernünftig entlohnt werden."

Weitere Informationen

[**Hintergrund: Werkvertrag und Leiharbeit**](http://www.ndr.de/regional/werkvertrag101.html)

Werkverträge und Leiharbeit - immer wieder geistern diese Begriffe durch die Medien. Doch was sind Werkverträge? Wie unterscheiden sie sich von Leiharbeit? [mehr](http://www.ndr.de/regional/werkvertrag101.html)

**Gewerkschaft: Niedriglohn-System wird zementiert**

Wohnungskontrollen und Beratungsstelle sichern zwar Mindeststandards. Aber aus Sicht der Gewerkschaft wird so auch das System des Niedriglohns zementiert. Sie hofft auf ein vom Land finanziertes Beratungsangebot, das es von Februar an geben soll. Es soll vor allem bei Problemen mit den Arbeitgebern und den Schlachthofbetreibern helfen. Außerdem haben die Gewerkschaften für einen Mindestlohn von 8,50 Euro in den Schlachthöfen gekämpft - und zunächst verloren. Kurz vor Weihnachten erklärte der Verhandlungsführer der Fleischindustrie, Michael Andritzky, die [Tarifverhandlungen für gescheitert](http://www.ndr.de/regional/niedersachsen/fleischindustrie143.html): "Es wird leider keinen Tarifvertrag geben. Wir hatten angeboten, vom 1. Juli 2014 an einen verbindlichen Mindestlohn von 8 Euro einzuführen und ein Jahr später von 8,50 Euro für alle Beschäftigten inklusive der Werkvertragsarbeitnehmer. Die Gewerkschaft war aber nicht in der Lage, das zu akzeptieren."

Streitpunkt war vor allem die Vergütung der etwas besser bezahlten Schlachthofmitarbeiter, wenn die Werkverträgler den Mindestlohn von 8,50 Euro bekommen sollen. Die Branche setze unverändert auf Niedriglohn, so stellt es Matthias Brümmer von der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten immer wieder fest: "Bei der Entlohnungsfrage hat sich kaum etwas verändert. Wir haben aktuell ein Beispiel von einer Geflügelschlachterei, wo Bulgaren mit 6,20 Euro abgespeist wurden. Brutto wohlgemerkt - für eine schwere körperliche Arbeit. Das zeigt, dass wir hier sehr viel zu tun haben."

Während also die Unterkünfte besser kontrolliert werden und ein Beratungsangebot gerade entsteht, müssen die Werkvertragsbeschäftigten in der entscheidenden Frage, der Bezahlung, auf den gesetzlichen Mindestlohn warten. Ihn will die Große Koalition zum 1. Januar 2015 einführen.

**SUS**

**Holland: Ferkelerzeugung finanziell besser**

02.01.2014



Höhere Futterkosten führten insgesamt zu einem Rückgang der Gewinne.

In den Niederlanden haben die Ferkelerzeuger im letzten Jahr finanziell besser abgeschnitten als die Mäster. Während die Sauenhalter im Schnitt einen Gewinn von 54000 € erzielten, schnitten die Mäster mit einem mittleren Gewinn von 36000 € je Betrieb deutlich schlechter ab. Meldet das Institut für Agrarökonomie der Uni Wageningen (LEI). Im Schnitt konnten die Schweinehalter 2013 rund 6 % höhere Umsatzerlöse erzielen als 2012. Dies lag zum einen an den einzelbetrieblichen Bestandsaufstockungen aber auch an den höheren Verkaufpreisen. Die besseren Verkaufserlöse reichten jedoch nicht aus, um die deutlich gestiegenen Futterkosten zu kompensieren. Die Betriebsgewinne lagen 2013 daher rund 4000 € unter dem Niveau des Jahres 2012. Auffallend ist zudem, dass die Schere zwischen erfolgreichen und weniger erfolgreichen Betrieben immer weiter auseinandergeht. Während etliche, insbesondere größere und gut geführte Betriebe stabile Gewinne erzielen, muss ein wachsender Anteil von Schweinehaltern weitere Eigenkapitalverluste hinnehmen. Die Zahl der Schweinehalter ging daher binnen Jahresfrist um etwa 7 % zurück und beträgt aktuell rund 5500 Betriebe.

**AgE 52/2013**  
  
**BLE sucht Kompetenzzentrum im Bereich Tierschutz**

BONN. Die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) sucht im Auftrag des Berliner Agrarressorts ein Kompetenzzentrum für das Modellvorhaben "Demonstrationsbetriebe im Bereich Tierschutz". Aufgabe seien neben dem Aufbau eines Netzwerks die fachliche Betreuung der Demonstrationsbetriebe sowie die wissenschaftliche Begleitung des Modellvorhabens, erklärte die BLE als Projektträger am Montag vergangener Woche (16.12.) in einer Presseinformation. Ziel sei es, neue Erkenntnisse aus der Forschung und Entwicklung im Bereich Tierschutz in die landwirtschaftliche Praxis zu bringen. Die Demonstrationsbetriebe hätten die Aufgabe zu zeigen, wie Verbesserungen in tierschutzrelevanten Fragen unter Praxisbedingungen erfolgen könnten. Zur Vernetzung und Betreuung der Demonstrationsbetriebe werde ein Kompetenzzentrum gesucht. Das Netzwerk soll laut BLE aus bis zu 120 Praxisbetrieben im gesamten Bundesgebiet bestehen, die sich in die vier Tiergruppen Geflügel, Schwein, Wiederkäuer und Kaninchen untergliedern. Es sei vorgesehen, die Betriebe bei der Umsetzung und Demonstration von Maßnahmen zur Verbesserung des Tierschutzes zu fördern. Neben dem Aufbau des Netzwerks solle das Kompetenzzentrum die Demonstrationsbetriebe bei der Einführung verbesserter Haltungssysteme, der Entwicklung eines optimierten Managements sowie der Dokumentation durchgeführter Maßnahmen unterstützen. Gesucht werde ein Kompetenzzentrum, das den Betrieben eine fachliche Betreuung und Beratung bieten sowie eine wissenschaftliche Begleitung leisten könne. Hierfür seien ein besonderes Fachwissen und Erfahrungen in der Beratung sowohl im Bereich der Tierhaltung als auch in der Zusammenarbeit mit Landwirten erforderlich. Des Weiteren solle das Kompetenzzentrum innovative Konzepte erarbeiten, wie Interessierten die Verbesserung des Tierwohls durch die erfolgreichen Maßnahmen der Demonstrationsbetriebe vermittelt werden könnten. ([www.ble.de/DE/08\_Service/02\_Ausschreibungen/Ausschreibungstexte/140204\_Kompetenzzentrum\_Tierschutz.html](http://www.ble.de/DE/08_Service/02_Ausschreibungen/Ausschreibungstexte/140204_Kompetenzzentrum_Tierschutz.html)) AgE

**Bornhorst neuer VENRO-Vorsitzender**

BONN. Dr. Bernd B o r n h o r s t vom kirchlichen Hilfswerk Misereor ist zum neuen Vorsitzenden des Verbandes Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) gewählt worden. Das teilte der Verband in der vergangenen Woche mit. Der 51-Jährige folgt damit auf Ulrich P o s t von der Welthungerhilfe, der vier Jahre lang Vorstandsvorsitzender war und nicht mehr kandidierte. Bornhorst, der seit 2009 stellvertretender Vorstandsvorsitzender bei VENRO war, erklärte nach seiner Wahl, die Bekämpfung von Hunger und Armut unter Berücksichtigung der Grenzen des Planeten könne nur gelingen, wenn die Globalisierung nachhaltig und gerecht für alle gestaltet werde. Dafür werde VENRO auch in Zukunft streiten. Es sei ein Fortschritt, dass auch die neue Regierung von globaler Strukturpolitik spreche. Die Umsetzung dieses Ansatzes werde man konstruktiv und kritisch begleiten. Dem neuen Entwicklungsminister Gerd M ü l l e r biete man natürlich gerne die eigene Expertise und Kooperationsbereitschaft an. Bornhorst hat Politikwissenschaft, Soziologie und Publizistik studiert. Er arbeitet seit 1989 in unterschiedlichen Positionen bei Misereor. Im Jahr 2009 wurde er Leiter der Abteilung Politik und globale Zukunftsfragen. Stellvertretende Vorsitzende im Vorstand von VENRO bleiben Renate B ä h r von der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung, Prof. Christa R a n d z i o - P l a t h vom Marie-Schlei-Verein und Dr. Klaus S e i t z von Brot für die Welt. Neu in den Vorstand gewählt wurden Matthias M o g g e von der Welthungerhilfe und Dr. Simon R a m i r e z - V o l t a i r e von der Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke (agl) in Nordrhein-Westfalen. Als weitere Mitglieder des Vorstandes wurden wiedergewählt Albert E i d e n von der Kindernothilfe, Sid P e r u v e m b a von Malteser International und Ralf T e p e l von der Karl-Kübel-Stiftung. Christoph H i l l i g e n von World Vision bleibt Schatzmeister. AgE

**Niedersachsen steigt aus dem Schnabelkürzen aus**

HANNOVER. Niedersachsen macht Ernst mit dem Ausstieg aus dem Schnabelkürzen. Wie das Landwirtschaftsministerium vergangene Woche mitteilte, ist entsprechend dem niedersächsischen Tierschutzplan ab dem 1. Januar Schluss mit dem Kürzen der Schnäbel bei Moschusenten, die oft auch als Barbarie-Enten verkauft werden. Die kommunalen Veterinärbehörden dürfen dann keine Ausnahmegenehmigungen mehr erteilen. „Bei Niedersachsens Enten bleibt ab 2014 der Schnabel dran, und es gibt Wasserzugang zur Gefiederpflege im Zuge neuer Tierschutzstandards", erklärte Ressortchef Christian  M e y e r . Dessen Erlass beruht auf einer gemeinsamen Vereinbarung mit der niedersächsischen Geflügelwirtschaft von Anfang des auslaufenden Jahres, in der neben dem Verzicht auf das Abschneiden der Schnabelspitze auch bessere Haltungsbedingungen vorgesehen sind. Wie Meyer hervorhob, werden erstmals anhand wissenschaftlicher Erkenntnisse wesentliche Standards zur Haltung von Moschusenten definiert. Demnach muss etwa die Besatzdichte bei fehlendem Gesundheitskontrollprogramm deutlich reduziert werden. Ein altersangepasstes Wasserangebot zur Gefiederpflege wird vorgeschrieben, ebenso Einstreu und Beschäftigungsmaterial. So könne man „auf den tierschutzwidrigen Eingriff des Schnabelkürzens“ verzichten. Niedersachsen werde damit „Vorreiter beim Tierschutz für Enten“, stellte der Minister fest. Damit auch andere Bundesländer dem Beispiel folgen, hat Meyer seine Länderkollegen und Bundeslandwirtschaftsminister Hans-Peter  F r i e d r i c h  um die Übernahme der niedersächsischen Regeln gebeten. Ferner müsse der Bund mit neuen Vorgaben das Verbringen oder die Einfuhr von Tieren unterbinden, an denen in anderen Ländern tierschutzwidrige Eingriffe wie das Schnabelkürzen vorgenommen würden. Ebenfalls verbindlich per rechtswirksamen Erlass an die Kommunen geregelt sei das Ende des Schnabelkürzens bei Legehennen für das Jahr 2016, erläuterte Meyer. Es müsse Schluss damit sein, die „Tiere an die Haltungsbedingungen anzupassen“. Der Tierschutzplan der Vorgängerregierung werde beherzt umgesetzt. AgE

**EU-Kommission fördert Forschung für mehr Tiergesundheit mit Rekordbetrag**

12 Millionen Euro für internationales Konsortium PROHEALTH - Nachhaltigkeit der europäischen Schweine-, Eier- und Geflügelproduktion im Fokus - Global steigende Nachfrage befriedigen und Verluste in landwirtschaftlichen Betrieben vermeiden - 22 Projektpartner aus Forschung und Wirtschaft - Größter Tierarzneimittelhersteller der Welt mit im Boot

NEWCASTLE UPON TYNE. Ein internationales Forschungskonsortium namens PROHEALTH unter der Leitung der Universität Newcastle im Nordosten von England hat den historisch größten EU-Förderbetrag für die Tiergesundheitsforschung erhalten. Wie die Uni am Dienstag vergangener Woche (17.12.) mitteilte, beläuft sich die Beihilfe auf insgesamt rund 11,9 Mio Euro. Mit dem auf fünf Jahre angelegten Vorhaben werde das Ziel verfolgt, die Nachhaltigkeit der Schweine-, Eier-, Masthähnchen- und Putenproduktion in der Gemeinschaft sicherzustellen und somit auch weltweit das Niveau der Tierproduktion zu erhöhen. Dabei gehe es um die Verbesserung der Produktionsqualität, des Umweltschutzes und der Wirtschaftlichkeit. Ein ganzheitlicher Forschungsansatz solle zunächst Aufschlüsse über die vielfältigen Zusammenhänge zwischen den Tierkrankheiten und der Intensivierung der Produktion ergeben. Aufbauend auf diesen Erkenntnissen sollen wirksame Kontroll- und Verbesserungsstrategien entwickelt und verbreitet werden. Bei diesem Wissenstransfer werde auch das Internet eine wichtige Rolle spielen.

Deutschland nicht beteiligt

Wie die Universität mit Verweis auf eine Prognose der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) weiter erklärte, wird der globale Bedarf an Tierprotein in den kommenden 40 Jahren um 50 % steigen. Um diese Nachfrage nach sicheren und hochwertigen Lebensmitteln zu erschwinglichen Preisen bedienen zu können, sei eine nachhaltige Erzeugung erforderlich. Nach Angaben der Weltorganisation für Tiergesundheit (OIE) würden allerdings 30 % der europäischen und weltweiten Produktion bereits in der Landwirtschaft infolge von Krankheiten verlorengehen. Aufgabe von PROHEALTH sei es, dazu beizutragen, diese Verluste zu vermeiden. An dem Projekt seien insgesamt 22 Partner aus Wissenschaft und Wirtschaft in elf Ländern beteiligt, nämlich im Vereinigten Königreich, in Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, den Niederlanden, Polen, der Schweiz, Spanien, der Tschechischen Republik und Zypern. Zum Konsortium gehöre auch der nach eigenen Angaben weltgrößte Tierarzneimittelhersteller Zoetis mit Hauptsitz in den USA. „Alle Parteien können von dem bislang vielleicht weltweit größten Forschungsnetzwerk für Geflügel und Schweine profitieren“, sagte der Vizepräsident des global aktiven Konzerns, Alejandro B e r n a l . Projektpartner aus Deutschland gibt es nicht. AgE

**Den Haag will Tierwohl mit 10 Millionen Euro fördern**

DEN HAAG. Der niederländischen Regierung stehen 2014 insgesamt 34 Mio Euro der Europäischen Union zur Verfügung, mit denen Innovationen und Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft besonders unterstützt werden können. Dies geht aus einem Schreiben hervor, das die für Landwirtschaft zuständige sozialdemokratische Staatssekretärin Sharon D i j k s m a an die Zweite Kammer des niederländischen Parlaments gerichtet hat. Demnach sollen vom Gesamtbetrag 9,5 Mio Euro in die Kofinanzierung von Investitionen fließen, die zur Verbesserung des Tierwohls beitragen. Dabei müsse das Anforderungsniveau des Tierwohllabels „Beter Leven“ mit einem Stern erfüllt werden, das von der niederländischen Tierschutzorganisation Dierenbescherming mit bis zu drei Sternen vergeben wird. Förderfähig seien zwar grundsätzlich Verbesserungen für alle Tierarten, wobei aber Investitionen in Bodenhaltungssysteme mit überdachtem Auslauf und Tageslicht für Broiler Vorrang hätten. Diese Produktionsrichtung stehe mit Blick auf das Tierwohl noch vor großen Herausforderungen. Weitere Fördermittel sollen wie im laufenden Jahr unter anderem für das Precision Farming, nachhaltige Lagergebäude, Wetterversicherungen und die Gülleverarbeitung eingesetzt werden. AgE

**Runder Tisch zum Schnabelkürzen in Baden-Württemberg**

STUTTGART. In Baden-Württemberg sollen Lösungen für das Problem des Schnabelkürzens bei Legehennenküken in Absprache mit allen Interessengruppen gefunden werden. Wie das Landwirtschaftsministerium am vergangenen Mittwoch (18.12) mitteilte, wurde zu diesem Zweck auf Initiative der Landestierschutzbeauftragten Dr. Cornelie J ä g e r und des Geflügelwirtschaftsverbandes ein Runder Tisch eingerichtet, an dem auch Wissenschaft, Geflügelgesundheitsdienst, Landestierschutzverband und Verwaltung sitzen. „Dieser Runde Tisch soll nach Wegen suchen, die den Ausstieg aus dem Schnabelkürzen bei Legehennenküken in Baden-Württemberg möglich machen“, erläuterte Jäger und zeigte sich mit dem konstruktiven Verlauf des Auftaktgesprächs zufrieden. Alle Beteiligten wüssten, dass Alternativen für das Kupieren der Schnäbel gefunden werden müssten. Es gebe allerdings keine einfachen Lösungen, weil es sich bei Verhaltensstörungen wie Federpicken oder Kannibalismus um ein multifaktorielles Geschehen handle. Die Ursachen dafür seien komplex und reichten von den Haltungsbedingungen über Einflüsse durch das Futter bis hin zur Genetik und Gesundheit der Tiere. Ein wichtiges Ziel des Runden Tisches sei deshalb, Empfehlungen bereitzustellen, wie die Wahrscheinlichkeit für das Auftreten von Federpicken und Kannibalismus deutlich reduziert werden könne. Außerdem werde man darüber beraten, wie der Verzicht auf das Kürzen ökonomisch attraktiv zu gestalten sei. „Der Ausstieg aus dem Schnabelkürzen lässt sich nicht von heute auf morgen bewerkstelligen. Aber wir sollten uns jetzt auf den Weg machen, Kenntnisse und Erfahrungen zusammenzutragen, um bald ohne Risiko für die Hühner auf diesen Eingriff verzichten zu können“, betonte die Landestierschutzbeauftragte. Als ersten Schritt in die richtige Richtung bezeichnete sie die schon seit längerem gängige Praxis, das Kupieren der Schnäbel von Küken in Baden-Württemberg nur noch mit der am wenigsten belastenden Maßnahme, der Infrarotmethode, durchzuführen. Das entspreche auch dem Wunsch der Mehrheit der Länder bei der Agrarministerkonferenz im Sommer 2013. AgE

**AgE 51/2013**

**Brüssel drängt auf verschärfte Ammoniakeinsparungen**

BRÜSSEL. In der Europäischen Kommission plant die Generaldirektion Umwelt eine deutliche Verschärfung der Luftreinhaltungsvorschriften. Davon betroffen wäre auch der Agrarsektor als Hauptverursacher von Ammoniakemissionen. Wie aus einem durchgesickerten Richtlinienentwurf, der am Mittwoch (18.12.) präsentiert werden soll, hervorgeht, planen die Umweltexperten der Kommission unter anderem eine zusätzliche Verringerung des Ammoniakausstoßes, nämlich um 30 % bis 2025 und um 34 % bis 2030, jeweils im Vergleich zu 2005. Extraverpflichtungen sollen ferner für Schwefeldioxid, Stickoxide, bestimmte flüchtige organische Verbindungen sowie erstmals für Methan und Feinstaub gelten. Hintergrund ist eine Anpassung der EU-Vorschriften an die 2012 erfolgte Novellierung des internationalen Göteborg-Protokolls zur Luftreinhaltung. Laut einer Folgenabschätzung würde Deutschland am stärksten getroffen: Hierzulande soll der Ammoniakausstoß aus der Landwirtschaft über bereits geleistete Anstrengungen hinaus um weitere 42 % gesenkt werden. In zahlreichen anderen Mitgliedstaaten liegen die rechnerisch notwendigen Verringerungen ebenfalls im zweistelligen Bereich, beispielsweise 26 % in Frankreich und Spanien sowie 25 % in Polen. Österreich soll seine Ammoniakemissionen um zusätzliche 27 % zurückschrauben. Um diese Einsparungen zu erreichen, schlägt die Generaldirektion Umwelt verschiedene Maßnahmen vor, darunter die Beratung von Landwirten zur Verringerung der Emissionen, Berichtspflichten für die Stickstoffbilanz und ein besseres Düngemanagement. Dafür könnten Mittel aus der ländlichen Entwicklung bereitgestellt werden. Die EU-Ausschüsse der Bauernverbände (COPA) und ländlichen Genossenschaften (COGECA) halten die anvisierte Reduktion von 30 % Ammoniak bis 2025 für undurchführbar. In einem Brief an den Leiter der Generaldirektion Umwelt, Karl F a l k e n b e r g , erinnern sie daran, dass der Agrarsektor seine Emissionen bereits um 28 % zurückgefahren habe. AgE

**Studie zum heimischen Eiweißanbau der Uni Vechta erschienen**

VECHTA. Mit den Möglichkeiten und Grenzen des Anbaus heimischer Eiweißpflanzen als Ersatz für Importsoja beschäftigt sich eine aktuelle Analyse des Wissenschafts- und Informationszentrums für nachhaltige Geflügelwirtschaft (WING) der Universität Vechta. In der Studie „Sojaanbau in Europa versus überseeische Importe - Ein Statusbericht“ gehen die Experten Prof. Hans-Wilhelm W i n d h o r s t , Dr. Aline V e a u t h i e r und Anna W i l k e  der Frage nach, ob die Eiweißlücke in Europa durch eine vermehrte Eigenproduktion verringert werden kann. Dies wird den Autoren zufolge im Zuge der Nachhaltigkeitsdiskussion und vor dem Hintergrund einer Versorgung mit gentechnisch unveränderten Produkten von der Gesellschaft zunehmend gewünscht. Die Wissenschaftler untersuchen deshalb in ihrer Arbeit die Voraussetzungen, Effekte und Auswirkungen eines verstärkten heimischen Anbaus von Eiweißpflanzen. Da Soja mit einem Anteil von 20 % bis 28 % bei Legehennen beziehungsweise von 35 % bis 40 % bei Masthähnchen ein wesentlicher Bestandteil der Futterration ist, werden in der wissenschaftlichen Arbeit insbesondere Alternativen zum Importsoja in der Geflügelbranche betrachtet. Die Publikation mit 30 Seiten ist als Heft 2 in der Reihe Beiträge zur Geflügelwirtschaft erschienen und kann zum Preis von 5 Euro zuzüglich Versandkosten beim WING bestellt werden (Tel. 04441/15-170 oder sschockemoehle@wing.uni-vechta.de). AgE

**Entwicklungschancen im Oldenburger Münsterland auf dem Prüfstand**

VECHTA. Mit den zukünftigen Entwicklungsmöglichen der landwirtschaftlichen Urproduktion bis zum Jahre 2030 wird sich ein neuer Expertenkreis des Agrar- und Ernährungsforums Oldenburger Münsterland (AEF) beschäftigen. Bei dessen konstituierenden Sitzung am 5. Dezember 2013 in Cloppenburg stimmten laut AEF die Teilnehmer darin überein, dass insbesondere der generelle Akzeptanzverlust der Landwirtschaft, aber auch die Flächenkonflikte in der Region und die Nährstoffproblematik im Oldenburger Münsterland Herausforderungen sind, für die Lösungen gefunden werden müssen. Ein weiteres Thema, mit dem sich die Expertenrunde unter Leitung des Vorsitzenden der Interessengemeinschaft der Schweinehalter Deutschlands (ISN), Heinrich D i e r k e s , befassen will, ist die Verschärfung des nationalen und internationalen Wettbewerbs durch den rasanten Anstieg der Fleischproduktion und den globalisierten Handel. Die AEF ist ein Verein mit Sitz in Vechta, dem nach eigenen Angaben rund 80 Unternehmen der Agrar- und Ernährungsbranche in Südoldenburg angehören. Das Ziel des Zusammenschlusses ist es, das Verständnis für die wirtschaftlichen Belange der Branche zu fördern und bei der Entwicklung des Wirtschaftsraumes mitzuwirken. Im Rahmen seiner strategischen Neuausrichtung befasst sich der Verein nun primär mit den Themen Tierwohl und -haltung, Tiergesundheit, Wachstumsmöglichkeiten und der Nährstoffproblematik im Oldenburger Münsterland. AgE

**AgE 50/2013**

**Leistung von Leguminosen kann noch verbessert werden**

BÖLN-Studie zum Anbau von Körnerleguminosen empfiehlt größere Fruchtfolgeabstände von mindestens neun Jahren - Ertragssteigernd wirken auch leichte Böden mit maximal 20 Prozent Tonanteil, Pflugfurche im Herbst und eine Saatguttiefe von 6 Zentimeter - Grünkompost liefert bei Erbsen wichtige Nährstoffe und kann zudem die Wurzelgesundheit verbessern - Gehölzhäcksel unterdrückt Unkräuter

WITZENHAUSEN. Der Anbau von Ackerbohnen und Erbsen ist anspruchsvoll, die Erträge können aber mit der richtigen Bestandsführung erhöht und stabilisiert werden. Das ist das Resultat eines interdisziplinären Bodenfruchtbarkeitsprojektes mit dem Schwerpunkt Körnerleguminosenanbau, das im Rahmen eines Hochschultages vergangene Woche in Witzenhausen vorgestellt wurde. Nach Angaben von Dr. Harald S c h m i d t  von der Stiftung Ökologie & Landbau (SÖL) konnte im Rahmen der vom Bundesprogramms Ökologischer Landbau und andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft (BÖLN) geförderten Studie unter anderem die Bedeutung eines großen Anbauabstandes nachgewiesen werden. Schmidt zufolge haben sich die meisten untersuchten Betriebe mit bis zu sechs Jahren zwischen zwei Leguminosenansaaten an den gängigen Empfehlungen orientiert. Die Versuche hätten jedoch gezeigt, dass sich ein Fruchtfolgeabstand von mindestens neun Jahren positiv auf die Ertragsleistung auswirke, hob Schmidt hervor. Optimal für den Anbau seien nach den Ergebnissen der Studie auch leichte Böden mit maximal 20 % Tonanteil, eine Pflugfurche im Herbst und eine Saatguttiefe von 6 cm. Dr. Christian B r u n s  von der Universität Kassel stellte in seinem Beitrag die vielfältigen positiven Effekte einer Gabe von Grünkompost heraus. Dieser liefere wichtige Nährstoffe und könne zudem die Wurzelgesundheit von Erbsen verbessern. Bei einer wurzelnahen Reihenapplikation seien bereits 5 t/ha ausreichend gewesen, um einen Mehrertrag von bis zu 15 % zu erzielen.

Positive Effekte für Folgekulturen

Die positiven Effekte der Düngung haben sich laut Bruns auch in den nachfolgenden Winterweizenkulturen gezeigt. Probleme gebe es zurzeit aber noch beim Bezug von qualitätsgesichertem Grüngutkompost und bei der Ausbringungstechnik, schränkte er ein. Prof. Knut S c h m i d t k e  von der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) in Dresden betonte seinerseits die Notwendigkeit der Düngung im ökologischen Landbau. Mehr als die Hälfte der untersuchten Betriebe sind nach seiner Einschätzung bei Kalium und Phosphat unterversorgt. Für den Leguminosenanbau empfiehlt Schmidtke vor allem Grüngutkompost und Gehölzhäcksel. Fein zerkleinertes Gehölzhäcksel biete zudem weitere Vorteile, dass sie einjährige Unkräuter unterdrückten und dadurch zusätzlich ertragssteigernd wirkten, so der Dresdner Wissenschaftler. Die Ergebnisse und Praxisempfehlungen aus dem Forschungsprojekt wurden nach Angaben des BÖLN in einer Broschüre zusammengefasst. Diese kann ab Januar 2014 bestellt werden. (Telefon 0228/6845-3280, E-Mail boeln@ble.de) AgE

**DBV-Fachforum über Tierwohl in der Milchviehhaltung**

BERLIN . Das Thema „Tierwohl in der Milchviehhaltung“ greift der Deutsche Bauernverband (DBV) in seinem Fachforum Milch auf der nächsten Internationalen Grünen Woche auf. Unter dem Titel „Unseren Kühen geht es gut! - Brauchen wir trotzdem einen Perspektivwechsel?“ werden im Rahmen der Fachveranstaltung am 20. Januar 2014 im Internationalen Congress Centrum (ICC) in Berlin namhafte Referenten Stellung beziehen. Dazu zählen der Präsident des Thünen-Instituts, Prof.  Folkhard I s e r m e y e r , der Geschäftsführer der PR-Agentur FleishmanHillard Deutschland, Armin H u t t e n l o c h e r , und Abteilungsleiter Clemens N e u m a n n vom Bundeslandwirtschaftsministerium sowie DBV-Präsident Joachim R u k w i e d , sein Vize Udo F o l g a r t und Generalsekretär Bernhard K r ü s k e n . Die Teilnahme an der Tagung ist kostenfrei. Eine Anmeldung ist jedoch erforderlich. AgE

**Praktiker erklären Grüne-Woche-Besuchern moderne Landwirtschaft**

FNL setzt beim ErlebnisBauernhof stärker auf eine dialogorientierte Kommunikation - Ausstellungsmotto „Innovation und Tradition - Landwirtschaft verbindet“ authentisch vermitteln - LandRäte werden eingebunden - Größerer technischer Aufwand lässt Kosten steigen

BERLIN . Die Fördergemeinschaft Nachhaltige Landwirtschaft (FNL) hat ihr Ausstellungskonzept vom ErlebnisBauernhof zur kommenden Grünen Woche weiterentwickelt. „Stärker als in den Vorjahren setzen wir auf eine dialogorientierte Kommunikation“, sagte FNL-Geschäftsführer Dr. Anton K r a u s  dem Presse- und Informationsdienst AGRA-EUROPE. Seinen Angaben zufolge werden an allen Messetagen Praktiker anwesend sein, die im Gespräch mit Besuchern und Politikern deutlich machen, was moderne Landwirtschaft aus ihrer Sicht konkret bedeutet. „Wir wollen unser diesjähriges Ausstellungsmotto „Innovation und Tradition - Landwirtschaft verbindet“ authentisch vermitteln“, erklärte Kraus. Man werde zeigen, wofür moderne Landwirtschaft stehe, und darüber mit den Besuchern ins Gespräch kommen. Die FNL werde dazu ihre „LandRäte“ einbinden, kündigte der Geschäftsführer an. Die Landwirte könnten aus erster Hand erläutern, wie sie wirtschaften. „Wir erhoffen uns dadurch noch mehr Akzeptanz bei den Besuchern und einen wichtigen Beitrag zur gesellschaftlichen Diskussion über moderne Landwirtschaft“, so Kraus. Intensiver als in der Vergangenheit trete man in den Dialog mit den Messebesuchern über die wesentlichen Aspekte von nachhaltiger Pflanzenproduktion und moderner Nutztierhaltung.

Aussage- und dialogfähig

Die FNL suche das Gespräch mit Verbrauchern, Fachbesuchern und Politikern und gehe kritischen Nachfragen nicht aus dem Weg, versicherte der Geschäftsführer. Zu allen fachlichen Aspekten im Zusammenhang mit moderner Landwirtschaft sei man auf dem ErlebnisBauernhof aussage- und dialogfähig. Als Stichworte für das Ausstellungssegment „Pflanzenproduktion“ nannte Kraus Fruchtfolge, Bodenfruchtbarkeit und Biodiversität. Moderne Landwirtschaft könne die Anforderungen in diesen Bereichen erfüllen, „weil sie hochproduktiv ist“. Ressourceneffizienz stehe nicht im Widerspruch zu den gesellschaftlichen Erwartungen an die Landwirtschaft im Natur- und Umweltschutz, sondern schaffe erst die Voraussetzungen dafür. Eine wichtige Rolle für einen effizienten Umgang mit Naturgütern spiele moderne Landtechnik. Kraus: „Größere Maschinen sind nicht per se problematisch, weil mit ihnen ein höherer Bodendruck einhergehen könnte.“ Die FNL demonstriere auf dem ErlebnisBauernhof das Gegenteil: „Innovationen machen es möglich, dass schwere Maschinen nicht automatisch zu Bodenverdichtung führen.“ Mit dem Thema „Eh-da-Flächen“ zum Themengebiet Biodiversität werde die FNL-Initiative „Innovation & Naturhaushalt“ einen besonderen Akzent setzen.

Neue Dialogplattform zum Fleisch

Erneut stelle sich die Fördergemeinschaft der kritischen Diskussion um moderne Tierhaltung. „Die Landwirtschaft steht zu einer verantwortungsvollen Fleischerzeugung, die ethische Fragen berücksichtigt“, bekräftigte der FNL-Geschäftsführer. Das Kommunikationsmotto „Linie W: Unser Weg - Mit Werten zur Wurst“ werde dies deutlich machen. Dieses Kommunikationskonzept startet nach Kraus Angaben auf der Grünen Woche und soll als Dialogplattform rund um das Thema „Fleischproduktion“ in Zukunft weiter ausgebaut werden. Auch hierbei lade man die Besucher zum Dialog. Dabei gehe es um Tierschutz von der Haltung über den Transport bis zur Schlachtung. Eine „Dialogwand“ erleichtere den direkten Kontakt zwischen den Besuchern und der Branche. „Verantwortungsvolle Nutzung ist nachhaltig.“ Diese Aussage ziehe sich wie ein roter Faden durch die sechs Ausstellungsbereiche „Wissenschaft & Forschung“, „Pflanzenproduktion“, „Natur nutzen -Natur schützen“, „Tierproduktion“, Landwirtschaft & Gesellschaft“ sowie „Treffpunkt“.

„ErlebnisBauernhof-TV“

Nicht mehr im Vordergrund der Kommunikation stehe die Bühne auf dem ErlebnisBauernhof. Sie werde jedoch weiter für größere Veranstaltungen genutzt. Neu hinzukommen werde ein Fernsehstudio, das für Besucher offen sei und in dem man im Rahmen des „ErlebnisBauernhof-TV“ Kurzinterviews zu unterschiedlichen Fachthemen führen werde. Darüber hinaus werde man darin die Showküche integrieren und interaktive, spielerische Formate anbieten. Einzelne Inhalte werden laut Kraus von den Medienpartnern „agrarheute.com“ und „TV Berlin“ genutzt sowie auf der FNL-Internetseite und in den sozialen Netzwerken präsentiert. Schließlich werde man die Videoleinwand in der benachbarten Tierhalle 25 nutzen, um Inhalte und Botschaften des ErlebnisBauernhofs stärker zu verbreiten.

Hoher Anspruch

Nicht zuletzt die erweiterten technischen Möglichkeiten führen dem FNL-Geschäftsführer zufolge dazu, dass der finanzielle Aufwand für den ErlebnisBauernhof um etwa 10 % über dem der Vorjahre liegen werde. Kraus zeigte sich überzeugt, dass dieser höhere Aufwand gerechtfertigt sei. Ermöglicht werde der ErlebnisBauernhof durch langjährige verlässliche Partner wie die Landwirtschaftliche Rentenbank, aber auch durch ein gestiegenes finanzielles und personelles Engagement von Firmen wie der BayWa. Die Zahl der Partner im ErlebnisBauernhof bezifferte Kraus auf 70; davon seien 50 in der Halle 3.2 mit eigenem Ausstellungsstand vertreten. Allen Partnern werde die Möglichkeit für Fachgespräche und Fachkonferenzen in einem gesonderten und ruhigen Raum gegeben. Die Federführung für die Inhalte auf dem ErlebnisBauernhof liege wie bisher bei der FNL. Dabei stimme man sich eng mit den Partnern vom Deutschen Bauernverband (DBV) und des Vereins information.medien.agrar (i.m.a) ab. Kraus ist zuversichtlich, dass das neue Konzept des ErlebnisBauernhofs ankommen wird. Dessen Erfolg messe man an seiner Medienpräsenz, der Anzahl der Messebesucher, der Intensität der Gespräche mit Besuchern und Politikern und seiner Wahrnehmung im Vergleich zu anderen Ausstellungshallen. Dabei hat der ErlebnisBauernhof in den vergangenen Jahren stets sehr gut abgeschnitten. AgE

**Auch Elterntierbetriebe und Brütereien im QS-System**

BONN. Die Qualität und Sicherheit GmbH (QS) hat ihr Kontrollnetz im Geflügelbereich noch enger geknüpft. Ab dem 1. Juli 2014 dürfen Mäster von Hähnchen und Puten nur noch Küken aufziehen beziehungsweise mästen, die aus QS-zertifizierten Brütereien stammen. Um QS-Küken zu erzeugen, müssen Brütereien ihre Bruteier von QS-zertifizierten Elterntierbetrieben beziehen. Die Anforderungen für landwirtschaftliche Elterntierhaltungen bei Hähnchen und Pute sind laut QS im Leitfaden „Landwirtschaft Elterntierhaltung“ zusammengefasst. Die Zertifizierung sei bereits ab dem 1. Januar 2014 möglich, um den Betrieben ausreichend Vorlaufzeit zu geben. Die Teilnahme am QS-System werde - wie bei anderen landwirtschaftlichen Betrieben auch - von Bündlern organisiert. Elterntierbetriebe, die eine QS-Zertifizierung anstrebten, könnten sich ab sofort über einen im QS-System zugelassenen Bündler anmelden; Brütereien sei dagegen die direkte Teilnahme am QS-System möglich. Dazu müssen sie QS zufolge zunächst ihre Unternehmens- und Standortdaten in der systemeigenen Datenbank eingeben. Zusätzlich müsse eine im QS-System zugelassene Zertifizierungsstelle ausgewählt und mit der Durchführung eines Audits beauftragt werden. Nach einem erfolgreichen Audit werde ein QS-Systemvertrag zugesendet. Die hier geltenden Anforderungen seien im Leitfaden „Brütereien“ enthalten; die Audits könnten ebenfalls am 1. Januar 2014 starten, so dass ausreichend Zeit zur Vorbereitung bis Juli 2014 bleibe. AgE

**Ruf nach einem verstärkten Ausbau der ökologischen Landwirtschaft**

Gemäß einer aktuellen FiBL-Studie trägt die Biolandwirtschaft zu einer Reduzierung der Kosten für die Gesellschaft bei - Grüne fordern Bio-Offensive und Unterstützung der bäuerlichen Familienbetriebe - Pirklhuber: Tauchstation beenden und Arbeit für die Bauern aufnehmen - Bio Austria verlangt die Verankerung der Biolandwirtschaft als Priorität für die Agrarpolitik

WIEN. Eine Studie des Schweizer Forschungsinstituts für biologischen Landbau (FiBL) zum volkswirtschaftlichen Nutzen der Biolandwirtschaft hat vergangene Woche in Österreich Forderungen nach einem verstärkten Ausbau der ökologischen Landwirtschaft laut werden lassen. In der Untersuchung werden erstmals die Kosten dargestellt, die in Österreich aufgrund unterschiedlicher landwirtschaftlicher Praktiken der Gesellschaft durch Reparaturmaßnahmen - beispielsweise die Trinkwasseraufbereitung - entstehen. Studienautor Dr. Christian S c h a d e r kommt zu dem Schluss, dass eine großflächige Umstellung auf die Biolandwirtschaft die Agrarfolgekosten gegenüber dem jetzigen Stand um etwa ein Drittel senken könnte. Die Studie zeige damit, dass die Biolandwirtschaft nicht nur hochwertige Lebensmittel produziere und zum Umweltschutz beitrage, sondern auch helfe, die Kosten für die Gesellschaft deutlich zu reduzieren. Nach Ansicht des Landwirtschaftssprechers der österreichischen Grünen, Wolfgang P i r k l h u b e r , untermauert die Studie die Forderung seiner Partei nach einem Bio-Aktionsplan. Die Grünen bemängeln vor allem den von Landwirtschaftsminister Nikolaus B e r l a k o v i c h zu verantwortenden Bio-Einstiegsstopp. Der Verband der österreichischen Biobauern, Bio Austria, forderte die Verankerung der Biolandwirtschaft als Priorität für die Agrarpolitik der kommenden Legislaturperiode im kommenden Regierungsprogramm. Das in den nächsten Monaten zu beschließende Agrarumweltprogramm für die Periode bis 2020 müsse die Absicherung und den Ausbau des Bioanteils in der Landwirtschaft sicherstellen, erklärte Obmann Rudi V i e r b a u c h . Hinter dieser Forderung steht auch die Umweltorganisation Greenpeace. Nach deren Ansicht ist der ambitionierte Ausbau der biologischen Landwirtschaft der einzige verantwortungsvolle Weg in der Agrarpolitik. Künftig müssten die externen Kosten der industrialisierten Landwirtschaft bei der Diskussion um Agrarförderungen eine größere Rolle spielen.

Parlamentarische Arbeit aufnehmen

Pirklhuber forderte Berlakovich auf, endlich seine „politische Tauchstation“ zu beenden und die parlamentarische Arbeit für die Bauern aufzunehmen. Der Landwirtschaftsausschuss müsse umgehend eingesetzt werden, damit die Zukunft der Landwirtschaft gestaltet werden könne. Jetzt werde dringend ein Kurswechsel gebraucht, der auch dem volkswirtschaftlichen Nutzen der Biolandwirtschaft Rechnung trage. Nach Angaben des Agrarsprechers hatten die österreichischen Biobetriebe im Herbst 2009 letztmalig die Möglichkeit, in die Maßnahme „biologischer Landbau“ einzusteigen und damit ab 2010 die Bioförderung zu erhalten. Seither gelte ein Einstiegsstopp für Neubetriebe bis Ende 2013, und das mit deutlichen Folgen. Während im Jahr 2010 noch 21 728 Biobauern eine Förderung bekommen hätten, seien es 2012 bereits 376 Betriebe weniger gewesen. Auch die EU-Agrarreform schafft aus Sicht der Grünen Druck, endlich im Wiener Parlament über die Entwicklungen und Schlussfolgerungen für Österreich zu diskutieren. Die EU-Agrarpolitik gebe den Mitgliedstaaten die Möglichkeit, die ersten 30 ha je Betrieb besser zu fördern, so Pirklhuber. Dadurch könnten die kleinen Betriebe unterstützt und die bäuerlichen Arbeitsplätze entsprechend aufgewertet werden. Zudem könnten die Mehrbelastungen der letzten Jahre durch die Erhöhung von Sozialversicherungsprämien und eine Verteuerung der Betriebsmittel abgefedert werden.

Bio spart Agrar-Folgekosten ein

Laut Bio Austria hat eine repräsentative Umfrage unter konventionellen Landwirten ergeben, dass es ein Potential gibt, den Anteil der biologischen Landwirtschaft in Österreich mittelfristig auf 40 % zu steigern. Allerdings müsse die Politik diese Entwicklung unterstützen und die damit verbundenen Chancen optimal nutzen. Eine solche Vorgehensweise werde auch von der Bevölkerung eindeutig eingefordert und unterstützt. Mittlerweile hielten 80 % der Österreicher die Biolandwirtschaft für „die beste und umweltverträglichste Form der Landwirtschaft“; mehr als zwei Drittel seien der Meinung, dass die Ökolandwirtschaft besonders gefördert werden sollte, um ihrem Anteil in Österreich weiter zu erhöhen. Eine wichtige Voraussetzung für ein ambitioniertes Agrarumweltprogramm ist nach Ansicht des Bioverbandes eine ausreichende Dotierung des Österreichischen Programms für Ländliche Entwicklung für die Periode 2014 bis 2020 durch die Bereitstellung von nationalen Mitteln für den Biolandbau im Ausmaß von 50 % des Gesamtbudgets. Wenn die Mittel effizient und zielgerichtet verwendet würden, komme diese Investition durch eine Reduzierung der Agrar-Folgekosten mehr als zurück. Hier müsse die künftige Regierung in Wien den Mut zu einer echten Weichenstellung beweisen. AgE

**Tierschützer protestieren gegen rumänische Kuhexporte nach China**

BUKAREST. Das von der rumänischen Regierung im November mit China geschlossene Abkommen über die Lieferung von insgesamt 500 000 Kühen in den kommenden sieben bis zehn Jahren stößt bei Tierschützern auf heftige Kritik. In einer Protestnote an die Bukarester Regierung forderte die Tierschutzorganisation „Vier Pfoten“, auf den Export lebender Rinder nach China zu verzichten, denn die Tiere würden auf dem Transport regelrecht „gefoltert“. Wie die Agentur agroazi.ro Ende November weiter berichtete, mahnte Kampagnendirektor Gabriel P a u n von den „Vier Pfoten“, dass der Transport über eine Entfernung von mindestens 15 000 km für die Tiere qualvoll sei und zudem für viele von ihnen einen schmerzvollen Tod bedeuten werde. China sollte seinen Bedarf an Milchkühen in der näheren Nachbarschaft decken. Die erste Lieferung von 5 000 Kühen ist aber bereits für den nächsten Monat geplant (AgE 46/13, Länderberichte 6). Derweil berichtete die „South China Morning Post“ Anfang vergangener Woche, dass die Vereinbarung zwischen Rumänien und China auch die Lieferung von insgesamt 3 Millionen Schweinen über die nächsten Jahre vorsehe. Indes glauben Agrarmarktexperten nicht, dass diese Liefermengen tatsächlich erfüllt werden. Sie verweisen auf den starken Rückgang des Rinderbestandes. Anfang Dezember 2012 wurden in Rumänien noch etwas mehr als 2 Millionen Rinder gehalten, davon gut 1,26  Millionen Milchkühe. Die Zahl der Schweine belief sich auf 5,23 Millionen Stück (AgE 24/13, Markt + Meinung 4). Schätzungen zufolge deckte Rumänien seinen Rindfleischbedarf zuletzt zu 70 % über Importe, den Schweinefleischkonsum zu rund der Hälfte. Gleichzeitig exportierte das Balkanland aber Rinder und Schafe, vor allem in arabische Staaten. AgE

**Paris konkretisiert Hilfsmaßnahmen für Geflügelbranche**

PARIS. Das französische Landwirtschaftsministerium hat in der vergangenen Woche seine Unterstützungsmaßnahmen für die angeschlagene Geflügelbranche weiter ausgeführt. Zuvor hatte sich Paris dafür bereits grünes Licht aus Brüssel geholt (AgE 49/13, Länderberichte 33). So sollen künftig gemäß den Plänen des französischen Agrarressorts 4 Mio Euro für Unternehmen mit „finanziellen Schwierigkeiten“ bestimmt sein. Die entsprechenden Anträge müssen bis zum 31. März 2014 bei der dafür zuständigen Agrarbehörde FranceAgriMer eingereicht werden. Darüber hinaus fördert Paris Investitionen in Schlachthöfe. Dafür stehen nach der Aufstockung der entsprechenden Finanzmittel bei FranceAgriMer künftig 7,5 Mio Euro bereit. Die Agrarbehörde will Investitionen von Unternehmen unterstützen, die sich an differenzierte Märkte anpassen wollen. Die von Brüssel genehmigte Verwendung von 15 Mio Euro aus Frankreichs Direktzahlungstopf als gekoppelte Beihilfe für Tierhalter soll laut Angaben des Pariser Agrarressorts bis Jahresende endgültig definiert werden, um dann im Januar 2014 von der EU-Kommission notifiziert werden zu können. Darüber hinaus wies das Ministerium darauf hin, dass für diesen Donnerstag (12.12.) ein Treffen mit Branchenvertretern vereinbart worden sei, um Bilanz zu den umgesetzten Maßnahmen zu ziehen, das weitere Vorgehen zu besprechen und einen Zeitplan festzulegen. Ziel sei es, ein neues existenzfähiges Modell für die französische Geflügelexportbranche zu etablieren. AgE

**Doux-Fortsetzungsplan genehmigt**

RENNES. Aufatmen beim bretonischen Geflügelproduzenten Doux: Das Handelsgericht in Quimper hat Ende November den Fortsetzungsplan der Gruppe genehmigt. Damit ist der Weg frei, das seit Juni 2012 laufende Insolvenzverfahren zu beenden und die Geschäftstätigkeit fortzusetzen (AgE 24/12, Kurzmeldungen 3). Landwirtschaftsminister Stéphane L e   F o l l und der beigeordnete Minister für Ernährungswirtschaft, Guillaume G a r o t , begrüßten die Entscheidung. Sie sprachen von „einer neuen, wichtigen Etappe für die Gruppe, für ihre Beschäftigten und für die Geflügelbranche“. „Wir sind gemeinsam mit Jean-Charles D o u x zufrieden über diese Entscheidung, weil diese 2 100 Arbeitsplätze rettet“, betonte der Sanierer der Doux-Gruppe, Arnaud M a r i o n ; er zeichnet für die Übergangszeit verantwortlich und wird auch künftig dem Direktorium der Gruppe vorsitzen. Jean-Charles Doux ist der Sohn von Firmengründer Charles; dieser hatte sich zuletzt zurückgezogen und die Geschäfte an seinen Sohn abgetreten. Auch er soll laut Medienberichten dem Direktorium angehören und darüber hinaus als Generaldirektor fungieren. Künftig ist die Gesellschaft D & P Participations Mehrheitsaktionär mit einem Anteil von 52,5 % am Kapital. Daneben ist die saudische Gruppe mit 25 % beteiligt; sie ist der wichtigste Abnehmer von Doux-Geflügel und Partner seit mehr als 40 Jahren. Die Doux-Familie bleibt Anteilseigner mit 22,5 %. AgE

**Tierärzte gegen Kuhdoping durch Kexxtone**

BERLIN. Die Tierärzte in Deutschland sehen den Einsatz des als „Dopingmittel für Kühe“ bekanntgewordenen Arzneimittels Kexxtone zur Bekämpfung von Stoffwechselstörungen weiterhin kritisch. Wie die Bundestierärztekammer (BTK) am vergangenen Donnerstag (5.12.) mitteilte, enthält das Mittel den antibiotischen Wirkstoff Monensin, der früher als Leistungsförderer in der Bullenmast eingesetzt wurde, was jedoch seit 2006 europaweit verboten ist. Das verschreibungspflichtige Tierarzneimittel wird vorbeugend gegen die Stoffwechselkrankheit Ketose eingesetzt, die laut Bundestagsfraktion der Grünen vor allem bei Hochleistungskühen nach dem Abkalben auftritt. Nebeneffekt des Langzeitantibiotikums ist aufgrund einer besseren Energieversorgung der Kuh dem Landesverband der praktizierenden Tierärzte in Bayern zufolge eine um 5 % bis 9 % höhere Milchleistung des behandelten Tieres. Es wird deshalb befürchtet, dass das Präparat des Pharmaunternehmens Eli Lilly missbräuchlich als Leistungsförderer in der Milchproduktion eingesetzt wird. Zwar hinterlässt das Mittel nach Angaben der BTK keine Rückstände in Fleisch und Milch und auch Resistenzbildungen sind aufgrund der Wirkungsart nicht zu befürchten, doch wurden die Tierärzte nun erneut zu einer verantwortungsvollen Verschreibung nur für gefährdete Einzeltiere aufgerufen. „Ein ausufernder Einsatz läuft der gesellschaftlichen Forderung nach einer Reduzierung des Antibiotikaeinsatzes und unserem eigenen Anspruch zuwider, verantwortungsvoll mit Antibiotika umzugehen und die Haltungsbedingungen der Tiere zu verbessern“, erklärte BTK-Präsident Prof. Theo M a n t e l . Er empfahl den Tierärzten die intensive Beratung der Milchviehhalter insbesondere zu Fütterungsfragen, um das Auftreten von Stoffwechselerkrankungen wie der Ketose in den Beständen einzudämmen. AgE

**ZDG-Ehrenpräsident Wagner mit Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet**

Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Haseloff überreicht die Urkunde - Der Geehrte verkörpert das Zusammenwachsen beider deutscher Staaten nach der Wiedervereinigung - Graf Drechsel: Eine prominente Persönlichkeit der deutschen und internationalen Geflügelwirtschaft und ohne Zweifel ein bedeutsamer Pionier in der erfolgreichen Entwicklung der Branche

MAGDEBURG/BERLIN. Der Ehrenpräsident des Zentralverbandes der Deutschen Geflügelwirtschaft (ZDG) und Gründer beziehungsweise Geschäftsführer der WIMEX Agrarprodukte Import & Export GmbH, Gerhard W a g n e r , ist von Bundespräsident Joachim G a u c k mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Dr. Reiner H a s e l o f f überreichte am vergangenen Mittwoch (4.12.) im Rahmen eines Empfangs in Magdeburg die Ordensinsignien und die Verleihungsurkunde. Haseloff hob hervor, dass der aus dem osthessischen Bergland stammende Wagner das Zusammenwachsen beider deutscher Staaten nach der Wiedervereinigung verkörpere und die damit verbundene wirtschaftliche Entwicklung insbesondere in der Region Köthen. Der ZDG berichtete, dass mit der Auszeichnung Wagners langjähriger, herausragender wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Einsatz gewürdigt werde. In den Bereichen Land- und Ernährungswirtschaft sei der Ehrenpräsident nicht nur unternehmerisch tätig gewesen, sondern habe sich aktiv für die Entwicklung seiner Region eingesetzt und unter anderem mit seiner langjährigen Tätigkeit in Spitzenpositionen des ZDG großes ehrenamtliches Engagement bewiesen. ZDG-Präsident Leo G r a f v o n D r e c h s e l würdigte ebenfalls die Leistungen Wagners. Dieser sei “eine prominente Persönlichkeit der deutschen und internationalen Geflügelwirtschaft und ohne Zweifel ein bedeutsamer Pionier in der erfolgreichen Entwicklung unserer Branche in den letzten 50 Jahren“. Dank seines feinen unternehmerischen Gespürs repräsentiere Wagner heute eine erfolgreiche Unternehmensgruppe in den Bereichen Landwirtschaft, Gemüseanbau und Geflügelvermehrung. Doch auch über den eigenen Betrieb hinaus habe er sich seit Jahren wirksam für die Geflügelwirtschaft als Ganzes eingesetzt.

Außergewöhnliches Lebenswerk

Wie Graf Drechsel ausführte, hat Wagner in seiner zehnjährigen Zeit als ZDG-Präsident erfolgreich die Interessen der deutschen Geflügelwirtschaft gegenüber Politik und Öffentlichkeit gebündelt und vertritt als amtierender Vorsitzender den an den ZDG angeschlossenen Bundesverband der Geflügelschlachtereien. Wagner, seit 2011 Ehrenpräsident, sei vor allem aber jemand, der neben dem Geschäftlichen auch den Menschen sehe und der die freundschaftliche Verbundenheit und den persönlichen Kontakt suche. „Wir sind erfreut und stolz, dass mit der Verleihung des Verdienstkreuzes dieses außergewöhnliche Lebenswerk ausgezeichnet wird“, so Graf Drechsel. Die WIMEX Agrarprodukte Import & Export GmbH stellte zu ihrem Geschäftsführer anlässlich dessen Auszeichnung in einer Presseinformation fest, dass Wagner die Landwirtschaft in Übereinstimmung mit der Region, den Menschen vor Ort und deren kulturellen, kirchlichen und sozialen Aktivitäten betrachte. Er zeichne sich als Freund und Förderer des ehrenamtlichen Engagements in Anhalt-Bitterfeld und darüber hinaus aus. Persönlich sei Wagner eine prominente Persönlichkeit der deutschen und internationalen Agrar- und Ernährungswirtschaft. Mit zahlreichen Engagements und Präsidentschaften in nationalen und internationalen Verbänden habe er die Agrar- und Ernährungsbranche maßgeblich geprägt. AgE